BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 9 Köln, 10. September 1957 **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein
Rudolf Pikola – Franz Rauhut
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Franz Paul Schneider
Ernst Schwarz - Katharina Seibert
Heinz Sitta - Hermann Strathmann
Leo Weismantel - Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
und anderen

Inhalt:

- *Karl Graf von Westphalen, „Wähler, Gewählte und die Demokratie"* S. 301
- *Dr. Hermann Rauschning, „Das Land der Begegnung"* S. 303
- *Pastor Adolf Schmidt, „Der Mythos von der ‚christlichen' Politik"* S. 309
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Entscheidet wirklich das Volk?"* S. 313
- *Dr. Bernhard Brail, „Nationalsozialismus heute?"* S. 316
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Achter Brief an einen Bundestagsabgeordneten" (Schluß)* S. 317
- *Rudolf Pikola, „Kein Platz für Pestalozzi"* S. 325
- *Johannes Weidenheim, „Die deutsche Not mit der mittleren Linie"* S. 326
- *Dr. Georg Groeninger, „Irrwege der Außenpolitik"* S. 327
- *Prof. Dr. Dr. Schweigart, „Zur toxischen Gesamtsituation"* S. 332
- *General a. D. Dr. Fr. Beyer, „Deutschland in einem europäischen Zukunftskrieg"* S. 335
- *Zeitdokumente (Aufruf von 100 deutschen Hochschul- und Akademieprofessoren — u. a.)* S. 337

Karl Graf von Westphalen

Wähler, Gewählte und die Demokratie

Vieles stimmt nicht in unserer undemokratischen Demokratie. Wem das noch nicht deutlich war, dem werden in dieser Kampagne des Hasses und Feilschens die Augen geöffnet. Mit verantwortungslosen Lügen, Versprechungen und Verleumdungen wird um die Gunst des Wählers gebuhlt. Falsch ist es, von dem politisch „unreifen" deutschen Volk zu sprechen. Das Volk ist politisch immer reif; am reifsten in seiner tiefinnersten Sehnsucht nach Frieden und Verständigung, nach fortschreitendem Wohlstand, nach Recht und Gerechtigkeit. Unreif oder vergreist sind jene Politiker, die sich nicht scheuen, Schindluder zu treiben mit dem rechtlichen, geraden Sinn und verlangen des Volkes.

Das Volk sieht klarer, denkt logischer und urteilt oftmals vernünftiger als manche Volksvertreter. Wir sollten nicht das Beispiel geradlinigen Denkens des Saarvolkes vergessen, das in reifer Erkenntnis des politisch Notwendigen das

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 9 **Köln, 10. September 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein
Rudolf Pikola – Franz Rauhut
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Franz Paul Schneider
Ernst Schwarz - Katharina Seibert
Heinz Sitta - Hermann Strathmann
Leo Weismantel - Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
und anderen

Inhalt:

- *Karl Graf von Westphalen, „Wähler, Gewählte und die Demokratie"* S. 301
- *Dr. Hermann Rauschning, „Das Land der Begegnung"* S. 303
- *Pastor Adolf Schmidt, „Der Mythos von der ‚christlichen' Politik"* S. 309
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Entscheidet wirklich das Volk?"* S. 313
- *Dr. Bernhard Brail, „Nationalsozialismus heute?"* S. 316
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Achter Brief an einen Bundestagsabgeordneten" (Schluß)* S. 317
- *Rudolf Pikola, „Kein Platz für Pestalozzi"* S. 325
- *Johannes Weidenheim, „Die deutsche Not mit der mittleren Linie"* S. 326
- *Dr. Georg Groeninger, „Irrwege der Außenpolitik"* S. 327
- *Prof. Dr. Dr. Schweigart, „Zur toxischen Gesamtsituation"* S. 332
- *General a. D. Dr. Fr. Beyer, „Deutschland in einem europäischen Zukunftskrieg"* S. 335
- *Zeitdokumente (Aufruf von 100 deutschen Hochschul- und Akademieprofessoren — u. a.)* S. 337

Karl Graf von Westphalen

Wähler, Gewählte und die Demokratie

Vieles stimmt nicht in unserer undemokratischen Demokratie. Wem das noch nicht deutlich war, dem werden in dieser Kampagne des Hasses und Feilschens die Augen geöffnet. Mit verantwortungslosen Lügen, Versprechungen und Verleumdungen wird um die Gunst des Wählers gebuhlt. Falsch ist es, von dem politisch „unreifen" deutschen Volk zu sprechen. Das Volk ist politisch immer reif; am reifsten in seiner tiefinnersten Sehnsucht nach Frieden und Verständigung, nach fortschreitendem Wohlstand, nach Recht und Gerechtigkeit. Unreif oder vergreist sind jene Politiker, die sich nicht scheuen, Schindluder zu treiben mit dem rechtlichen, geraden Sinn und verlangen des Volkes.

Das Volk sieht klarer, denkt logischer und urteilt oftmals vernünftiger als manche Volksvertreter. Wir sollten nicht das Beispiel geradlinigen Denkens des Saarvolkes vergessen, das in reifer Erkenntnis des politisch Notwendigen da-

Land, trotz beschwörender Warnung der höchsten politischen Autorität, dem Deutschtum rettete. Das Volk trägt in sich das Bewußtsein für Aufrichtigkeit und hat den berechtigten Anspruch auf ein Höchstmaß an Lauterkeit und vorausschauende Erkenntnis jener, die zu politischer Führung berufen werden. Darum suchen die Wähler aller Schichten in der Wirrnis von Lüge und Halbwahrheiten nach echter politischer Führerschaft, wechseln von dieser zu jener Partei, um vielfach enttäuscht zu resignieren. In der Demokratie hat die politische Führung sich nach Geist und Willen des Volkes zu richten, und nicht das Volk sich dem Ungeist und zweifelhaften Vorteil bestimmter Interessen und Gruppierungen auszuliefern.

Mit nationalen Phrasen und patriotisch klingenden Redensarten ist keinem gedient; damit schafft man der Nation keine sichere, friedliche und würdige Heimat. Wir sind gewarnt, eine Entwicklung zuzulassen, die aus jüngster Vergangenheit noch schwer auf uns lastet; die gleiche Verantwortung tragen wir heute. Überwältigend hohe finanzielle Aufwendungen im Wahlkampf sind kein Beleg für Sauberkeit und Richtigkeit einer politischen Konzeption; sie lassen viel eher eine bedenkliche, wirtschaftliche Abhängigkeit der politischen Zielsetzung vermuten. Demokratische Gesinnung und echte Demokratie wachsen aus der Gesamtheit heraus, können nicht durch Regierung und Parteien angeordnet werden und sind weder durch eine Verkirchlichung der Politik noch durch eine Politisierung der Kirchen zu erreichen. Wir stehen in einer Zerreißprobe, in der Entscheidung unserer jungen Demokratie überhaupt.

Ihr droht Gefahr, im Schlamm gefährlich gärender Reste eines wieder anwachsenden Militarismus und überkommenen Totalitarismus zu ersticken. Demokratien können unter den Bedingungen der „Politik der Stärke" weder gedeihen noch existieren. Eine solche Politik des „als ob" ist unwirksam, unrealistisch, gefährlich und wirkt lähmend. Wir alle haben Verpflichtungen gegenüber unserem Staatswesen, die nicht damit abgetan sind, einmal in vier Jahren einen Kandidaten und eine Partei auf dem Wahlzettel anzukreuzen. In enger Verbindung mit unseren Abgeordneten haben wir die Vorgänge in Staat und Parlament sorgsam zu überwachen. „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen" (Art. 38 des Grundgesetzes). Die stellvertretende Aufgabe der Mandatsträger ist höchster Dienst an der Nation und ihren Belangen. Daraus erwächst uns die Pflicht, die Eignung der aufgestellten Kandidaten mit größtem Ernst zu prüfen, bevor wir ihnen unsere Stimme und unser Vertrauen geben. Vertrauen schenken können wir aber nur solchen Politikern, die ehrlich sagen, was sie meinen, und meinen, was sie sagen, die f ü r die Politik und nicht v o n ihr zu leben bereit sind. Im Mittelpunkt allen politischen Handelns muß der Mensch stehen und die Gesamtheit des Volkes.

In einer Epoche entscheidender politischer Wandlungen hat die bislang geübte Praxis der Auswahl der Bewerber im Wahlkampf versagt und ist daher aufs Neue zu überdenken. Empfehlungen amerikanischer Wahlmanager können uns hier nicht von Nutzen sein. Es müssen Wege gesucht und gefunden werden, die in unseren Tagen übliche charaktermordende Denunziation auszuschließen.

Die Wahl- oder Bürgerversammlungen in Dorf oder Stadt könnten die Aufgabe übernehmen, die vorgeschlagenen Kandidaten auf ihre Eignung als Vertreter des ganzen deutschen Volkes in angemessener Form durch Befragung zu den lebenswichtigen Problemen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung zu prüfen. Dazu gehört auch die Stellungnahme des Kandidaten zum Komplex der Rüstungspolitik in Verbindung mit der geplanten atomaren Auf- und Ausrüstung, zu atlantischem Bündnis und NATO, zur Wehrpflicht und zur Stationierung fremder Truppen auf deutschem Boden, sowie zu den gegenwärtigen Beziehungen der Bundesrepublik und eines wiedervereinigten Gesamt-Deutschland nach West und Ost. Dazu gehören ebenso Fragen der Schaffung einer stabilen Friedenswirtschaft und einer gerechten sozialen Ordnung, der Pflege und Förderung der kulturellen Aufgaben und des Erziehungswesens, des Vorrangs von Schulneubauten vor dem Kasernenbau. Dazu gehört auch die Verpflichtung, für eine demokratische Staatsverfassung einzustehen, und die Anerkennung der Notwendigkeit der Wiedervereinigung durch Verständigung. Über den Verlauf einer solchen Prüfung wäre ein Protokoll anzufertigen und vom Kandidaten gegenzuzeichnen.

Besteht der Kandidat das Examen, empfiehlt ihn die bestandene Prüfung, ungeachtet seiner Parteizugehörigkeit, zur Wahl. Er übernimmt die selbstverständliche Verpflichtung, als Abgeordneter seinen Wahlkreis durch regelmäßige Berichterstattung in öffentlicher Versammlung im Zeitraum von 4—6 Wochen über alle im Bundestag und dessen Ausschüssen behandelte Fragen laufend zu unterrichten und die Auffassung seiner Wähler entgegenzunehmen. Da er „an Weisungen und Aufträge nicht gebunden ist", bleibt ihm bei der Stimmabgabe die Entscheidung „allein nach seinem Gewissen" zu treffen und die Aufgabe, diese Entscheidung vor seinen Wählern zu rechtfertigen. Das Grundgesetz kennt keinen Fraktionszwang. Die Möglichkeit der Eingabe eines Mißtrauensantrages seitens der Wähler gegen einen Abgeordneten müßte ebenso wie der Volksentscheid für bestimmte Fälle vorgesehen werden.

In der Demokratie hat das Volk Anspruch auf ein Mitspracherecht; verhelfen wir ihm zum Durchbruch!

Dr. Hermann Rauschning

Das Land der Begegnung

Umdenken und Umlenken

Alles, was man gegen die acht Jahre hindurch verfolgte Politik der Regierung Adenauer, die sich dieser Tage dem deutschen Volk zur Wiederwahl stellt, sagen kann, vielmehr sagen muß, ist, daß sie die notwendigen Schlußfolgerungen aus den ungeheuerlichen Schicksalsschlägen und Irrtümern einer tragischen Vergangenheit weder außenpolitisch noch innenpolitisch gezogen hat. Wiederum wurden die Grenzen des Möglichen verkannt, innerhalb deren sich die deutsche Politik als Gestalterin einer deutschen Zukunft entfalten muß. Die Regierung Adenauer beruft sich mit besonderem Nachdruck auf ihren politischen Realismus, aber sie ist es selbst, die die bestimmenden Faktoren einer neuen politischen Wirklichkeit aufs gröblichste verkannt hat. In Blindheit, ja in einer schon Verblendung zu nennenden Verkennung der Realität hat diese Regierung das deutsche Volk einen Weg geführt, an dessen Ende nicht ein geeintes, blühendes, zukunftskräftiges Deutschland, sondern eine auf unabsehbare Zeit in sich aufgespaltene und mit sich verfeindete Nation, das Grab Deutschlands, das Schlußkapitel der deutschen Geschichte steht.

Das deutsche Volk steht dieser Lage fast kritiklos gegenüber. Es ist durch einen weitverzweigten, raffiniert verborgen gehaltenen Apparat der Beeinflussung außerstande, zu beurteilen, wie wiederum sein Schicksal von einem sich allein für „geschichtsbefugt" gehaltenen Personenkreis entschieden wird. Es ist, ohne es gemerkt zu haben, schon wieder in den Dunst und Brodem kritikloser „Gefolgstreue" (Kanzlertreue) hineingeraten. Schon wieder vegetiert die Nation in der Erniedrigung und Entmündigung einer plebiszitären Massendemokratie, und es werden ihr die Propagandaphrasen einer „charismatischen" Führerpersönlichkeit als politische Weisheit serviert. Man bekennt sich zur Demokratie ohne, nach der Orgie der Gleichschaltung und des erzwungenen Konformismus von gestern, das wichtigste ihrer Mittel zu fördern: die vernünftige Klärung der Interessen zu einer gemeinsamen Willensbildung. Es wird schon wieder kommandiert, Gesinnung wird eingebleut, „auf Vordermann ausgerichtet", und jede noch so behutsame Kritik wird niedergebrüllt, wird mit charaktermordenden Verunglimpfungen bedacht wie in jüngst verflossenen Zeiten.

Wir wollen in diesen Blättern nicht auf das Niveau herabsteigen, auf dem sich das Haupt der heute regierenden christlichen Partei in einer seiner Wahlreden gefiel, als er seine und seiner Partei Wiederwahl als die Vorbedingung für die Erhaltung des Christentums in Deutschland und Europa und die Wahl der Sozialdemokratie als gleichbedeutend mit der Bolschewisierung Deutschlands erklärte. Das ist eine Propagandaweise, warm und schmackhaft geliefert aus der Küche des sattsam bekannten rheinischen Doktors mit dem Teufelsfuß. Nichts beweist schlagender, wie wenig es in diesen Jahren gelungen ist, das Kernübel des Nationalsozialismus zu überwinden, statt bloß seine äußeren Schalen zu

zerschlagen. Wir wollen hier nicht auf Erscheinungen hinweisen, die man als die Ansätze zu einem neuen autoritativen Regime kritisieren könnte, oder auf die Züge einer falschen Restauration, die auch dem Konservativen, ja ihm ganz besonders Sorge bereiten. Wir wollen nicht auf die großen Versäumnisse in der Wiedergewinnung von Volksgliedern hinweisen, deren politischer Irrtum oder schuldhafte Verstrickung kein Grund sein darf, sie dauernd als Deklassierte zu behandeln und so einen Abgrund im deutschen Volk offen zu halten, der nicht weniger verhängnisvoll als die äußeren Grenzen und eisernen Vorhänge wirkt. Es soll hier auch nicht auf den nochmaligen Rückgriff auf eine Macht- und Militärpolitik aufmerksam gemacht werden, mit der alle Fehler der Vergangenheit unweigerlich aufs neue heraufbeschworen werden. Wir wollen auch nicht die groteske Verkennung der geistigen Lage kritisieren, die sich in dem Versuch kundtut, die geistige und moralische Krise durch die äußerliche Wiederherstellung des christlichen Charakters von Staat und Gesellschaft überwinden zu können.

Man komme dem deutschen Volk nicht mit dem Hinweis auf das, was man als deutsches Wirtschaftswunder bezeichnet, oder mit dem großen Ansehen, das der Kanzler im Ausland genieße und das das Siegel des neuen Vertrauens in das deutsche Volk sei. Die schnelle wirtschaftliche Erholung des bundesrepublikanischen Deutschland ist nicht das Werk einer Person, einer Partei, sondern des ganzen Volkes, der Arbeiter wie der Unternehmer und einiger besonderer Umstände. Was aber die Persönlichkeit des Kanzlers anlangt, so wäre es zwar echt deutsch-sentimental, aber recht naiv, anzunehmen, daß die Pflege und Gunst, die der Bundesrepublik von einigen Westmächten zuteil wurde, auf etwas anderes zurückzuführen sei als auf das sehr reale eigene politische Interesse dieser Staaten. Man erlaube mir, die Funktion der Persönlichkeit des Kanzlers mit den in den USA beliebten ökonomischen Ausdrücken zu charakterisieren, die in solchem Falle üblich sind. Er ist der „Mann, der die Ware liefert", „who delivers the good". Was diese Ware war, kann sich jeder selbst beantworten. Die Frage, die sich heute stellt, ist, ob „diese Ware noch gefragt" ist oder wie lange sie noch gefragt bleibt, und ob nicht der Mann, der eine nicht mehr gefragte Ware halsstarrig weiter anbietet, ohne die Änderung des Marktes zu realisieren, besser jemandem Platz machte, der die neue Ware, die nunmehr gefragte, zu liefern imstande wäre.

Land der Entscheidung

Wir wollen statt einer Aufzählung alles dessen, was diese Regierung versäumt hat — nicht in Einzelaufgaben, sondern in den großen Schicksalsaufgaben — uns auf eins beschränken, in dem all das mit enthalten ist, was als Versäumnis, ja als Schuld sichtbar wird. Man kann es in zwei Sätzen zusammenfassen: Deutschland als Ganzes ist durch Lage und Schicksal die „Stätte der Begegnung" der großen Gegensätze unserer Zeit, der machtpolitischen wie ideologischen. Adenauer hat, statt die als Liquidationsmasse des Krieges zurückgebliebenen Gräben und Hindernisse zuzuschütten und zu beseitigen zu versuchen, die Gegensätze verschärft, versteift, verabsolutiert; er hat sie, um mit der Phrase der braunen Propaganda zu sprechen, „weltanschaulich untermauert". Das ist das Übel, aus dem alles stammt, was man heute als tragische Verfehlung bezeichnen muß. Von „Stätten der Begegnung" zu reden, war eine Zeitlang in der Bundesrepublik, wo die gängigen Phrasen und Wörter wie die Krawattenmuster sich schnell verbreiten, um ebenso schnell zu verschwinden, zeitgemäß. In der Tat, welches Volk bedurfte mehr als das deutsche, sich selbst freimütig zu begegnen, das in sich selbst derart verfeindet und zerspalten ist. Aber eine solche Begegnung mit sich selbst ist unfruchtbar ohne die eigentliche „Begegnung", der sich niemand entziehen kann, wie sehr er sich auch sträuben möge: die Begegnung der Völker und Rassen, der politischen und sozialen Ordnungssysteme, der Religionen, Philosophien und Lebensarten, die „Begegnung zwischen West und Ost". Durch Schicksal und Lage ist Deutschland das „Land der Begegnung" aller Gegensätze und in aller seiner Ohnmacht und Zerspaltenheit ein „Land der Entscheidung", weil sich in ihm, über ihm und nicht ohne seine eigene Mitwirkung im positiven oder negativen Sinne entscheiden wird, ob aus der Begegnung zwischen Feinden einander respektierende Gegner und schließlich Partner eines gemeinsamen Schicksals werden können. Dem deutschen Volk ist eine Zukunft nur in einem Frieden gewährt, der nicht auf Gewalt und überlegener Macht, weder der eigenen noch einer verbündeten Gruppe, sondern auf Verständigung und Zusammenarbeit begründet ist,

und der keines dritten Weltkrieges „zur Beendigung aller Kriege" bedarf. Das erfordert vom deutschen Volk als einem im Brennpunkt der Konflikte stehenden die Überwindung der Versuchung einer Machtpolitik im bisherigen Sinne, gleichviel, ob eine unabhängige, in eigener Regie, oder eine an diejenige anderer Mächte angelehnte, von außen dirigierte. Es setzt das Bewußtsein eines geistigen, nicht allein eines politischen Mittlervolkes voraus, das zu sein, Deutschland kraft seiner politischen und geistigen Geschichte befähigt ist. Alles, die Linien der innerpolitischen Entwicklung wie der Außenpolitik, der wirtschaftlichen und geistigen Bestrebungen sind aus diesem zentralen Schicksal gerichtet.

Gewalt beseitigt nicht Gegensätze

Ist solche Begegnung möglich? „East is East and West is West / And never the twain shall meet" heißt es in Rudyard Kiplings bekanntem Gedicht, des Dichters des englischen Imperialismus verklungener Tage, womit die Fremdheit in Daseinsgefühl und Lebensart zwischen den zwei Erdkreisen gemeint ist, die bis in das Zeitalter der Mythen heraufreicht. Wer nicht zu den Klopffechtern des professionellen Antikommunismus oder den in der Wolle gefärbten „Realisten" gehört, die achselzuckend den Krieg für unvermeidlich halten, weil Mensch eben Mensch bliebe und statt von Vernunft und Einsicht von seinen Trieben geleitet werde, denen dazu noch die Instinktsicherheit der unvernünftigen Kreatur abgehe, — der wird diese Begegnung als möglich bejahen. Sie ist möglich, weil sie unentrinnbar ist. Aber wir alle wissen, daß, obwohl das Zeitalter des Kolonialismus und der Imperien, der Suprematie der Weißen und der Vorherrschaft Europas zu Ende gegangen ist, die politischen und sozialen Vorstellungen sich nicht nur wandeln, sondern einander angleichen, und die Technik eine überall gleiche Lebensform und Arbeitsweise erzwingt, der uralte Gegensatz zwischen West und Ost neues Gewicht erhalten hat. Dreierlei verbindet sich hier und steigert sich aneinander: der machtpolitische Gegensatz zwischen den großen zentralen Ländermassen und den ozeanischen Randzonenmächten; der alte Gegensatz der Rassen und Kulturen im Kampf um Selbständigkeit und Gleichberechtigung; und der neue Gegensatz der um ausschließliche Geltung ringenden politischen, sozialen Ordnungssysteme. Keiner dieser Gegensätze läßt sich indessen durch einen gewaltsamen Austrag beseitigen, am allerwenigsten der letzte, weil sich in ihm gar nicht West und Ost gegenüberstehen, sondern Gestaltungskräfte, die beide dem Westen, Europa erwuchsen und durch die gewaltsame Beseitigung nicht überwunden werden können. Es ist nicht Zeit, um auf diesen, in Wirklichkeit falsch gesehenen Gegensatz zwischen West und Ost einzugehen. Gewiß besteht hier ein „Gordischer Knoten", und wie in den mythischen Anfängen dieses alten Gegensatzes mag das Orakel locken, daß, wer ihn löst, die Weltherrschaft gewinnen wird. Aber der schärfer geknotete Gordische Knoten unserer Zeit ist nicht mehr durch einen Alexander-Schwerthieb zu lösen. Er ist vielmehr zum Sinnbild der Lösung geworden. Es ist die gordisch verflochtene Welt, in der die Herrschaft eines Teiles über das Ganze nicht mehr möglich ist. Das scheint mir dieser alte Mythos in einer bisher verborgen gebliebenen Weisheit auszusprechen. Uns bleibt nur die Hinnahme der Verflochtenheit und damit der Verzicht auf die bedingt verheißene Weltherrschaft. Der Ost-West-Konflikt ist nicht durch eine Weltherrschaft zu lösen, sondern allein in der unlösbaren Verknotung der Gegensätze zu etwas Gemeinsamem. Das ist der heutige Sinn des Mythos, den Ernst Jünger in seiner gehaltreichen Schrift über ihn als das Sinnbild des uralten Konflikts zu deuten unternahm. „Im Knoten ruht der Schicksalszwang. Die Begegnung bleibt ein ständiges Problem, eine ständige Aufgabe."

Um Vertrauen werben

Die Nationen leben in einer Gewitterluft des wechselseitigen tiefen Mißtrauens, die sich in jedem Augenblick zu einem namenlosen Unwetter zusammenziehen kann. In gesundere Luft gelangen wir nur, wenn wir das volle Risiko des Vertrauens, eines gewiß „unbegründeten" und unbegründbaren, auf uns nehmen. Man „schenkt" Vertrauen aus einem Glauben an Recht und Güte. Man schenkt es; man erwirbt es nicht um einen Preis. Man handelt nicht um Vertrauen; man „wirbt" um es. Was von Menschen gilt, das gilt für die Beziehung der Völker zueinander nicht minder. Wir sind aus dem Zeitalter der Staatsräson als der Grundlage für diese Beziehungen herausgetreten. Die Staatsräson ist zum Staatsmythos geworden, in dem die Irrationalität des Menschen, seine Subbestialität Zu-

flucht gefunden hat. Man verlangt eine Vorleistung für das „geschenkte" Vertrauen. Vertrauen wird unmöglich, weil niemand die Verantwortung für den Beginn des Vertrauens übernehmen will und die Vertrauenswürdigkeit erst bewiesen werden soll. Sie ist nie beweisbar.

Eine Nation, die selbst unter dem Druck eines allseitigen Mißtrauens steht, die soeben erlebt hat, wie ihr Charakter, ihre Geschichte, ihre ganze Daseinsart nur noch unter dem Zerrbild eines Verzweiflungsabsturzes in Gewaltsamkeit und Schrecken von anderen Nationen gesehen wird, — einer solchen Nation sollte es nicht schwerfallen, das Risiko des Vertrauens in die anderen Nationen trotz allem Widerfahrenen, einschließlich alles Gewaltsamen, auf sich zu nehmen. Sie sollte dagegen gefeit sein, nun ihrerseits andere Nationen mit einem Regime, mit einer einzigen geschichtlichen Periode gleichzusetzen. Eine Nation, die eben erst selbst durch ihre Staatsführung dazu gezwungen worden war, fast unvorstellbare Gewaltakte zu begehen oder zu dulden, sollte vor der Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit bewahrt geblieben sein, über anderer Nationen Gewaltakte nun ihrerseits sich zu entrüsten. Die Deutschen, die noch darunter leiden, daß man sie alle im Spiegel der zwölf Jahre des Nationalsozialismus sieht und für dessen Taten verantwortlich macht, begehen nun denselben Fehler. Es ist mir unverständlich, daß der Außenminister der Bundesrepublik es für politisch klug und — als christlicher Politiker — für moralisch gerechtfertigt hielt, so kurze Zeit nach dem Rußland verwüstenden Einfall der deutschen Armeen anläßlich der Jahrtausendfeier der Schlacht auf dem Lechfelde Andeutungen über die vom Osten drohenden noch größeren Gefahren als die des Tatareneinbruches zu machen.

Das deutsche Volk, wenn es sein Schicksal recht begriffen hätte, wenn es von christlichen Politikern c h r i s t l i c h e Wege geführt worden wäre, statt sich von materiellen Verlockungen und den Gaukeleien einer neuen Machtpolitik beirren zu lassen, hätte an seinem Teil sehr wirksam zum Abtragen des Mißtrauens, des wirklich „Eisernen Vorhanges", beitragen können, indem es sich, soweit es dazu in der Lage war, n i c h t zu einer Verschärfung und Vertiefung der Gegensätze hergab, sondern seine ganze Existenz in der vollen Unsicherheit auf sich nahm, die es trotz allen vermeintlichen Sicherungen bedroht. Bonn hat mit einem gewissen Erfolg versucht, das Mißtrauen des Westens in das deutsche Volk zu verringern. Aber das Mittel, mit dem die Regierung dies versuchte, war der Verzicht auf eine Vertrauensbasis der Beziehungen zum Osten. Es geschah in der vollen Parteinahme für den Westen, obwohl der unprovozierte Angriff auf Rußland ungleich schwerer wog als die Kriegshandlungen im Westen. Es geschah mit allen Verengungen des Horizonts, mit aller Einseitigkeit und mit der ganzen Feindseligkeit, die das deutsche Volk nach seinem Angriffskrieg gegen Rußland erneut in die eigene Vorkriegsgesinnung zurückwarf, ihm das grauenhafte Erlebnis der russischen Feldzüge, der Rückzüge und der Niederlage aus der Seele wischte, als wäre es ein böser Traum, um so etwas wie jene Selbsttäuschung nach dem ersten Weltkrieg mit seinen Darstellungen „Im Felde unbesiegt!" heraufzubeschwören. Es ist diese Politik der ausschließlichen Parteinahme für den Westen, die das deutsche Volk seelisch, geistig in die nationalsozialistische Zeit und Gedankenrichtung zurückgeworfen hat und es um die wirklichen Früchte der Niederlage, um die Einsicht, die Reifung und die Selbstüberwindung gebracht hat. Eine Einbuße, die noch schwerer wiegt als die Verhinderung der deutschen Wiedervereinigung.

P o l i t i s c h e statt m i l i t ä r i s c h e L ö s u n g e n

Es wäre die Aufgabe des deutschen Volkes gewesen, sich einer neuen Militär- und Gewaltpolitik zu versagen, auch wenn damit die Unsicherheit und Ungewißheit der eigenen Existenz vorübergehend noch gewachsen wären. Ein solches Vorhaben hätte in längerer Entwicklung mehr echtes Vertrauen in das deutsche Volk wiederhergestellt als die geschäftig-willfährige und dienstbeflissene Bereitschaft, dem Westen deutsche Truppen zur Verteidigung gegen den Osten anzubieten. Es hätte vor allem die deutsche Stimme sein müssen, die aus dem eigenen Erlebnis heraus, statt erneut mit einer Gewaltpolitik politische Probleme lösen zu wollen, p o l i t i s c h e statt militärische Lösungen forderte. Es wäre die Aufgabe der Deutschen gewesen, das Bild des Russen aus den Verzerrungen der Kriegspropaganda und den Verdunkelungen eines revolutionären Umbruchs in seiner Breite und Tiefe wiederherzustellen, um das psychologische Fundament für eine „Begeg-

nung" zu legen, statt sich mit dem stupiden Pseudorealismus hervorzutun, daß man mit den Russen nicht verhandeln könne. Das Bildnis vom Russen, das der Nationalsozialismus für seine Kriegspropaganda zugrundelegte, ist so ziemlich dasselbe, das gegenwärtig von den professionellen Antikommunisten im Solde Bonns weitergereicht wird. Zum Teil sind es sogar dieselben Persönlichkeiten, die es tun. Für den „christlichen" deutschen Politiker wäre es ein Beweis seiner wirklichen christlichen Gesinnung gewesen, wenn gerade er durch die traurigen Scheußlichkeiten des Kriegsendes hindurch den Mut besessen hätte, an ein echtes Bild der Russen zu glauben.

Das sind nicht perfektionistische Moralsalbadereien, sondern einfache realistische Überlegungen von praktischer Bedeutung. Wir Deutschen können als Nation das zerstörte Vertrauen nicht einseitig wiederherstellen. Morgen könnte, wenn etwa West und Ost sich über den Kopf Deutschlands hinweg verständigen, das eiskalte Mißtrauen Rußlands das kümmerliche Pflänzchen bedingten Zwecksvertrauens im Westen erneut zum Erfrieren bringen. Aber wie immer es um die praktische Seite stehen möge, die für die sogenannten Politiker zu Buche schlägt, das Moralische versteht sich heute nicht von selbst. Um so notwendiger ist es, zu dokumentieren, daß es eine Realität, nicht eine Fiktion sei. Mir scheint, wenn „christlicher" Politik überhaupt ein Sinn beizumessen sei, dann wäre ihre Aufgabe die Vertretung dieser Wirklichkeit. Ost und West können sich nur im Blick auf das Künftige, nicht auf das, was geschehen ist, begegnen. Es kann uns nur im Sinn der Beförderung einer unausweichbaren Evolution beider gelingen, des Westens wie des Ostens. Wir ringen beide um einen neuen Gehalt der Freiheit und der Gemeinschaft; im Westen wie im Osten. Das ist das uns Verbindende und zugleich Trennende. Wir dürfen uns von vorübergehenden Erscheinungen nicht beirren lassen, daß, wie wir auch von der persönlichen Freiheit aus die Gemeinschaft zu begründen suchen, drüben vor der Gemeinschaft aus nach einem möglichen Maß der Freiheit gesucht wird. Der Gehalt der Freiheit ist im russischen Volk von jeher ein anderer als im Westen gewesen. Sie ist innere Freiheit, die auf Verzicht und Opfer beruht. Sie ist Unabhängigkeit von der Macht der Dinge; sie ist eine machtlose Freiheit. Es ist im Grunde die Freiheit von sich selbst, die zur Hingabe an die Allgemeinheit wird. Wenn wir gegenwärtig im Westen den Umkreis der persönlichen Freiheit von den wachsenden Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft neu zu umgrenzen versuchen und in der Freiheit nicht mehr die Befreiung von etwas — vom Staat etwa — sondern die Freiheit zu etwas, zum Dienst für die Gemeinschaft sehen, und somit den Individualismus des 19. Jahrhunderts praktisch überwunden haben — so können wir nicht umhin, in dem Streben in umgekehrter Richtung, das von der Gemeinschaft her das zulässige Maß persönlicher Freiheit zu bestimmen versucht, eine Ergänzung und ein Korrektiv des eigenen Bemühens zu sehen.

Friede und Sicherheit, Freiheit und Gemeinschaft sind unteilbar

Wir sollten nicht von einem Atomzeitalter sprechen, einer Epoche, die von einem bloßen Mittel der Vernichtung oder unbegrenzter materieller Kraft sich ihren Charakter bestimmen läßt, sondern vom Wesen des Menschen, seinem neuen Bewußtsein, seinem neuen Daseinsgefühl. Wir sprechen vom Zeitalter der freien Verpflichtung, vom Zeitalter des mündigen Menschen. Nicht der ist mündig, der sich von Fesseln befreit, unabhängig weiß, sondern derjenige, der um die Abhängigkeit des Menschen und seine Einordnung in ein Gesetzliches weiß. In einem neuen Buch „The Public Philosophy" fragt Walter Lippman, der bekannte amerikanische Politiker, was die westlichen Demokratien krank erscheinen ließe, und kommt zu dem Schluß, daß es eine gewisse Unfähigkeit sei, mit der Wirklichkeit fertig zu werden. Das ist eine erstaunliche Erkenntnis für alle diejenigen, die in der Bundesrepublik im Materiellen den Umfang der Wirklichkeit und in der Macht ihr Wesen sehen. War bisher die Einheit der Menschen eine nur im Geist und in der Moral begründete, so ist sie nun zu einer politischen Realität geworden. Die Gemeinsamkeit der Verantwortung aller für alles ist nicht mehr ein bloßes moralisches Postulat, sondern die Quintessenz unserer politischen Wirklichkeit. Es gibt kein Einzelschicksal mehr und keine Aussonderung einzelner Nationen. Friede und Sicherheit, Freiheit und Gemeinschaft sind unteilbar, das ist die revolutionäre Parole unserer Zeit. Wir können sagen, daß die „List der Idee" die Menschheit in eine Lage gebracht habe, wo sie nur durch eine Überlegenheit und Selbstüberwindung ihrer Herr werden kann, zu der sie eigentlich noch nicht

gereift ist. Aber wie zögernd wir diesem Zwang zur Einsicht folgen, es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Folgerung daraus zu ziehen, daß durch Gewalt weder das zu erhalten sei, was wir zu verteidigen wünschen, noch das überwunden werden kann, vor dem wir uns bewahren wollen.

Vergessen wir dabei nicht, daß es in Deutschland eine große und lange Tradition für die Verbindung von Westen und Osten gibt — nicht bloß das, was in den Hirnen einiger Politiker als Schreckgespenst geistert, der „Tauroggen-Koplex" und der „Rapallo-Schreck". Angefangen von dem großen Philosophen des 17. Jahrhunderts Leibniz mit seiner Novissima Sinica und dem Vorschlag von Akademien, in denen Westen und Osten vertreten sein sollten, ist es vor allem Herder, der Ostpreuße aus dem jetzt russischen Mohrungen, — von den slawischen Völkern als der Prophet und Geburtshelfer ihrer geistigen Wiedergeburt aufgefaßt —, der fast ein Jahrhundert vor Dostojewski mit dem ihm eigenen Spürsinn in dem russischen Volk die große ungebrochene geistige und seelische Kraft sah, die eine neue Menschheitsepoche heraufführen helfen würde. Wir stehen in einer Wende, wo die große Revolution der Befreiung des Menschen, seiner Entfesselung zur Selbstbestimmung in ihren Gegensatz umschlägt, in die Revolution der Bindung, der Einordnung, der Eingemeindung, des „In Pflicht nehmen" des einzelnen, und die aus der Abhängigkeit und Gemeinsamkeit mit Notwendigkeit aufs neue zu der „verlorenen Mitte" zurückweist: zu der Ausrichtung des Menschen aus einer inneren Wirklichkeit heraus, womit seine vermeintliche Autonomie als eine Illusion verfliegt. Wir sehen das Neue nicht, weil es uns in jener oft vermerkten (schon von Mommsen beachteten) Verzerrung in einer Pseudomorphose zuerst erscheint. Wir stehen dem eigentlichen Sinn und Wesen der Revolution des Ostens noch fremd und fern gegenüber, weil wir sie als die Negation unserer liberalen Revolution auffassen, während sie in Wirklichkeit, obwohl sie sich westlicher Ideen und der revolutionären Sprache des Westens bedienend, aus viel tieferen Gründen des Menschenschicksals aufbricht.

Auftrag zur Wandlung

Die Aufspaltung der Welt ist ein tief spirituelles Ereignis; so ist es die Teilung Deutschlands, in der sie sich im kleinen Maßstab wiederholt. Es ist die Herausforderung zu einer tieferen Gemeinsamkeit, einer neuen Einheit. Unsere Heimatlosigkeit, dies Bewußtsein hinausgestoßen zu sein, ins Dasein geworfensein, wie es die moderne Philosophie nennt, diese Fremdheit und Einsamkeit zeigen das Ende des bisherigen Weges, das Ende einer Weltzeit an. Wir können nur noch ein neuer Mensch sein wollen, sofern wir überhaupt noch Mensch bleiben können. Wir haben nur noch in einer gewandelten Welt eine Zukunft. Eine neue Zeit bricht im Wissen um ein neues Gemeinsames an, mit einem neuen gesunden Bleibenden, einer neuen Gemeinschaft. Um dieses beides geht es fortan: um die große Gemeinschaft der Menschen und um ihren Auftrag zur Wandlung. Über beides entscheidet kein äußerer Kampf. Dort, wo man aus eigenem Irrtum aufbricht, ihn zu überwinden, warten die fruchtbaren Kräfte des Reifens. Nicht dort, wo man ihn verschweigt, wo man sich weigert, am allgemeinen Irrtum teilgenommen zu haben. Durch Irrtum und Schuld wachsen den Menschen die Kräfte der Wandlung.

In keinem Volk hätten diese Überlegungen klarer angestellt werden müssen als in dem deutschen, das in sich selbst mehr als jedes andere an allen Kräften und Impulsen, an der Parteinahme und Ablehnung für alle großen Gegensätzlichkeiten unserer Zeit teilnimmt und dessen Leben bis in die feinsten Verästelungen von der dialektischen Auseinandersetzung bestimmt ist. In keiner Nation hätte entschiedener gesehen werden müssen, daß die Aufgabe der eigenen Daseinsgestaltung nur im Versuch der Verbindung, nicht der Trennung der Welthälften zu lösen seien und daß sich keine Zukunft mehr erarbeiten läßt als durch die Klärung der Gegensätze zur wechselseitigen Ergänzung und Begrenzung. Es ist das größte Versäumnis der acht Jahre neuer Staatlichkeit und der Regierung Adenauer, daß sie Deutschland statt zu einer „Stätte der Begegnung" zwischen West und Ost aus eigenem Willen, nicht bloß durch das Diktat kontrollierender Mächte, zu einer Grenzmark und zum Verteidigungsbollwerk feindlicher Machtgruppen werden ließ, daß es einen „Verteidigungsbeitrag" anbot, wo allein ein „Friedensbeitrag" helfen kann.

Pastor Adolf Schmidt

Der Mythos von der „christlichen Politik“

I.

Unzählige Christen befinden sich im Blick auf die kommende Bundestagswahl in einer großen Verlegenheit. Sie möchten ihre Entscheidung treffen aus der Verantwortung, die sie als Christenmenschen für ihre Nächsten und also auch für die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse haben. Aber sie sind sich dessen nicht sicher, wie sie dieser Verantwortung gerecht werden können.

Es könnte scheinen, als sei hier doch alles klar und selbstverständlich, denn es bietet sich ihnen mit einem Aufwand von vielen, vielen Millionen eine Partei an, die sich christlich nennt: die Christlich-Demokratische Union. Diese Partei präsentiert sich als Zusammenschluß von „christlichen“ Persönlichkeiten aller Konfessionen, die aus „christlicher“ Verantwortung heraus „christliche“ Politik treiben wollen. Die Partei ruft auf zur Bildung einer „christlichen“ Einheitsfront gegenüber allen, die das „Christentum“ bedrohen. Sie hat die Rettung des „christlichen Abendlandes“ auf ihre Fahnen geschrieben. Trotz aller Gegenbeteuerungen lebt man in ihr von dem Ausschließlichkeitsanspruch, die christliche Partei zu sein. Sie ist überzeugt, daß die Belange der Kirchen einzig bei ihr am besten aufgehoben seien. Und schließlich weist sie hin auf „ihre“ großen Erfolge in Außen- und Innenpolitik, im wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Darum: „Ihr Christen, her zu uns!“

Wie sollte es für den darauf gestimmten Wähler nicht außerordentlich versuchlich sein, auf diese „christlichen“ Töne zu hören und in dieses Lied einzustimmen! Ist es nicht das, was er als Christ sucht und suchen muß? Sollte ihm hier die Entscheidung schwer fallen? Verrät er nicht seinen Glauben, wenn er da nicht mitmacht? Nun, wir sagten schon, daß sich trotz allem unzählige Christen in großer Verlegenheit befinden. Es fehlt ihnen die Freudigkeit der Überzeugung von der Richtigkeit dieser Sache. Sie hören und sehen so manches, was sie stutzig macht. Sie sind mißtrauisch, zögernd, unentschieden und doch immer wieder merkwürdig betört von den „christlichen“ Sirenenklängen.

II.

Was heißt das eigentlich: „christlich“? Es ist zunächst darauf hinzuweisen, daß es dieses Wort, wie auch das Wort „Christentum“, in der Bibel nicht gibt. Wenn dementsprechend innerhalb und außerhalb der Kirche diese Worte nicht mehr gebraucht würden, müßte mancher Nebel verfliegen, und allerlei Verschwommenheit und auch Tarnung wäre nicht mehr möglich. Die Auseinandersetzungen würden erstaunlich einfach und klar werden. Es könnte und würde sich nicht mehr jedermann „christlich“ nennen.

Mit dem pseudobiblischen Wort „christlich“ aber könnte doch nur gemeint sein: „dem Evangelium von Jesus Christus gemäß“. Das Evangelium ist aber die frohe Botschaft, daß Gott in seinem Sohn Jesus Christus die Welt geliebt hat, daß er in ihm sich aller Menschen erbarmt und ihnen allen ihre Schuld vergeben hat — daß er als dieser sich erbarmende Gott der Schöpfer, Erhalter und der Herr der Welt ist, daß er darum alle rufen läßt, diesem Evangelium Glauben zu schenken und diesem Evangelium entsprechend den Nächsten zu lieben (auch die Feinde!) und allen Menschen diese frohe Botschaft weiterzusagen.

III.

„Christliche“ Partei müßte also heißen: die dem Evangelium gemäße Partei. Jede Partei hat ihr bestimmtes politisches, wirtschaftliches und kulturelles Programm, vertritt bestimmte Interessen. Wie wollte sie sagen, daß gerade sie in ihrem Programm dem Evangelium gemäß sei? Das wäre nur möglich um den Preis des Pharisäismus. Nach dem Neuen Testament ist dieser aber die Sünde, warum es denn auch nicht Wunder nimmt, daß gerade die frommen Pharisäer Jesus ans Kreuz schlagen ließen.

Es ist daher nicht von ungefähr, daß die evangelischen Theologen von Barth bis Künneth auf der ganzen Linie die Möglichkeit einer „christlichen“ Partei verneinen. Auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat kundgetan, daß es nicht angeht, die Vertretung von Gruppeninteressen unter der Kennzeichnung „christlich“

wahrzunehmen. Das betraf 1955 die „christlichen" Gewerkschaften. Das gilt aber für alle politischen Gruppierungen. In derselben Klarheit hat sich in dieser Sache die Weltkirchenversammlung von Amsterdam geäußert.

In dieser Auseinandersetzung könnte es doch nur darum gehen, festzustellen, daß nur eine Partei „christlich" sei. Eine „christliche" Partei müßte also den Absolutheitsanspruch erheben. An diesem Punkt ist es sogar der CDU unheimlich zumute, wenigstens dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU. In seiner Kasseler Erklärung heißt es: „Wir sind unter dem Zeichen ‚christlich' angetreten. Damit haben wir keinen Monopolanspruch erhoben . . . Das bedeutet kein Urteil über andere." Noch deutlicher sagte es Staatsminister a. D. Dr. Otto Schmidt auf der Kasseler Tagung des Arbeitskreises: „Nach unabdingbarem evangelischen Verständnis kann das Vorzeichen ‚christlich' nur etwas über die CDU selbst, aber nicht über deren politische Gegner aussagen. Wir können uns nicht dadurch von der konkret übernommenen christlichen Verantwortung im öffentlichen Leben dispensieren, indem wir für unsere Gegner daraus kollektiv und generell ein ‚a- oder antichristlich' machen. Ja, wir müssen sogar ein Interesse daran haben, daß diejenigen Christen, die mit Überzeugung den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorstellungen der Sozialdemokratie anhängen, um der Demokratie und der Zukunft unseres Volkes willen dort ihre politische Heimat ohne Anfechtung ihrer kirchlichen Bindung haben können" (epd). Diese Ausführungen zeugen von einiger Einsicht. Selbst der Bundeskanzler hält solche Bemerkungen gelegentlich für angebracht. Wenn solche Äußerungen sachlich ernst gemeint sind, sollte man die einzig mögliche Konsequenz ziehen und das „Christlich" im Parteinamen streichen. Aber wie ernst ist es gemeint? So wie es in einer großen Wahlanzeige der CDU zum Ausdruck kommt?: „In der Steuerpolitik, im Wohnungsbau, in Familienfragen und auf allen anderen Gebieten des sozialen Lebens führt die CDU Neuerungen durch, die jedem Menschen ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit und den gerechten Anteil am erarbeiteten Sozialprodukt bietet. Das kann nur die CDU, weil sie nicht von Parteipolitik geleitet wird, sondern von den unvergänglichen Grundsätzen des Christentums." Oder so wie es der Bundeskanzler in Nürnberg und Bamberg und anderswo gesagt hat?: „. . . . Wir glauben, daß mit einem Sieg der Sozialdemokratischen Partei der Untergang Deutschlands verknüpft ist", und bei der kommenden Bundestagswahl gehe es darum, „ob Deutschland und Europa christlich bleiben oder kommunistisch werden." Die Kirchliche Bruderschaft in Württemberg sagt dazu: „Hinter diesem Wort und dieser Haltung wird die Anmaßung offenbar, als ob der christliche Glaube allein unter einer CDU-Regierung frei gelebt werden könne und als ob jeder, der der Opposition seine Stimme gebe, dem Kommunismus den Weg bereite." Das ist die Dämonie des „christlich" in einem Parteinamen, daß es zum Absolutheitsanspruch verführt.

IV.

„Christliche" Persönlichkeit müßte heißen: eine dem Evangelium gemäße Persönlichkeit. Es sei ferne, in dieser Hinsicht ein Urteil über die Politiker, Mitglieder und Wähler der CDU zu fällen; dieses Urteil kann aber ebensowenig über die Angehörigen anderer Parteien gewagt werden. Es ist auch unsinnig, in dieser Beziehung die verschiedenen Parteien quantitativ zu vergleichen. Immerhin sind die Fragen, die Jens Daniel im „Spiegel" erhebt, doch aufs Ganze mit Nein zu beantworten: „Lieben die Führer der CDU ihren Nächsten mehr, als die Führer anderer Parteien dies tun, setzen sie sich in christlichem Geist mit dem Bruder Gegner auseinander? Halten die Führer der CDU ihr Wort ehrlicher als andere Parteiführer, ist ihre Rede „Ja, Ja" und „Nein, Nein"? Verabscheuen sie die Intrige, haben sie reinere Hände, sind sie uneigennütziger, weniger auf Macht und Besitz erpicht?" Das Urteil, ob ein Mensch dem Evangelium gemäß ist, steht allein Gott zu. Es geht dabei um eine geistliche und nicht politische Kategorie. Zudem sollte der Blick auf das Werk „christlicher Persönlichkeiten" in der Geschichte ernsteste Warnung sein.

V.

„Christliche" Politik müßte heißen: dem Evangelium gemäße Politik. Welche Politik ist das? Um die Problematik deutlich zu machen: welches war etwa im Saargebiet die „christliche" Politik, die der saarländischen „Christlichen" Volkspartei des Ministerpräsidenten Hoffmann oder die entgegengesetzte der „Christlich"-Demokratischen Union des Bundeskanzlers Adenauer?

In der Berliner Entschließung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU vom Oktober 1956 heißt es: „Der Ausdruck ‚christliche Politik' ist mißverständlich. Er könnte dazu führen, daß die Nichtchristen leugnen, diese Politik sei auch für sie verpflichtend. (Man beachte den in diesem Satz wieder durchbrechenden Absolutheitsanspruch!) . . . Für den Christen, der mit der Kirche lebt, ergeben sich aus seinem Glauben auch bestimmte inhaltliche Maßstäbe für das politische Handeln. Sie entsprechen den Weisungen der 10 Gebote in ihrem neutestamentlichen Verständnis." Zum neutestamentlichen Verständnis der 10 Gebote lese man die Bergpredigt! Unterstellt, daß der Satz über die „politischen Maßstäbe für das politische Handeln" des Christen biblisch richtig sei: wie verträgt sich dann damit etwa die Aufrüstungspolitik der CDU? Dieser Fragenkomplex sei hier als ein Beispiel genommen; man könnte auch den ganzen Fragenkreis um die Wiedervereinigung, die Politisierung des Rechtes in der Bundesrepublik und anderes untersuchen.

Man mag über die Zweckmäßigkeit der westdeutschen Aufrüstung, soweit sie die herkömmlichen Waffen betrifft, geteilter Meinung sein — wir lehnen sie aus mancherlei Gründen ab —, aber sie als „Frage christlich-abendländischer Entscheidung" zu erklären, wie es seitens der CDU geschah, ist ein Hohn auf das Evangelium. Dr. Waldemar Wünsche sieht in einem an Pastoren versandten Brief des „Internationalen Comités zur Verteidigung der christlichen Kultur, Deutsche Sektion — Evangelischer Arbeitskreis", einer der Propaganda-„Tarnorganisationen" der Regierungspolitik, im März 1955 den Sinn der Pariser Verträge, also der Aufrüstung Westdeutschlands, darin: „Dem Christentum (!) in der Auseinandersetzung mit dem marxistischen Leninismus die Initiative wieder in die Hand zu geben." Also Waffen für das Christentum, Verbindung des Christentums mit Waffengewalt; das ist Kreuzzug! Ist das dem Evangelium gemäß? Und ist es dem Evangelium gemäß, daß die CDU das Gesetz zur friedlichen Verwendung der Atomenergie zu Fall brachte, um die Möglichkeit militärischer Ausnutzung offenzulassen? Ist es dem Evangelium gemäß, im gleichen Zuge die Furchtbarkeit dieser Waffen und der Atomversuche fortgesetzt zu verharmlosen?

Es hat sich bitter gerächt, daß im Verlauf der Industrialisierung Deutschlands die „christliche Politik" darin bestand, das Elend des Proletariats und seine Ausbeutung zu übersehen; das hat die Arbeiterschaft der Kirche entfremdet und sie geradezu dem heute mit „christlicher Politik" bekämpften Sozialismus in die Arme getrieben. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß auch die „christliche" Rüstungspolitik ähnliche Folgen zeitigt. Die CDU sehe zu, wie sie bei all ihrer „Christlichkeit" mit dem Prophetenwort fertig wird: „Ihr habt den Namen des Herrn stinkend gemacht vor der Welt!" Es ist zutiefst beunruhigend und erschreckend, denn Gott läßt seiner nicht spotten, daß gerade unter Führung der CDU im christlichen Namen zu den Waffen gerufen wird.

VI.

„Christliches" Abendland müßte heißen: dem Evangelium gemäßes Abendland. Das, was mit diesem Namen gemeint ist, hat sicherlich einiges Respektable aufzuweisen. Aber wenn man die Sache genau besieht, stellt es sich sehr bald heraus, daß auch hier der Anspruch „christlich" nicht erfüllt ist. Welche Greuel, welche Verleugnung des Evangeliums, welche schlimmen Dinge geschahen — oft im Namen Christi! — auf seinem Weg durch die Geschichte: Kreuzzüge, Inquisition, Scheiterhaufen und Kerker, kriegerische Selbstzerfleischung, Ausbeutung der Farbigen und der Weißen, Konzentrationslager und Folterungen, gesegnete Waffen und Krieger. Genau besehen, ist das „christliche Abendland" eine Illusion. Es hat in der Konzeption der CDU aber seinen Platz als der „christliche Westen". Und zu dieser Konzeption gehört es nun, daß sich der „christliche" Westen zusammenschließen soll zu einer „christlichen Einheitsfront" gegenüber dem „gottlosen" Osten. Im Sinne dieser westlichen Einheitsfront der „freien Völker" verficht man die „christliche Einheitsfront" auch innerhalb der Bundesrepublik. Was sich dieser Einheitsfront nicht anschließt, wird verdächtigt, als Wegbereiter des Kommunismus, als Dummkopf und Verräter hingestellt.

„Will man sich als Evangelischer auch im Raum der politischen Entscheidung als Christ verstehen oder nicht?" fragt der Rheinische Merkur, das dem Kanzler nahestehende Blatt. Will man das, dann darf man „die fortschreitende Entchristlichung

unserer Parlamente" nicht fördern und den „großen, rettenden Ansatz einer gemeinsamen christlichen Verantwortung" der katholischen und evangelischen Christen nicht preisgeben, sprich: nicht die bösen „entchristlichenden" Oppositionsparteien wählen.

Die Front im Inneren geht gegen die Liberalen und Sozialisten, besonders gegen letztere. Gerade in diesen Tagen jährt es sich zum zehnten Mal, daß der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland sein „Wort zum politischen Weg unseres Volkes" veröffentlichte. Darin heißt es: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine „christliche Front" aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert . . . Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, eine Front der Guten gegen die Bösen, des Lichtes gegen die Finsternis, der Gerechten gegen die Ungerechten im politischen Leben und mit politischen Mitteln bilden zu müssen. Damit haben wir das freie Angebot der Gnade Gottes an alle durch eine politische, soziale und weltanschauliche Frontenbildung verfälscht und die Welt ihrer Selbstrechtfertigung überlassen."

Wie es mit dem Angriffsziel der „christlichen Einheitsfront" heute bestellt ist, geht aus einem Artikel Dolf Sternbergers in der „Gegenwart" deutlich hervor: „Es gibt religiöse Sozialisten auch in der gegenwärtigen Bundestagsfraktion der SPD und man findet dort nicht weniger als drei evangelische Pfarrer . . . Vielleicht ist aber der Fall Heinemann und seiner theologischen Anhänger doch sichtbarer oder sensationeller als frühere Fälle ähnlicher Art und vielleicht kann man wirklich urteilen, daß dadurch das Ende jener altmodisch freidenkerischen Parteigesinnung deutlicher besiegelt werde als durch irgendein früheres Ereignis vergleichbaren Charakters. Wir alle können es nur begrüßen, wenn diese Verstimmungen aus dem vorigen Jahrhundert allmählich in Staub zerfallen . . . Das christliche Bekenntnis kann kaum noch ein politisches Unterscheidungsmerkmal sein." Heinemann selber schreibt in der „Stimme der Gemeinde": „Der entscheidende Einwand gegen die christliche Frontbildung besteht darin, daß das Christliche von Grund auf verfälscht wird, wenn es zu einer politischen Waffe gegen irgendwen, und sei es gegen Gottlose und Antichristen, gebraucht wird. Das politische Nein kann niemals ein Nein Jesu Christi sein, der für alle Menschen starb, auch für Marxisten und Kommunisten."

VII.

Was die Wahrung der kirchlichen Belange betrifft, wird man natürlich sagen können, daß unter dem Einfluß der CDU der Kirche einige, besonders finanzielle Sicherheit geboten wurde, ob allerdings zu ihrem inneren Gewinn, wird vielfach bestritten. Andere Parteien hätten oder haben aber zweifellos ebenfalls das Entsprechende getan. Aber wichtiger ist doch, ob denn das Zeugnis der Kirche Gehör findet. In dieser Richtung ist nun festzustellen, daß der bekannte schwerwiegende „Ratschlag" des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Fassung der Gewissensbestimmung für Kriegsdienstverweigerung im Wehrgesetz gerade nicht von der „christlichen" Partei, wohl aber von den Sozialdemokraten, aber auch etwa von Liberalen verfochten worden ist. Die CDU ging über den „Ratschlag" zur Tagesordnung über. In den Zusammenhang gehört auch das mannigfache Zeugnis der Kirche gegen die Erprobung, Herstellung und Verwendung der Massenvernichtungsmittel. Auch diesem Zeugnis sind die Ohren der CDU verschlossen, und wiederum die Oppositionsparteien, die außerhalb der „christlichen" Front stehen, machen Gebrauch davon und setzen sich entsprechend dafür ein.

VIII.

Was schließlich die Erfolge der „christlichen" Politik angeht, so sind sie kein Kriterium für die Feststellung besonderer Frömmigkeit. Auch der Teufel verkleidet sich in einen Engel des Lichtes und wirkt Wunder. Auch Adolf Hitler hatte große „Erfolge", am Ende aber stand der Bankerott. Auch im Hinblick auf die „Erfolge" der CDU mag man in ernster Sorge mit Wilhelm Busch sprechen: „Wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe!"

IX.

Mit einigen Stimmen aus dem Raum der evangelischen Kirche sei aus dem Vorste-

henden die Schlußfolgerung gezogen. Die Leitungen der Rheinischen, Westfälischen und Nordwestdeutschen Kirchlichen Bruderschaften haben kürzlich erklärt: „Es widerspricht dem Evangelium, daß der Name unseres Herrn Jesus Christus in dieser Weise mit bestimmten parteipolitischen Tagesmeinungen und Interessen verquickt wird." Die Studentenschaft der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal schreibt in einem Brief an den Bundeskanzler, daß „eine unsachgemäße Anwendung des Begriffes ‚christlich' im Wahlkampf" eine „Ablenkung von den eigentlichen politisch-sachlichen Differenzen" bedeutet. „Christus ist sicher nicht deshalb in unsere Welt gekommen, um zwei Jahrtausende später auf Wahlplakaten zu erscheinen." So die „Junge Stimme".

Die Kirchliche Bruderschaft in Württemberg geht den unentschiedenen, zögernden Christenmenschen tapfer voran: „Wir sind als Glieder der Kirche entschlossen, der CDU bei der nächsten Bundestagswahl unsere Stimme zu versagen."

Prof. Dr. Walter Hagemann

Entscheidet wirklich das Volk?

Wahlen heute und gestern

Alle vier Jahre drückt man jedem wahlberechtigten Staatsbürger (die Wahl ist allgemein!) einen Stimmzettel in die Hand, auf dem die Namen mehrerer Wahlkandidaten stehen. Er tritt hinter einen Vorhang (denn die Wahl ist geheim!), kreuzt ein beliebiges Feld an (denn die Wahl ist frei!) und überreicht seinen Stimmzettel dem Wahlleiter. Das ist der einzige verfassungsmäßige Beitrag des Staatsbürgers in der Demokratie. Er kann sehr viel bedeuten — oder auch sehr wenig.

Er bedeutete sehr wenig im Dritten Reich, als sich ein Führer seine Politik der vollendeten Tatsachen durch Wahlen und Volksentscheide bestätigen ließ. Durch ökonomische und außenpolitische Erfolge verstand er es, die Massen bei guter Laune zu halten. Als die Rückschläge kamen, gab es kein Zurück mehr: Führer und Volk wurden in den gleichen Strudel hinabgerissen.

Es begann das Regime der Besatzungsmächte, und die neuen Führer trugen wieder Uniformen. Unter ihnen war die politische Bewegungsfreiheit gering, denn sie hatten durch vorweggenommene Entscheidungen bereits vollendete Tatsachen geschaffen, ehe die Landes- und Bundesbürger in den vier Zonen zu den Wahlen gingen. Mit zwei Staaten, zwei Verfassungen, zwei Wirtschafts- und Sozialstrukturen verlor Deutschland das Letzte, was ihm noch verblieben war: seine Einheit als Volk.

Militärisches Übersoll

Zwei Legislaturperioden reichten hin, um die vollendeten Tatsachen zu konsolidieren und durch neue zu ergänzen. Der neue Führer trug keine Uniform. Dennoch gelang es ihm, durch ökonomische und politische Erfolge das Volk bei guter Laune zu halten und sich die Richtigkeit seines Weges in durchaus demokratischer Weise bestätigen zu lassen. Der Bundesbürger bemerkte mit Stolz, daß er in der Welt wieder etwas galt und daß man ihm das Dritte Reich verzieh. Dafür fand sich die Mehrheit damit ab, daß die Bonner Führung ein militärisches Übersoll im Rahmen der Nato zusagte und sich zum Festlanddegen der USA im kalten Krieg gegen die Sowjetunion machen ließ. Auch hier wurden vollendete Tatsachen geschaffen, ehe die Staatsbürger sich bewußt wurden, was ge-

schehen war. Schwache und verspätete Proteste waren nur Rückzugsgefechte gegenüber einer Führung, die ihren Weg weiter ging, unbekümmert um alle weltpolitischen Wandlungen und den Widerstand einer Mehrheit, deren Machtlosigkeit man in Bonn richtig einschätzte.

Von der Mitschuld an dieser Entwicklung kann keine der bundesrepublikanischen Parteien freigesprochen werden. Als die Opposition begann, die Öffentlichkeit vor der Aufrüstungs- und Nato-Politik, vor der einseitigen Bindung an den Westen zu warnen und eine Verständigung mit dem Osten zu fordern, hatte man bereits so viele Kompromisse hingenommen, war die ideologische, staatsrechtliche, politische und soziale Entwicklung in den beiden deutschen Staaten bereits so weit fortgeschritten, daß eine Rückkehr zu den Ausgangspositionen unmöglich geworden war. Leider fehlte der Mut und die konstruktive Phantasie, eine entschiedene Gegenposition zu dem Bonner Kurs zu beziehen, vollzog sich doch der Prozeß des politischen Umdenkens selbst in den oppositionellen Führungsgremien nur sehr langsam. Kann man es dem durchschnittlichen Wähler verdenken, daß er noch langsamer denkt und das bewährte Alte dem ungewohnten Neuen vorzieht?

Zerronnene Träume

Nach dem Zusammenbruch suchten sich die deutschen Menschen mit zwei Wunschträumen über den Schmerz des Zusammenbruches hinwegzutrösten: dem europäischen und dem pazifistischen Traum. Die Mehrheit aller Deutschen glaubte an ein Europa, das die Ära des Nationalstaates überwinden und ein Leben in Sicherheit und Frieden verbürgen würde; nur langsam dämmerte die Erkenntnis, daß die Siegermächte weiterhin Nationalpolitik trieben, und daß aus diesem „Europa" 18 Millionen Deutsche und alte abendländische Nationen wie Ungarn und Polen ausgeschlossen waren. Die Mehrheit aller Deutschen hoffte ferner, daß in Deutschland nie wieder eine „schimmernde Wehr" die Nachbarstaaten herausfordern würde; nun mußten sie erleben, daß gerade die Herolde der deutschen Entwaffnung im kalten Krieg gegen die Sowjetunion unsere Wiederaufrüstung betrieben. Als schließlich selbst die nuklearen Waffen vor unserem Territorium nicht mehr Halt machten, erkannten Millionen mit tiefem Erschrecken, wie weit wir schon in das Vorstadium eines dritten Weltkrieges hineingezogen worden sind.

Kreuzzugspsychose

Die Träume sind zerronnen. Aber es gelang der von Washington ferngelengten Bonner Propaganda, ein neues Fernziel zu zeigen: „Tod dem Kommunismus". Im Tausendjährigen Reich waren alle Mittel der Propaganda jahrelang dafür eingesetzt worden, den Kommunismus mit seinen angeblichen Welteroberungsplänen als Weltfeind Nr. 1 in die Herzen und Hirne zu hämmern. Die Erfahrungen im Rußlandkrieg und nach dem Zusammenbruch schienen die schlimmsten Prophezeiungen zu bestätigen. Man vergaß, daß Hitler es gewesen war, der die russische Dampfwalze in Bewegung setzte, daß seine Schergen in Rußland jene Verwüstungen anrichteten, für die nun deutsches Land und deutsche Menschen zahlen mußten. So kostete es nicht viel Mühe, im Zeichen des kalten Krieges in der Bundesrepublik eine wahre Kreuzzugspsychose zu entfesseln, die jedes nüchterne Urteil für außenpolitische Tatbestände trübte. Mit dem Gespenst des Kommunismus erschreckte man Millionen von Besitzbürgern, mobilisierte man Millionen gläubiger Christen, die früher im gemäßigten Lager gestanden hatten. So wird denn heute in christlichen Verbänden und Veranstaltungen, ja sogar von den Kanzeln der Kirche der Kommunismus als Ausgeburt der Hölle angegriffen und jeder als Sendbote des Teufels beschimpft und verfolgt, der es wagt, für ein vernünftiges Gespräch mit Vertretern des Ostens einzutreten. Der Geschichtsschreiber wird einmal kopfschüttelnd vor diesen Dokumenten der Blindheit und des Hasses stehen, wenn die heutige Psychose verebbt und der politische Katzenjammer oder Schlimmeres eingetreten ist.

Die ewig Unpolitischen

Die stärkste Partei stellen auch diesmal bei den Wahlen die Millionen der politisch Uninteressierten, deren Interessen sich in Beruf und Privatleben erschöpfen und die

zufrieden sind, wenn der Staat ihnen den ungestörten Genuß ihres Wohlstandes garantiert. Erst fallende Kurse und steigende Arbeitslosigkeit würden sie aus dem seelischen Gleichgewicht bringen. Dann freilich pflegen diese ewig Unpolitischen — wie in der Wirtschaftskrise von 1930 — dem erstbesten Rattenfänger zu folgen, der ihnen Wunder verspricht und sogar erfüllt, — um den Preis der Katastrophe. Auch im heutigen Deutschland kann jederzeit wieder ein Trommler auftreten und Erfolg haben, falls das Wirtschaftswunder einmal zerrinnen sollte. Er würde schon heute unter jenen 18 Millionen Deutschen Gefolgschaft finden, die nicht vom Wohlstand betäubt, politisch wach und nationalistischen Parolen zugänglich sind. Die ungarischen Ereignisse könnten sich dann auf deutschem Boden in schlimmeren Formen wiederholen.

Billige Schlagworte

Indessen schmückt man sich in Bonn noch mit den Lorbeeren von vorgestern, träumt man noch von den goldenen Zeiten, als Washington sich mit seinem Atomvorsprung als Arbiter Mundi fühlte. Inzwischen wurde aus dem Vorsprung der USA ein Kopf-an-Kopf-Rennen, und nun haben die Sowjets mit der interkontinentalen Raketenwaffe sogar einen Vorsprung herausgeholt. Es wird höchste Zeit, daß sich die Deutschen aus diesem tödlichen Wettlauf um die wirksameren Vernichtungswaffen zurückziehen. Die Bonner Wahlpropaganda aber streut noch die alten Schlagworte unter die Wähler: „Sicherheit im Rahmen der Nato", „Chruschtschows Machtstellung schwankt", „CDU oder Untergang". Auch von „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" wird nicht ohne Verlegenheit gesprochen. Ist jemand taktlos genug, nach dem Wie und Wann zu fragen, dann lautet die Antwort aus Bonn: Wir brauchen Geduld und Zeit. Und der verantwortliche Regierungschef malt seinen Wählern vage Zukunftsvisionen an den Horizont. Getan aber wird nichts, ja weniger als das. Eine deutsche Delegation reiste nach Moskau, aber nur um über die Repatriierung von einigen tausend Volksdeutschen zu verhandeln, nicht aber über das Schicksal der 18 Millionen. Zur Beruhigung der Wähler hat man in Berlin eine feierliche Proklamation zur Wiedervereinigung verkündet: sie hat nur alte Beteuerungen wieder aufgewärmt. Der entscheidende Partner, die Sowjetunion, war nicht dabei.

In acht Jahren ist die Wiedervereinigung um keinen Schritt näher, sondern immer ferner gerückt. Kein Schritt ist unternommen worden, um mit anderen, östlichen Ländern ins Gespräch zu kommen. Auf alle Reden von Chruschtschow, die neben massiven Angriffen stets auch konkrete Vorschläge enthalten, erfolgen nur Gegenangriffe, anstatt daß man den Moskauer Wortführer einmal beim Wort nimmt. Wollen wir wieder einmal warten, bis an die Stelle Chruschtschows ein neuer und vielleicht noch schwierigerer Mann tritt? Wollen wir warten, bis Ulbricht und seine Leute von maßvolleren Männern ersetzt werden, die sich vielleicht in der DDR mehr Sympathien erwerben?

Warum schweigt die Elite?

Der satte Bürger hat Zeit, und darum wird es am 15. September keinen Erdrutsch geben. Hilflos gegenüber Komplikationen der großen Politik, wird sich die Mehrheit der Wähler von ihren traditionellen ökonomischen, sozialen und weltanschaulichen Bindungen leiten lassen, wie sie dies in unserem so unpolitischen Volk in der Regel getan hat. Die wahlpolitische Entscheidung liegt bei jener Minderheit noch unentschlossener Wähler, um deren Gewinnung letzten Endes der riesige Wahlaufwand getrieben wird.

Eine andere Gruppe zählt quantitativ nicht: die sogenannte Elite. Die Elite der Macht, d. h. die Geldleute, die Manager, die pressour groups haben frühzeitig ihre Hebel gestellt, um Qualität in Quantität umzumünzen. Mit dem Regime verbunden, solange es erfolgreich war, haben sie stets ihre heimliche Herrschaft geübt. Die Elite des Geistes aber steht fern, wie im Kaiserreich, wie im Dritten Reich, sie beobachtet die Entwicklung überwiegend mißtrauisch, ja ablehnend, aber sie scheut die Arena. Sie überläßt den Kampf an der Front denen, die von diesem Kampfe leben, und die zu tief in die verhängnisvolle Entwicklung dieser 12 Jahre verstrickt sind, um sich von dieser Vergangenheit und den geschaffenen vollendeten Tatsachen loszulösen.

Dr. Bernhard Brail

Nationalsozialismus heute?

Der Nationalsozialismus ist tot und nur noch ein vielleicht zu stark verblaßter Schrekken der Vergangenheit, von dem man einigermaßen sicher sein darf, daß er als solcher nicht wiederkehrt. Es wird das um so weniger der Fall sein, als er inzwischen eine neue, veränderte Gestalt gefunden hat, in der einige seiner Tendenzen fortleben. Um den Anhängern der hier gemeinten politischen Richtung nicht vor den Kopf zu stoßen, möchte ich sofort bemerken, daß ihnen beileibe nicht all das nachgesagt werden soll, was den Nationalsozialismus so abstoßend gemacht hat. Es handelt sich um verborgene Ähnlichkeiten. Zwar sollte man vielleicht der geschichtlichen Forschung, deren Aufgabe der Nachweis solcher Zusammenhänge ist, nicht vorgreifen, aber es steht zu viel auf dem Spiele, als daß man heute den Versuch unterlassen dürfte.

▶ Die Christlich-Demokratische Union hat wie der Nationalsozialismus ein besonders breites ideologisches Spektrum und stützt sich auf annähernd die gleichen sozialen Schichten. Ferner hat die CDU, was wohl von ihr selbst nicht ernstlich bestritten werden dürfte, restaurativen Charakter. Auch der Nationalsozialismus war nicht revolutionär, sondern gerade in der Idee des „Dritten Reiches" restaurativ, wodurch ja erst die Verbindung mit den Deutschnationalen möglich wurde. Diese Gruppe vor allem erzwang dann auch die Absage an die ursprünglichen sozialen Tendenzen. In einer nicht ganz unvergleichbaren Weise hat sich nun auch die CDU von den sozialen Zielen des Ahlener Programms distanziert. Die Unternehmer und das Ausland stützten und finanzierten den Nationalsozialismus, vor allem als Bollwerk gegen den Kommunismus, und man geht wohl nicht fehl, wenn man dies mutatis mutandis auch heute annimmt.

▶ Auch die CDU ist eine Partei, die Macht und materiellen Erfolg auf ihre Fahnen geschrieben hat, zwar im Gegensatz zum NS bewußt prochristlich, aber da Erfolg und Macht mit dem Christentum nichts zu tun haben, ja von ihm wegführen, so bleibt das Bekenntnis zum Christentum beim Äußerlichen stehen. Zwar ist Politik nie von Macht und Erfolg zu trennen, aber wenn überhaupt von einer christlichen Politik gesprochen werden darf, dann muß sie Macht und Erfolg an die zweite Stelle verweisen und dartun, daß sie die Dinge noch von einer höheren Warte zu sehen und demgemäß zu handeln vermag.

▶ Das Machtbedürfnis des NS beruhte auf der damaligen deutschen Existenznot, wurde dann allerdings teutonisch. Das heutige Machtbedürfnis beruht auf Angst und Schwäche. Der NS war radikal antikommunistisch, und dieser Antikommunismus trug wesentlich zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges bei. Der „christliche" Antikommunismus ist ebenfalls unversöhnlich-radikal. Damals haben wir uns mit der ganzen Welt entzweit, um Deutschland mächtiger zu machen, heute verbünden wir uns mit der halben Welt, um das Verlorene zurückzuholen — hier wie dort von vornherein fragwürdige und gefährliche Ansätze.

▶ Um das außenpolitische Ziel zu erreichen, verhält sich das heutige Regime in ganz ähnlicher Weise opportunistisch wie der NS, nämlich durch Pakte, deren Verstrickung nicht abzusehen ist. Der NS hat die nationale Existenz dadurch aufs Spiel gesetzt, daß er Unmögliches wollte. Das gleiche ist heute der Fall. Die Regierung will zweifellos die deutsche Einheit, aber sie will es auf Wegen, die unmöglich zur Einheit hinführen können. Wer die deutsche Einheit will, muß sie unmittelbar und unbedingt wollen, ohne sich mit der eigenen Initiative in die Abhängigkeit von anderen zu begeben. Dies gilt durchaus trotz der engen Verflechtung der Interessen unter den Völkern. Es ist ein großer Unterschied zwischen Wollen und Möchtegern. Hitler wollte die Engländer gerne zu Verbündeten, tat aber alles, um sie zu Gegnern zu machen. Die Regierung möchte gern die Wiedervereinigung, aber was ihr dafür feil ist — daß es nicht die Freiheit sein darf, ist außer Diskussion —, interessiert die Russen nicht; sie fordern Abstriche an geplanter militärischer Macht (durch Sicherheitssysteme, durch Verzicht auf (Atom-) Rüstung), zu denen wir nicht bereit sind, im Gegenteil, wir wollen zu der Macht der Bündnisse und der Rüstung auch die Macht der Einheit und versteigen uns zu dem Glauben, die Russen würden uns diese nachwerfen!

Prof. Dr. Leo Weismantel

Der verspielte Friede - das verhökerte Reich

Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

8. Brief, 2. Teil:

Jugenheim (Bergstraße),
Anfang September 1957

Wer in der westlichen Politik dieser zwölf Jahre von 1945 bis 1957 die Wahrhaftigkeit sucht, wird ihre Fußspuren im Sand dieser Wüste der Gerechtigkeit nicht finden. Den Kräften zu mißtrauen, die hier ihre Hand im Spiele hatten, ist höchste Pflicht aller, die noch auf sittliche Mächte vertrauen und hoffen.

Wie unheimlich, den Gang der Geschichte zu verfolgen: Die deutschen kaiserlichen Generale schoben in plombierten Wagen Lenin von der Schweiz nach Rußland, um dort mit dem Kommunismus Rußland zu „vergiften", — und es erwuchs die neue, dem Säemann gefährliche Macht.

Hitler vertrieb einen Einstein, — er und die von Hitler aus Deutschland Vertriebenen erwirkten aus Angst, Hitler möge das Ungeheuerliche tun, in USA die Züchtung der ersten Atombombe, durch die die Kriegsführung zum nackten und eindeutigen Verbrechen wurde. Und dann schrie derselbe Einstein voller Entsetzen auf, — er, als Wissenschaftler höchsten Ranges, sah, daß in den Händen nun nicht mehr Verantwortungsfähiger eine Satanswaffe lag, mit welcher das letzte Kapitalverbrechen an der Menschheit begangen werden konnte!

Hiroshima geschah, der Mord an Wehrlosen! Amerika erschrak aber nicht über sich selbst. Die Herrschaft Satans hatte über die Humanitas, die Bereiche des Göttlichen auf der Welt, gesiegt, und man fuhr fort, den Weg des Verhängnisses zu gehen, den man zuerst aus Angst beschritten hatte.

Der zweite Weltkrieg war zu Ende. Der Schicksalskarren rollte vorerst noch in der gleichen Richtung weiter: Er trug den Geist der Rache und der Planung der Vernichtung Deutschlands in sich. Churchill, der später in Aachen mit dem Karlspreis Ausgezeichnete — welche Groteske! —, hatte auf der Konferenz von Teheran (28. 11. 1943) bereits die Zerschlagung Deutschlands durchgesetzt:

„Deutschland nicht nur teilen, sondern den abgeschnittenen Stücken Leben einhauchen und sie zufriedenstellen, damit sie nicht mehr vom Reiche abhängen!"

Dieser Geist der Rache wohnte im Westen, vor allem in Frankreich. Zu Jalta (4. bis 11. 2. 1945), als die Aufteilung und Zerschlagung Deutschlands beschlossen wurde, waren die Westmächte die Träger dieser Politik, die übrigens nie, bis auf den heutigen Tag nicht, sich gewandelt hat, die nur das Objekt Deutschland in ein anderes politisches Kalkül einsetzte.

Es ist bereits im Frühjahr 1945 eine Umschaltung erfolgt, — und wieder war es

---

Während unter dem NS die nationale Idee hypertrophisch war, ist sie heute in Wirklichkeit atrophisch — gemessen an dem Verzicht, zu dem wir dafür fähig sind und der allein über Rang und Stärke der Motive entscheidet. In einer Situation, in der wir mit größter Verbindlichkeit und Geschmeidigkeit vorgehen müßten, hört man aus verantwortlichem Munde so dezidierte Töne, daß sie das empfindlichere Ohr an Adolf Hitler erinnern müssen. Solch forsche Töne überdecken die Vergeßlichkeit eines Wollens, das Unmögliches begehrt.

▶ In Organisation, Propaganda und wohlberechneter Ausnutzung der Möglichkeiten, welche die „Demokratie" der Massenstimmungen und -affekte bietet, hat die CDU ebenfalls etwas mit dem NS gemein, so vor allem die Radikalität und Vereinfachung der Parolen, etwa wenn der Bundeskanzler sagt, daß der kommende Wahlkampf darüber entscheide, ob Deutschland christlich oder kommunistisch werde, oder wenn man den Atomkrieg zu verhüten vorgibt — wenn es die anderen vormachen. Auch in diesen Fragen herrscht ein nur schlecht verhülltes Opportunitätsdenken.

Wenn insbesondere der Bundeskanzler visionär vom Untergang Deutschlands im Falle eines Wahlsieges der SPD spricht, so gibt es zwar bei uns Leute (z. B. D. Sternberger), die das eben noch als Ausdruck eines „lebendigen" Wahlkampfes gelten lassen wollen,

Churchill, der als erster diese Wende verriet: durch sein berüchtigt gewordenes Telegramm an den englischen Oberkommandierenden: er möge die Waffen, die jetzt bei der bedingungslosen Kapitulation den deutschen Soldaten abgenommen wurden, bereithalten, damit man sie ihnen wiedergeben könne, wenn — womit man rechnete — die Umschaltung der bisherigen „entente cordial" in die neue satanische Wirklichkeit des dritten Weltkrieges: „Westen gegen Sowjetunion" hervortrete! Noch während man diese Soldaten wie Lumpenpack behandelte, hielt man die ihnen abgenommenen Waffen schon wieder bereit, sie ihnen als neuen Bundesgenossen mit Lobpreisungen ihrer vaterländischen Tugenden von neuem in die Hände zu drücken: für einen „Kreuzzug" gegen die „Gottlosen"!

Ganz so rasch vollzog sich's dann doch nicht.

Die Konferenz zu Potsdam (17. 7. bis 5. 8. 1945) teilte Deutschland wohl in Besatzungszonen, aber man verpflichtete sich auf eine Wiederherstellung der deutschen Einheit und zur Einrichtung bestimmter Staatssekretariate für gesamtdeutsche Fragen. Diese Verpflichtung — wohlgemerkt — gaben die Sieger einander unter sich, — sie gaben sie keineswegs Deutschland! Auch hatte Frankreich dem nicht zugestimmt. Es ist eine Utopie von Bonn, zu glauben, diese Abmachung der Sieger unter sich sei eine u n s gegebene und u n s gegenüber einzulösende Zusage! Denn Amerika war es, das diese Vereinbarung der Sieger unter sich selber zuerst brach und sogar jene Deutschen, die es zum Aufbau neuen staatlichen Lebens heranzog, verführte, diesen Bruch der Potsdamer Beschlüsse mitzumachen. Die Russen sahen darin den Beginn einer neuen Verschwörung gegen ihr Land!

Erinnert Ihr Euch, mein Lieber, nicht mehr dessen, daß Frankreich es war, das die Potsdamer Beschlüsse nicht akzeptierte und unablässig die Zerschlagung und Aufspaltung Deutschlands betrieb, — die Saar annektieren wollte, das Ruhrgebiet für den Westen annektieren wollte und nie und nimmermehr von der Zerschlagung Deutschlands lassen wollte? Ja, wie nahe war es selbst dem Sieg an der Saar! Die Deutschen an der Saar mußten sich — wie unheimlich — durchsetzen g e g e n die ausdrücklichen Weisungen der Bonner Politik, die mit dem Handelsgeschäft mit den Franzosen einverstanden gewesen wäre, hätten die Deutschen an der Saar nicht Gewissen und Leben für Deutschland selbst gerettet!

Erinnert Ihr Euch nicht, mein Lieber, wie die Westmächte Euch erst schwören ließen, die totale Abrüstung zu vollziehen und in die Neutralisierung Deutschlands nach dem Vorbild der Schweiz einzuwilligen — und kurz darauf erklärten die gleichen Münder jeden für einen Idioten oder „Kommunisten", — worunter man einen Landesverräter verstand — der das noch einmal erkläre. — Die Stunde des Umbruchs der Politik und der Charaktere war gekommen!

Amerika kalkulierte die Möglichkeit einer Waffenauseinandersetzung mit Rußland ein und brauchte den ihm zugefallenen Fetzen Deutschland als Aufmarsch-

---

aber man kann doch wohl auch an die „lebendigen" Wahlkämpfe vor der Machtergreifung erinnert werden. Es entspricht zwar durchaus der Logik, wenn man sagt, daß die Politik des Gegners in letzter Konsequenz zum Untergang führe — denn zuletzt schließen sich die beiden Thesen eben gegenseitig aus —, aber das kann jeder der beiden Gegner sagen, und also ist es ebenso logisch, daß damit der Ast abgesägt wird, auf dem — beide sitzen. Übrigens: Untergang „Deutschlands?" Vielleicht nur der Untergang der Zwischenlösung „Bundesrepublik" und die Geburt eines — freien — Gesamtdeutschland?

▶ Der Kanzler ist von einem gewissen Führer-Nimbus umgeben. Er hat ihn zwar nicht künstlich erzeugt wie Hitler, aber er ist da und wirkt. Und weil er einmal da ist, kultiviert man ihn auch ein bißchen. Bezeichnenderweise hat man Hitler wegen seiner imponierenden physischen Leistung bewundert, und das macht man nun mit Adenauer auch. Eine Demokratie mit irgendwelchem Führerkult ist jedoch nicht gesund, denn solcher Kult schläfert die Kritik ein und weckt trügerische Erwartungen. Nur auf diesen Nimbus gestützt, konnte Adenauer andere Dummköpfe oder Verräter nennen, ohne dafür mehr aufzuweisen als nur eine persönliche Überzeugung, wie sie andere auch haben.

▶ Was Hitler nicht ins Konzept paßte, ignorierte er, so die Drohung der Engländer, den Krieg zu erklären. Ebenso wurde die Drohung der Russen ignoriert, daß der Eintritt

gebiet! Es hatte wohl die Atombombe, — aber es fehlte die Einsatzbasis!

Die Bundesrepublik ist kein vom Willen des deutschen Volkes in Kraft gesetzter Staat. Erinnert Ihr Euch nicht, mein Lieber, wie gedrückt und im Gewissen gepeinigt Ihr umhergingt, — Euch vorsagtet, daß nichts anderes übrig bleibe, als ein „Notstaatengebilde" hinzunehmen und gegen das Linsenmus des Wirtschaftswunders Deutschland „vorerst" als Ganzes preiszugeben?

Ihr habt gewußt, was Ihr tatet! D a m a l s wie später bei der Wiederaufrüstung habt Ihr die Hand dazugegeben, daß die eindeutigen Rechte des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung unterschlagen wurden und das Volk durch Euch mit entmündigt wurde!

Erinnert Ihr Euch nicht, mein Lieber, des „Marshallplanes" und der eindeutigen Darstellungen unserer Lage in dem Buche des Amerikaners James P. Warburg: „Deutschland — Brücke oder Schlachtfeld?" Erinnert Ihr Euch nicht dessen, daß Frankreich es war, also ein westliches Land, das die Zerschlagung aller Versuche durchsetzte, das neue Grundgesetz und die neuen Länderverfassungen mit der Verfassung der Weimarer Republik in Übereinklang zu bringen? Welche deutsche, vom deutschen Volk beauftragte, innerlich berechtigte Volksinstanz hat die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt? Erinnert Ihr Euch dessen nicht, mein Lieber, daß Frankreich es war, das auch dem Konkordat zwischen Deutschland und dem päpstlichen Stuhl die Grundlagen entriß, so daß — wenn die Karlsruher Richtersprüche wirklich nicht in der Luft schweben — die sonderbare Rechtslage eintritt, daß das Konkordat gilt, aber seine Rechtsverpflichtungen durch französische Vergewaltigungspolitik auf andere „Träger" übergegangen sind, die sich darum nicht zu kümmern brauchen!

Erinnert Ihr Euch nicht, mein Lieber, daß tatsächlich in jenen erschütternden Jahren die Menschen der Sowjetzone die einzigen waren, die an Gesamtdeutschland, das Ihr preisgabt, festhielten? Erinnert Ihr Euch nicht, wie der amerikanische Außenminister Dulles 1950 sehr eindeutig die amerikanischen Pläne vorlegte:

> „Deutschland kann ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Deutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen abgrenzenden Ländern unterminiert."

Wie kommt Ihr dazu, nachdem Deutschland zweimal in der Zeit eines Menschenalters Rußland angefallen und solche Verwüstungen angestellt hat, — wie kommt dies Deutschland dazu, kaum daß es zum zweitenmal niedergeschlagen ist, sich in eine westliche Verschwörung gegen unser Leben einzulassen? Sind wir eine Landsknechtsnation, die nicht leben kann, ohne

---

in die NATO die Wiedervereinigung verhindern werde. Und dergleichen mehr.

Diese Gegenüberstellung soll lediglich die Gefahren zeigen, welche in der Fortsetzung einer Linie liegen, die — in ihren wesentlichen Motiven damals wie heute wohl meist unbewußt — sich durch die letzten Jahrzehnte deutscher Politik zieht. Deutschland muß im Gegensatz dazu eine Politik machen, die nicht wie die Kreuzritter (mit denen man sich vielleicht da und dort identifizieren mag) das Christentum nur schützt, sondern aus christlichem Geist lebt und ohne die „Realitäten" aus den Augen zu lassen, wozu aber auch das Moralische und damit die ausgleichenden überideologischen Kräfte gehören.

Die deutsche Politik darf keine reine Machtpolitik sein, sie muß das Sittliche und Lebensnotwendige über das Opportunitätsdenken stellen, sie muß unverfälscht und phrasenlos sozial (nicht sozialistisch) und vor allem national (nicht nationalistisch) sein. Die Ablehnung des politisch Andersdenkenden innerhalb und außerhalb des eigenen Landes muß die Grenzen achten, die christliches und logisches Denken gezogen haben. Nur so können wir mit den Russen einen erträglichen modus vivendi finden. Hitler glaubte Rußland militärisch niederzwingen zu können. Adenauer hofft, Rußland mit Hilfe der anderen, die wir gebrauchen und von denen wir uns darum auch gebrauchen lassen müssen, politisch niederzwingen zu können. Dergleichen Erwartungen leben davon, daß die Möglichkeit des Gelingens nicht mit Sicherheit von vornherein verneint werden kann. Aber sicher im letzteren Falle ist es, daß damit wieder ein Wagnis eingegangen wird, dessen Scheitern neue gefährliche Folgen nach sich ziehen würde.

mit Säbeln und heute mit Atombomben zu rasseln? Merkt Ihr nicht, daß Ihr Euch jeder sittlichen Position begebt und daß Ihr unser Volk und Reich, daß Ihr Deutschland durch eben diese Eure Politik hoffnungslos zugrunde richtet?

Es ist ein amerikanisches Wort (von Marshall), das im Westen und unter Euch kolportiert wurde: es sei an ein einheitliches Deutschland nicht zu denken. Es waren Amerikaner, die vor diesem Spiel mit Deutschland warnten und den Zusammenbruch dieser Politik, für die Ihr Euch einfangen ließet, voraussagten.

Ihr glaubt, Gott habe Euch die Gnade eines schlechten Gedächtnisses gegeben? Es ist keineswegs gesagt, daß Gott es war! Ich möchte etwas anderes glauben! Wie könnt Ihr es wagen, Euch auch nur noch einmal dem Volk zur Wahl stellen? — Seht Ihr denn nicht, wie das Gericht heraufzieht?

Doch wollt Ihr Gottes Finger deutlich sehen, die in diesen zwölf Jahren die Geschicke der Menschheit sichtbarlich lenkten, so seht einmal zu:

Amerika sah, als es sich 1945 entschloß, nach der Weltherrschaft zu greifen, vor allem den Kommunismus, — nicht als Weltanschauung, — o Gott, wer kümmerte sich schon darum! — den Kommunismus als Wirtschafts- und Staatensystem als Gegner vor sich. Kreuzzüge aber sind heute nicht minder Aktionen der Heuchelei als um das Jahr 1000! Und wer halbwegs urteilsfähig ist, weiß, daß geistige Bewegungen, welche so viele Millionen Menschen erfassen, nicht aus dem Ungefähren kommen und nicht bewältigt werden können, wenn die all dies anders beurteilenden Christen nicht an der Wurzel des Schicksals anheben! Das aber hat der Westen, das haben die christlichen Kirchen im Raum der politischen Staatsführungen nie versucht! Sie haben nie den Geist Christi gegen den Stalins gesetzt! Das nie! Nur die Atombombe! Aber vorerst hatten nur die Amerikaner die Atombombe — eben jene Bombe, die Einstein zeugte und vor der ihn nachher das Grausen überkam. Vergeblich war nun der Schrei des Weisen hinüber in die Zonen der Manager der Weltkriege! Diese haben zu wenig Gefühl für die Stimme des Gewissens, — sonst wären sie schon bei der Bombe von Hiroshima zurückgetaumelt! Sie taumelten nicht! Sie kalkulierten und setzten einen Posten als Hauptposten in ihr politisches Kalkül ein, den sie nicht kannten. Aber der Thronende über den Wolken kannte ihn! Und dieser Thronende in den Wolken ließ es geschehen: Der zweite Weltkrieg war vorüber, — aber die Amerikaner ließen nicht nach, mit der Atombombe zu experimentieren. Da wollten die Engländer an diesem gefährlichen Wissen teilhaben, und man ließ sie zu. Da wollten auch die Russen daran teilhaben, und man schüttelte sie ab. Da wußten die Russen Bescheid! Man soll nicht den anklagen, der den zweiten Schritt tut, und den freisprechen, der den ersten Schritt getan! Mit

---

Was den USA ansteht, steht nicht uns an. Streitkräfte kann man addieren und integrieren, nicht immer jedoch die politischen Interessen. Es gibt nur ein gespaltenes, auf die beiden Blöcke aufgeteiltes, oder ein vereinigtes, von den beiden Blöcken unabhängiges Deutschland — darüber hinaus gibt es nichts. Kann ein unabhängiges vereinigtes Deutschland aus eigener Kraft und mit den Kräften der anderen Völker, die es ja auch gespalten in seinen Bündnissen in Anspruch nimmt, einen gesicherten Platz in der Gesellschaft der Nationen nicht finden, dann muß es eben gespalten bleiben, aber dieser einzige Weg zur Einheit muß versucht werden.

Unser Schicksal und unsere geopolitische Lage schreiben uns eine andere als die bisherige Politik vor. Heute ist der Zeitpunkt und Deutschland ist der Ort, wo die viel mißbrauchten Begriffe: Freiheit, Christlichkeit, Würde des Menschen von allem Materiell-Wirtschaftlichen und Machtpolitischen befreit, wo sie in ihrem reinen Sinn verstanden und praktiziert werden müssen. Die bisherige Politik ist dies zum größten Teil schuldig geblieben, und die hier aufgezeigten Zusammenhänge beweisen, daß weder die Regierung noch die große Masse des Bürgertums die entscheidenden Lehren aus dem Zusammenbruch gezogen haben. Man hat zwar die ins Auge springenden Fehler einer menschlichen Diktatur überwunden, nicht aber jene Schwächen einer gerade durch den NS — und zwar nicht nur für uns, sondern eigentlich für alle Welt — ad absurdum geführten Politik, gegen die keine Anklage erhoben worden war, weil unsere politischen Erzieher

Gottes Zulassung ließen die Amerikaner den englischen Atomforscher Fuchs in die Geheimkammern eintreten, und der sah, was er sah, und erschrak und gab alles an die Russen, denn er sagte sich: die Amerikaner wollen den Atomkrieg, und das kann nur verhindert werden, wenn auch die Russen die Atombombe haben. Und er ging hin und bekannte, was er getan hatte!

Ihr könnt solche „Verräter" hängen, — Ihr werdet nicht verhindern können, daß es einen Standort gibt, von dem aus wir deutlich Gottes Weltregierung spüren!

Atombombenversuch um Atombombenversuch geht hoch, — da antwortet Rußland! Die Amerikaner erschrecken: Nun haben die Russen sie auch! Und jetzt beginnt die Jagd sichtbar zu werden auf dem Weltenrund: Jetzt jagen sie von Amerika her die erste Wasserstoffbombe hoch! — Nun antwortet Rußland zum zweitenmal: Es hat die Wasserstoffbombe auch! Es hat sogar etwas vor Amerika voraus: Jetzt beginnt das Rennen mit den Raketengeschossen: Amerika schießt seine Atombomben 2000 Kilometer, — Rußland die seinen 8000 Kilometer! Amerika muß sich beeilen, aufzuholen. — Es ist etwas Neues eingetreten!

Als damals General Clay für die Amerikaner den Fetzen Westdeutschland für die amerikanischen strategischen Weltpläne herausbrach und triumphierend melden konnte, daß er „die Deutschen" dahin gebracht habe, da war klar, daß unser Vaterland in diesem Kalkül die Rolle eines verbrannten toten Landes zugefallen war, in dem der Atomkrieger mit dem Instinkt des Wüstentieres und dem Geigerzähler im Stiefel gespensterhaft über Leichenfeldern herumgeistert. Amerika hatte uns gekauft, und man wußte, daß unser Volk im Kriegsfalle hingeschlachtet würde, — man zuckte die Achseln! Bedauerlich! Aber strategische Notwendigkeit! Niemand betonte fortan mehr als Bonn diese strategische Notwendigkeit des Einsatzes der Bundesrepublik als „Schild" oder „Bundesgenossen"! Man glaubte, das als Preis zahlen zu müssen, damit durch diese „Politik der Stärke" Deutschland wiedervereint werde! Den furchtbaren Preis dieses Bündnisses aber glaubte man nicht wirklich zahlen zu müssen: Der „starke Bruder" hatte ja die Atombombe!

Von Amerika aus sah die Sache nüchterner aus. Außenminister Dulles hat es dargestellt.

Es ist schwer, sich Menschen vorzustellen, deren Gehirne wie die von Robotern mit Hunderten von Millionen Toten rechnen, — und denen dabei ihr Glas Sekt und ihr Beefsteak gut schmeckt! Die Bestialität solcher Politik übersteigt alle Vorstellungen der Hölle! Damals, als das also begann, hatten die Geschosse noch nicht diese Reichweite, — und Amerika schob seine Linien in größter Entfernung vom Landgebiet der USA um die UdSSR herum. Schutz des eigenen Volkes durch Verlagerung des Todesrisikos auf die Bundesgenossen! Man zahlte mit Geld, — wir sollten zahlen mit Blut und Leben! Wie könnte

---

selbst nicht frei davon waren. So wurden trotz allem Fehler der Vergangenheit wiederholt und nur deswegen nicht beachtet, weil es mit umgekehrten Vorzeichen geschehen ist.

▶ Hitler hat seine Gegner auf der Rechten entwaffnet, indem er sie der antibolschewistischen Front verpflichtete, und er hat seine Gegner auf der Linken dadurch erledigt, daß er zunächst die KPD verbot und die SPD in jener berühmten Rede zum Ermächtigungsgesetz zuerst einmal moralisch vernichtete. Der Bundeskanzler bewegt sich auf einer ganz ähnlichen Linie, und insbesondere seine Erklärung, daß ein Sieg der SPD der Untergang Europas sei, bedeutet nichts anderes als den Versuch einer moralischen Unterhöhlung der SPD. Hinzu kommt die Zerstörung der kleineren politischen Kräfte durch die Sperrklausel. Wenn es heute Vertreter der FDP gibt, die ihre Partei nicht mehr wählen, sondern CDU, weil sie fürchten, daß die FDP der Sperrklausel zum Opfer fallen könnte, dann läßt sich die verhängnisvolle Wirkung einer Maßnahme ermessen, mit der wir offenbar auf dem besten Wege sind, in die noch schrecklicheren Fußstapfen des Nationalsozialismus zu treten. Wenn es möglich ist, daß eine so wesentliche und ansehnliche Partei wie die FDP sich verläuft allein aus Angst vor der Sperrklausel, dann bedeutet das den Verfall der Demokratie. Man könnte sich darüber damit trösten, daß wir uns zum Zweiparteiensystem hin entwickeln. Aber wo die Macht rücksichtslos gebraucht wird, ist die zweite Partei gerade gut genug, um die Fiktion der Demokratie aufrechtzuerhalten. Hüten wir uns davor, zu solcher Entwicklung irgendwie beizutragen.

Prof. Dr. Leo Weismantel

Der verspielte Friede - das verhökerte Reich

Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

8. Brief, 2. Teil:

Jugenheim (Bergstraße),
Anfang September 1957

Wer in der westlichen Politik dieser zwölf Jahre von 1945 bis 1957 die Wahrhaftigkeit sucht, wird ihre Fußspuren im Sand dieser Wüste der Gerechtigkeit nicht finden. Den Kräften zu mißtrauen, die hier ihre Hand im Spiele hatten, ist höchste Pflicht aller, die noch auf sittliche Mächte vertrauen und hoffen.

Wie unheimlich, den Gang der Geschichte zu verfolgen: Die deutschen kaiserlichen Generale schoben in plombierten Wagen Lenin von der Schweiz nach Rußland, um dort mit dem Kommunismus Rußland zu „vergiften", — und es erwuchs die neue, dem Säemann gefährliche Macht.

Hitler vertrieb einen Einstein, — er und die von Hitler aus Deutschland Vertriebenen erwirkten aus Angst, Hitler möge das Ungeheuerliche tun, in USA die Züchtung der ersten Atombombe, durch die die Kriegsführung zum nackten und eindeutigen Verbrechen wurde. Und dann schrie derselbe Einstein voller Entsetzen auf, — er, als Wissenschaftler höchsten Ranges, sah, daß in den Händen nun nicht mehr Verantwortungsfähiger eine Satanswaffe lag, mit welcher das letzte Kapitalverbrechen an der Menschheit begangen werden konnte!

Hiroshima geschah, der Mord an Wehrlosen! Amerika erschrak aber nicht über sich selbst. Die Herrschaft Satans hatte über die Humanitas, die Bereiche des Göttlichen auf der Welt, gesiegt, und man fuhr fort, den Weg des Verhängnisses zu gehen, den man zuerst aus Angst beschritten hatte.

Der zweite Weltkrieg war zu Ende. Der Schicksalskarren rollte vorerst noch in der gleichen Richtung weiter: Er trug den Geist der Rache und der Planung der Vernichtung Deutschlands in sich. Churchill, der später in Aachen mit dem Karlspreis Ausgezeichnete — welche Groteske! —, hatte auf der Konferenz von Teheran (28. 11. 1943) bereits die Zerschlagung Deutschlands durchgesetzt:

„Deutschland nicht nur teilen, sondern den abgeschnittenen Stücken Leben einhauchen und sie zufriedenstellen, damit sie nicht mehr vom Reiche abhängen!"

Dieser Geist der Rache wohnte im Westen, vor allem in Frankreich. Zu Jalta (4. bis 11. 2. 1945), als die Aufteilung und Zerschlagung Deutschlands beschlossen wurde, waren die Westmächte die Träger dieser Politik, die übrigens nie, bis auf den heutigen Tag nicht, sich gewandelt hat, die nur das Objekt Deutschland in ein anderes politisches Kalkül einsetzte.

Es ist bereits im Frühjahr 1945 eine Umschaltung erfolgt, — und wieder war es

---

Während unter dem NS die nationale Idee hypertrophisch war, ist sie heute in Wirklichkeit atrophisch — gemessen an dem Verzicht, zu dem wir dafür fähig sind und der allein über Rang und Stärke der Motive entscheidet. In einer Situation, in der wir mit größter Verbindlichkeit und Geschmeidigkeit vorgehen müßten, hört man aus verantwortlichem Munde so dezidierte Töne, daß sie das empfindlichere Ohr an Adolf Hitler erinnern müssen. Solch forsche Töne überdecken die Vergeßlichkeit eines Wollens, das Unmögliches begehrt.

▶ In Organisation, Propaganda und wohlberechneter Ausnutzung der Möglichkeiten, welche die „Demokratie" der Massenstimmungen und -affekte bietet, hat die CDU ebenfalls etwas mit dem NS gemein, so vor allem die Radikalität und Vereinfachung der Parolen, etwa wenn der Bundeskanzler sagt, daß der kommende Wahlkampf darüber entscheide, ob Deutschland christlich oder kommunistisch werde, oder wenn man den Atomkrieg zu verhüten vorgibt — wenn es die anderen vormachen. Auch in diesen Fragen herrscht ein nur schlecht verhülltes Opportunitätsdenken.

Wenn insbesondere der Bundeskanzler visionär vom Untergang Deutschlands im Falle eines Wahlsieges der SPD spricht, so gibt es zwar bei uns Leute (z. B. D. Sternberger), die das eben noch als Ausdruck eines „lebendigen" Wahlkampfes gelten lassen wollen,

Churchill, der als erster diese Wende verriet: durch sein berüchtigt gewordenes Telegramm an den englischen Oberkommandierenden: er möge die Waffen, die jetzt bei der bedingungslosen Kapitulation den deutschen Soldaten abgenommen wurden, bereithalten, damit man sie ihnen wiedergeben könne, wenn — womit man rechnete — die Umschaltung der bisherigen „entente cordial" in die neue satanische Wirklichkeit des dritten Weltkrieges: „Westen gegen Sowjetunion" hervortrete! Noch während man diese Soldaten wie Lumpenpack behandelte, hielt man die ihnen abgenommenen Waffen schon wieder bereit, sie ihnen als neuen Bundesgenossen mit Lobpreisungen ihrer vaterländischen Tugenden von neuem in die Hände zu drücken: für einen „Kreuzzug" gegen die „Gottlosen"!

Ganz so rasch vollzog sich's dann doch nicht.

Die Konferenz zu Potsdam (17. 7. bis 5. 8. 1945) teilte Deutschland wohl in Besatzungszonen, aber man verpflichtete sich auf eine Wiederherstellung der deutschen Einheit und zur Einrichtung bestimmter Staatssekretariate für gesamtdeutsche Fragen. Diese Verpflichtung — wohlgemerkt — gaben die Sieger einander unter sich, — sie gaben sie keineswegs Deutschland! Auch hatte Frankreich dem nicht zugestimmt. Es ist eine Utopie von Bonn, zu glauben, diese Abmachung der Sieger unter sich sei eine u n s gegebene und u n s gegenüber einzulösende Zusage! Denn Amerika war es, das diese Vereinbarung der Sieger unter sich selber zuerst brach und sogar jene Deutschen, die es zum Aufbau neuen staatlichen Lebens heranzog, verführte, diesen Bruch der Potsdamer Beschlüsse mitzumachen. Die Russen sahen darin den Beginn einer neuen Verschwörung gegen ihr Land!

Erinnert Ihr Euch, mein Lieber, nicht mehr dessen, daß Frankreich es war, das die Potsdamer Beschlüsse nicht akzeptierte und unablässig die Zerschlagung und Aufspaltung Deutschlands betrieb, — die Saar annektieren wollte, das Ruhrgebiet für den Westen annektieren wollte und nie und nimmermehr von der Zerschlagung Deutschlands lassen wollte? Ja, wie nahe war es selbst dem Sieg an der Saar! Die Deutschen an der Saar mußten sich — wie unheimlich — durchsetzen g e g e n die ausdrücklichen Weisungen der Bonner Politik, die mit dem Handelsgeschäft mit den Franzosen einverstanden gewesen wäre, hätten die Deutschen an der Saar nicht Gewissen und Leben für Deutschland selbst gerettet!

Erinnert Ihr Euch nicht, mein Lieber, wie die Westmächte Euch erst schwören ließen, die totale Abrüstung zu vollziehen und in die Neutralisierung Deutschlands nach dem Vorbild der Schweiz einzuwilligen — und kurz darauf erklärten die gleichen Münder jeden für einen Idioten oder „Kommunisten", — worunter man einen Landesverräter verstand — der das noch einmal erkläre. — Die Stunde des Umbruchs der Politik und der Charaktere war gekommen!

Amerika kalkulierte die Möglichkeit einer Waffenauseinandersetzung mit Rußland ein und brauchte den ihm zugefallenen Fetzen Deutschland als Aufmarsch-

---

aber man kann doch wohl auch an die „lebendigen" Wahlkämpfe vor der Machtergreifung erinnert werden. Es entspricht zwar durchaus der Logik, wenn man sagt, daß die Politik des Gegners in letzter Konsequenz zum Untergang führe — denn zuletzt schließen sich die beiden Thesen eben gegenseitig aus —, aber das kann jeder der beiden Gegner sagen, und also ist es ebenso logisch, daß damit der Ast abgesägt wird, auf dem — beide sitzen. Übrigens: Untergang „Deutschlands?" Vielleicht nur der Untergang der Zwischenlösung „Bundesrepublik" und die Geburt eines — freien — Gesamtdeutschland?

▶ Der Kanzler ist von einem gewissen Führer-Nimbus umgeben. Er hat ihn zwar nicht künstlich erzeugt wie Hitler, aber er ist da und wirkt. Und weil er einmal da ist, kultiviert man ihn auch ein bißchen. Bezeichnenderweise hat man Hitler wegen seiner imponierenden physischen Leistung bewundert, und das macht man nun mit Adenauer auch. Eine Demokratie mit irgendwelchem Führerkult ist jedoch nicht gesund, denn solcher Kult schläfert die Kritik ein und weckt trügerische Erwartungen. Nur auf diesen Nimbus gestützt, konnte Adenauer andere Dummköpfe oder Verräter nennen, ohne dafür mehr aufzuweisen als nur eine persönliche Überzeugung, wie sie andere auch haben.

▶ Was Hitler nicht ins Konzept paßte, ignorierte er, so die Drohung der Engländer, den Krieg zu erklären. Ebenso wurde die Drohung der Russen ignoriert, daß der Eintritt

gebiet! Es hatte wohl die Atombombe, — aber es fehlte die Einsatzbasis!

Die Bundesrepublik ist kein vom Willen des deutschen Volkes in Kraft gesetzter Staat. Erinnert Ihr Euch nicht, mein Lieber, wie gedrückt und im Gewissen gepeinigt Ihr umhergingt, — Euch vorsagtet, daß nichts anderes übrig bleibe, als ein „Notstaatengebilde" hinzunehmen und gegen das Linsenmus des Wirtschaftswunders Deutschland „vorerst" als Ganzes preiszugeben?

Ihr habt gewußt, was Ihr tatet! D a m a l s wie später bei der Wiederaufrüstung habt Ihr die Hand dazugegeben, daß die eindeutigen Rechte des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung unterschlagen wurden und das Volk durch Euch mit entmündigt wurde!

Erinnert Ihr Euch nicht, mein Lieber, des „Marshallplanes" und der eindeutigen Darstellungen unserer Lage in dem Buche des Amerikaners James P. Warburg: „Deutschland — Brücke oder Schlachtfeld?" Erinnert Ihr Euch nicht dessen, daß Frankreich es war, also ein westliches Land, das die Zerschlagung aller Versuche durchsetzte, das neue Grundgesetz und die neuen Länderverfassungen mit der Verfassung der Weimarer Republik in Übereinklang zu bringen? Welche deutsche, vom deutschen Volk beauftragte, innerlich berechtigte Volksinstanz hat die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt? Erinnert Ihr Euch dessen nicht, mein Lieber, daß Frankreich es war, das auch dem Konkordat zwischen Deutschland und dem päpstlichen Stuhl die Grundlagen entriß, so daß — wenn die Karlsruher Richtersprüche wirklich nicht in der Luft schweben — die sonderbare Rechtslage eintritt, daß das Konkordat gilt, aber seine Rechtsverpflichtungen durch französische Vergewaltigungspolitik auf andere „Träger" übergegangen sind, die sich darum nicht zu kümmern brauchen!

Erinnert Ihr Euch nicht, mein Lieber, daß tatsächlich in jenen erschütternden Jahren die Menschen der Sowjetzone die einzigen waren, die an Gesamtdeutschland, das Ihr preisgabt, festhielten? Erinnert Ihr Euch nicht, wie der amerikanische Außenminister Dulles 1950 sehr eindeutig die amerikanischen Pläne vorlegte:

> „Deutschland kann ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Deutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen abgrenzenden Ländern unterminiert."

Wie kommt Ihr dazu, nachdem Deutschland zweimal in der Zeit eines Menschenalters Rußland angefallen und solche Verwüstungen angestellt hat, — wie kommt dies Deutschland dazu, kaum daß es zum zweitenmal niedergeschlagen ist, sich in eine westliche Verschwörung gegen unser Leben einzulassen? Sind wir eine Landsknechtsnation, die nicht leben kann, ohne

---

in die NATO die Wiedervereinigung verhindern werde. Und dergleichen mehr.

Diese Gegenüberstellung soll lediglich die Gefahren zeigen, welche in der Fortsetzung einer Linie liegen, die — in ihren wesentlichen Motiven damals wie heute wohl meist unbewußt — sich durch die letzten Jahrzehnte deutscher Politik zieht. Deutschland muß im Gegensatz dazu eine Politik machen, die nicht wie die Kreuzritter (mit denen man sich vielleicht da und dort identifizieren mag) das Christentum nur schützt, sondern aus christlichem Geist lebt und ohne die „Realitäten" aus den Augen zu lassen, wozu aber auch das Moralische und damit die ausgleichenden überideologischen Kräfte gehören.

Die deutsche Politik darf keine reine Machtpolitik sein, sie muß das Sittliche und Lebensnotwendige über das Opportunitätsdenken stellen, sie muß unverfälscht und phrasenlos sozial (nicht sozialistisch) und vor allem national (nicht nationalistisch) sein. Die Ablehnung des politisch Andersdenkenden innerhalb und außerhalb des eigenen Landes muß die Grenzen achten, die christliches und logisches Denken gezogen haben. Nur so können wir mit den Russen einen erträglichen modus vivendi finden. Hitler glaubte Rußland militärisch niederzwingen zu können. Adenauer hofft, Rußland mit Hilfe der anderen, die wir gebrauchen und von denen wir uns darum auch gebrauchen lassen müssen, politisch niederzwingen zu können. Dergleichen Erwartungen leben davon, daß die Möglichkeit des Gelingens nicht mit Sicherheit von vornherein verneint werden kann. Aber sicher im letzteren Falle ist es, daß damit wieder ein Wagnis eingegangen wird, dessen Scheitern neue gefährliche Folgen nach sich ziehen würde.

mit Säbeln und heute mit Atombomben zu rasseln? Merkt Ihr nicht, daß Ihr Euch jeder sittlichen Position begebt und daß Ihr unser Volk und Reich, daß Ihr Deutschland durch eben diese Eure Politik hoffnungslos zugrunde richtet?

Es ist ein amerikanisches Wort (von Marshall), das im Westen und unter Euch kolportiert wurde: es sei an ein einheitliches Deutschland nicht zu denken. Es waren Amerikaner, die vor diesem Spiel mit Deutschland warnten und den Zusammenbruch dieser Politik, für die Ihr Euch einfangen ließet, voraussagten.

Ihr glaubt, Gott habe Euch die Gnade eines schlechten Gedächtnisses gegeben? Es ist keineswegs gesagt, daß Gott es war! Ich möchte etwas anderes glauben! Wie könnt Ihr es wagen, Euch auch nur noch einmal dem Volk zur Wahl stellen? — Seht Ihr denn nicht, wie das Gericht heraufzieht?

Doch wollt Ihr Gottes Finger deutlich sehen, die in diesen zwölf Jahren die Geschicke der Menschheit sichtbarlich lenkten, so seht einmal zu:

Amerika sah, als es sich 1945 entschloß, nach der Weltherrschaft zu greifen, vor allem den Kommunismus, — nicht als Weltanschauung, — o Gott, wer kümmerte sich schon darum! — den Kommunismus als Wirtschafts- und Staatensystem als Gegner vor sich. Kreuzzüge aber sind heute nicht minder Aktionen der Heuchelei als um das Jahr 1000! Und wer halbwegs urteilsfähig ist, weiß, daß geistige Bewegungen, welche so viele Millionen Menschen erfassen, nicht aus dem Ungefähren kommen und nicht bewältigt werden können, wenn die all dies anders beurteilenden Christen nicht an der Wurzel des Schicksals anheben! Das aber hat der Westen, das haben die christlichen Kirchen im Raum der politischen Staatsführungen nie versucht! Sie haben nie den Geist Christi gegen den Stalins gesetzt! Das nie! Nur die Atombombe! Aber vorerst hatten nur die Amerikaner die Atombombe — eben jene Bombe, die Einstein zeugte und vor der ihn nachher das Grausen überkam. Vergeblich war nun der Schrei des Weisen hinüber in die Zonen der Manager der Weltkriege! Diese haben zu wenig Gefühl für die Stimme des Gewissens, — sonst wären sie schon bei der Bombe von Hiroshima zurückgetaumelt! Sie taumelten nicht! Sie kalkulierten und setzten einen Posten als Hauptposten in ihr politisches Kalkül ein, den sie nicht kannten. Aber der Thronende über den Wolken kannte ihn! Und dieser Thronende in den Wolken ließ es geschehen: Der zweite Weltkrieg war vorüber, — aber die Amerikaner ließen nicht nach, mit der Atombombe zu experimentieren. Da wollten die Engländer an diesem gefährlichen Wissen teilhaben, und man ließ sie zu. Da wollten auch die Russen daran teilhaben, und man schüttelte sie ab. Da wußten die Russen Bescheid! Man soll nicht den anklagen, der den zweiten Schritt tut, und den freisprechen, der den ersten Schritt getan! Mit

---

Was den USA ansteht, steht nicht uns an. Streitkräfte kann man addieren und integrieren, nicht immer jedoch die politischen Interessen. Es gibt nur ein gespaltenes, auf die beiden Blöcke aufgeteiltes, oder ein vereinigtes, von den beiden Blöcken unabhängiges Deutschland — darüber hinaus gibt es nichts. Kann ein unabhängiges vereinigtes Deutschland aus eigener Kraft und mit den Kräften der anderen Völker, die es ja auch gespalten in seinen Bündnissen in Anspruch nimmt, einen gesicherten Platz in der Gesellschaft der Nationen nicht finden, dann muß es eben gespalten bleiben, aber dieser einzige Weg zur Einheit muß versucht werden.

Unser Schicksal und unsere geopolitische Lage schreiben uns eine andere als die bisherige Politik vor. Heute ist der Zeitpunkt und Deutschland ist der Ort, wo die viel mißbrauchten Begriffe: Freiheit, Christlichkeit, Würde des Menschen von allem Materiell-Wirtschaftlichen und Machtpolitischen befreit, wo sie in ihrem reinen Sinn verstanden und praktiziert werden müssen. Die bisherige Politik ist dies zum größten Teil schuldig geblieben, und die hier aufgezeigten Zusammenhänge beweisen, daß weder die Regierung noch die große Masse des Bürgertums die entscheidenden Lehren aus dem Zusammenbruch gezogen haben. Man hat zwar die ins Auge springenden Fehler einer menschlichen Diktatur überwunden, nicht aber jene Schwächen einer gerade durch den NS — und zwar nicht nur für uns, sondern eigentlich für alle Welt — ad absurdum geführten Politik, gegen die keine Anklage erhoben worden war, weil unsere politischen Erzieher

Gottes Zulassung ließen die Amerikaner den englischen Atomforscher Fuchs in die Geheimkammern eintreten, und der sah, was er sah, und erschrak und gab alles an die Russen, denn er sagte sich: die Amerikaner wollen den Atomkrieg, und das kann nur verhindert werden, wenn auch die Russen die Atombombe haben. Und er ging hin und bekannte, was er getan hatte!

Ihr könnt solche „Verräter" hängen, — Ihr werdet nicht verhindern können, daß es einen Standort gibt, von dem aus wir deutlich Gottes Weltregierung spüren!

Atombombenversuch um Atombombenversuch geht hoch, — da antwortet Rußland! Die Amerikaner erschrecken: Nun haben die Russen sie auch! Und jetzt beginnt die Jagd sichtbar zu werden auf dem Weltenrund: Jetzt jagen sie von Amerika her die erste Wasserstoffbombe hoch! — Nun antwortet Rußland zum zweitenmal: Es hat die Wasserstoffbombe auch! Es hat sogar etwas vor Amerika voraus: Jetzt beginnt das Rennen mit den Raketengeschossen: Amerika schießt seine Atombomben 2000 Kilometer, — Rußland die seinen 8000 Kilometer! Amerika muß sich beeilen, aufzuholen. — Es ist etwas Neues eingetreten!

Als damals General Clay für die Amerikaner den Fetzen Westdeutschland für die amerikanischen strategischen Weltpläne herausbrach und triumphierend melden konnte, daß er „die Deutschen" dahin gebracht habe, da war klar, daß unser Vaterland in diesem Kalkül die Rolle eines verbrannten toten Landes zugefallen war, in dem der Atomkrieger mit dem Instinkt des Wüstentieres und dem Geigerzähler im Stiefel gespensterhaft über Leichenfeldern herumgeistert. Amerika hatte uns gekauft, und man wußte, daß unser Volk im Kriegsfalle hingeschlachtet würde, — man zuckte die Achseln! Bedauerlich! Aber strategische Notwendigkeit! Niemand betonte fortan mehr als Bonn diese strategische Notwendigkeit des Einsatzes der Bundesrepublik als „Schild" oder „Bundesgenossen"! Man glaubte, das als Preis zahlen zu müssen, damit durch diese „Politik der Stärke" Deutschland wiedervereint werde! Den furchtbaren Preis dieses Bündnisses aber glaubte man nicht wirklich zahlen zu müssen: Der „starke Bruder" hatte ja die Atombombe!

Von Amerika aus sah die Sache nüchterner aus. Außenminister Dulles hat es dargestellt.

Es ist schwer, sich Menschen vorzustellen, deren Gehirne wie die von Robotern mit Hunderten von Millionen Toten rechnen, — und denen dabei ihr Glas Sekt und ihr Beefsteak gut schmeckt! Die Bestialität solcher Politik übersteigt alle Vorstellungen der Hölle! Damals, als das also begann, hatten die Geschosse noch nicht diese Reichweite, — und Amerika schob seine Linien in größter Entfernung vom Landgebiet der USA um die UdSSR herum. Schutz des eigenen Volkes durch Verlagerung des Todesrisikos auf die Bundesgenossen! Man zahlte mit Geld, — wir sollten zahlen mit Blut und Leben! Wie könnte

---

selbst nicht frei davon waren. So wurden trotz allem Fehler der Vergangenheit wiederholt und nur deswegen nicht beachtet, weil es mit umgekehrten Vorzeichen geschehen ist.

▶ Hitler hat seine Gegner auf der Rechten entwaffnet, indem er sie der antibolschewistischen Front verpflichtete, und er hat seine Gegner auf der Linken dadurch erledigt, daß er zunächst die KPD verbot und die SPD in jener berühmten Rede zum Ermächtigungsgesetz zuerst einmal moralisch vernichtete. Der Bundeskanzler bewegt sich auf einer ganz ähnlichen Linie, und insbesondere seine Erklärung, daß ein Sieg der SPD der Untergang Europas sei, bedeutet nichts anderes als den Versuch einer moralischen Unterhöhlung der SPD. Hinzu kommt die Zerstörung der kleineren politischen Kräfte durch die Sperrklausel. Wenn es heute Vertreter der FDP gibt, die ihre Partei nicht mehr wählen, sondern CDU, weil sie fürchten, daß die FDP der Sperrklausel zum Opfer fallen könnte, dann läßt sich die verhängnisvolle Wirkung einer Maßnahme ermessen, mit der wir offenbar auf dem besten Wege sind, in die noch schrecklicheren Fußstapfen des Nationalsozialismus zu treten. Wenn es möglich ist, daß eine so wesentliche und ansehnliche Partei wie die FDP sich verläuft allein aus Angst vor der Sperrklausel, dann bedeutet das den Verfall der Demokratie. Man könnte sich darüber damit trösten, daß wir uns zum Zweiparteiensystem hin entwickeln. Aber wo die Macht rücksichtslos gebraucht wird, ist die zweite Partei gerade gut genug, um die Fiktion der Demokratie aufrechtzuerhalten. Hüten wir uns davor, zu solcher Entwicklung irgendwie beizutragen.

man glauben, daß es den Bonner Politikern wohl zu Mute war!

Da kam von Amerika der Schrei: „Rußland ist umstellt!" Da kam von Rußland der Gegenschrei: „Nur keine Sorge, — unsere Faust reicht bis nach New York und Washington, mitten in die USA!" und da: die Russen haben die Super-Wasserstoffbombe, — man kann sie nicht ausprobieren, denn sie verwandelt in Augenblicken das Eis der Pole und peitscht die Ozeane in die Kontinente; sie wischt England und Frankreich mit einem Schlag hinweg!

So hat denn der Allmächtige, der Thronende in den Wolken, die armen politisierenden Narren alle im Netz der Bosheit zusammengefangen, — es bleiben die Völker vor die eine und einzige Wahl gestellt: das Böse unter sich zu erwürgen, oder alles Leben auf Erden stirbt dahin mit ein paar Donnerschlägen, welche diese jammervollen Kreaturen mit den Teufelsgehirnen auszulösen vermögen! Das Spiel ist zu Ende, — nur die Wahl bleibt zwischen Leben und Tod! Zwischen dem Reiche Satans und dem des ewigen Gottes! Die Stunde der Apokalypse steht vor der Türe!

Verzweifelnd schreien die Atomforscher auf!

Und nun mein Freund, — die letzte Stunde, die Euch für Eure Bekehrung gegeben war, und die Ihr abermals verstreichen ließet:

Es war am 10. Mai 1957, — der Bundestag verhandelte über die Atomwaffenpolitik, — die 18 mutigen Atomforscher, Albert Schweitzers Appell an die Menschheit hatten dies ausgelöst. Es war erschütternd, Euch dabei zu sehen! Da kam diese so unheimliche Stunde für Euch: Man sollte die Stimme festhalten, die da sprach, und die Antlitze der Verantwortlichen, zu denen die Stimme sprach! Die Stimme gehörte der Alterspräsidentin des Bundestages, Frau Dr. Dr. h. c. L ü d e r s. Erinnerst Du Dich an den Schrei von Käthe Kollwitz aus dem Herbst 1918, mein Freund?: „Saatgut soll nicht vermahlen werden!" Wieder war diese Stunde da, und wieder sprach eine Frau:

> Lassen Sie mich bitten!...
> Ich bitte aus dem Entsetzen heraus über die für mein Gefühl in der Welt ständig zunehmende Parole: „Der Krieg ist tot, es lebe der Krieg!"
> „Es lebe der Krieg!", — ist das das Echo auf die frühere Parole „nie wieder Krieg!"? Ist das das Echo auf die tausendfachen Schwüre: „Wir wollen büßen, wir wollen alle büßen; wir wollen nicht mehr hassen, wir wollen Frieden, wir wollen nichts als Frieden!"? Das haben wir gehört und immer wieder gehört. Und nun? Man kann nur mit Schrecken und Angst sagen: „Wir Völker Europas verderben, wir sterben"; der eine ist Mörder, der andere ist Selbstmörder.
> Ich bitte Sie für alle Lebenden und für alle Kommenden, die Erinnerung an all die Schrecken und Leiden, die Erinnerung an all die Unmenschlichkeiten, die in diesem oder jenem Namen geschehen sind, nicht aus Ihrem Gedächtnis zu verwischen. Ich bitte Sie, alle seelischen und physischen Kräfte zum Widerstand dagegen einzuspannen, daß irgendetwas geschieht, was uns dem Krieg wieder näherbringen könnte. Ich bitte vor allen Dingen die Frauen; verleugnen wir unsere Natur nicht, steuern wir dem Wahnsinn des irregehenden menschlichen Geistes, steuern wir Frauen dem gotteslästerlichen Mißbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse. Darf ich Ihnen dazu die Worte einer Frau vorlesen, Worte zu einer Situation, in der wir uns nie wieder befinden dürfen:
>
> Wir Völker Europas haben unsere Knaben erschlagen,
> wir Völker Europas haben unsere Männer erschlagen.
> Wir haben Frauen und Kinder geschunden,
> Hunger und Seuchen losgebunden.
> Wir Völker Europas, wir haben Städte geschleift,
> Ernten verschwendet, ehe sie gereift.
> Wir armen Völker Europas, wem sollen wir es klagen:
> Wir haben alles zerschlagen — zerschlagen — zerschlagen.
>
> Diese Völker Europas haben sich bemüht — und insbesondere unser deutsches Volk —, wiederaufzubauen, was zerschlagen worden ist. Soll das alles noch einmal geschehen, soll es noch einen d r i t t e n W e l t k r i e g geben?.....
> Es soll nicht wieder sein, was schon einmal, was schon zweimal war! Deshalb sage ich — nehmen Sie es mir nicht übel — ein ganz scharfes unmißverständliches Nein zu allem, was eine solche Situation wieder herbeizuführen geeignet sein könnte, auch zu allen Explosionsversuchen.

Ich stehe auf dem Standpunkt — ganz im Gegensatz zu dem alten lateinischen Satz —: Si vis pacem, para pacem!"

Im Bundestag in Bonn rauscht der Beifall auf, — aber nur von den Sozialdemokraten und von den Sitzen der FDP her, — Ihr aber, die Christen, sitzet böse blickend da! Ihr müßt vor diesem Appell an das reine Menschentum verstummen! Von Rom her dringt die Stimme des heiligmäßigen Papstes Pius XII., den Ihr verratet Tag für Tag: „Wir flehen die Mächtigen an, — wir flehen sie an um des Blutes Jesu Christi willen!" Ihr sitzt stumm und böse blickend! Gefangene eines bösen Bündnisses! Nur Sozialdemokraten und Demokraten dürfen hier in diesem Hause die mahnende Stimme des Papstes zitieren, Euch ist sie ein Schlag ins Gesicht!

Ihr kläubelt eine Resolution zusammen: armselig und ohne Kraft weicht Ihr zurück vor dem aufbrechenden Ethos der Völker, die sich gegen ihre Regierungen stellen, — Ihr wagt es nicht, einen wahrhaftigen Appell an die „Großen" zu richten, sie möchten doch dies Böse lassen! Was Ihr in Wahrheit denkt und was Ihr glaubt, verrät dies: zwei Tage vor dieser Eurer Resolution vom 10. Mai 1957 haben Eure Beauftragten — am 8. Mai 1957 — in der Straßburger Vollversammlung der Westeuropäischen Union für die „unverzügliche Bewaffnung der Bundesrepublik mit Atomwaffen" gestimmt!

In der Stunde der Bedrohung der ganzen Menschheit stehen Millionen auf, — Ihr aber, vertrauensunwürdig, legt ernsthaft keine Hand an, die Katastrophe zu vermeiden, — Ihr glaubt nur an die Macht des Bösen! Eure letzte Zuflucht ist die Waffe der Vernichtung für alle! Wie sollte es uns vor diesen „Christen" nicht grauen! Ihr seid eine Partei, die sich „christlich" nennt. Niemals ist der Verlust an christlicher Substanz in der kurzen Frist von zwölf Jahren so groß in Deutschland gewesen, wie in den Jahren Eurer Diktatur von 1945 bis heute! Gesamtdeutschland wurde verloren und die Grundlagen christlichen Lebens wurden verloren, — und übrig blieben Kulissenbauten eines historischen Films vom christlichen Abendland... So ist Euch denn mitten hinein in Eure Politik in diesen unseren Tagen von einzelnen, aber bedeutenden Menschen etwas gesagt worden, was den Irrtum Eures politischen Tuns beleuchtet und die Wege der Umkehr und einer möglichen Rettung andeutet!

Da ist zunächst ein Wort von Karl Jaspers aus seinem Radiovortrag „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen":

„Wer weiterlebt, wie bisher, hat nicht begriffen, was droht. Es nur intellektuell zu denken, bedeutet nicht, es in die Wirklichkeit seines Lebens aufzunehmen. Ohne Umkehr ist das Leben der Menschen verloren. Will der Mensch weiterleben, so muß er sich wandeln. Denkt er nur an das Heute, so kommt der Tag, mit dem der Atomkrieg beginnt, durch den wahrscheinlich alles ein Ende hat!"

Das, mein lieber Freund, seht Ihr gewiß auch, aber Ihr habt eine Politik betrieben in der Auffassung der Menschen von 1866. Ihr verharrt dort und könnt Euch nicht vorstellen, daß die Geschichte den Weg von 1866 bis 1870/71 nicht noch einmal geht!

Der Atomforscher von Weizsäcker sagte Euch dann am 29. April dieses Jahres 1957 in einer Rede vor den Bonner Studenten:

„Es ist nicht zu leugnen, daß unsere Erklärung — die Erklärung der 18 Göttinger — hervorgegangen ist aus dem Glauben, daß mit dem politischen Kalkül allein die Welt vor der atomaren Selbstvernichtung nicht zu retten ist, und daß es Dinge gibt, die nicht zum Gegenstand politischen Kalküls gemacht werden dürfen."

Und da dieser Atomforscher später ein Wort sprach, das seine Enttäuschung verriet: er habe doch geglaubt, bei Politikern, die sich zum Christentum bekennen, für diese These Verständnis finden zu können, — so sei auf die Forderung von Papst Pius XII. hingewiesen, die er in der Weihnachtsbotschaft vom 23. Dezember 1956 erhob und mit der Eure Bonner Politik unvereinbar ist:

„Etwas ist im Gesamtgetriebe des modernen Lebens nicht in Ordnung, — und ein wesentlicher Irrtum muß an seiner Wurzel nagen."

„... es gibt Fälle und Augenblicke im Leben der Nationen, in denen nur die Besinnung auf höhere Grundsätze klar die Grenzen bestimmen kann zwischen Recht und Unrecht, zwischen erlaubten und unerlaubten Schritten!"

und weiterhin:

„Der Mensch wirkt seine Geschichte, das heißt: er arbeitet zusammen mit Gott zur

von den Amerikanern, der die höchste

Verwirklichung eines Geschehens!"

Und hier wird nun offenbar: Ihr habt nicht zusammengearbeitet mit Gott, sondern mit Außenminister Dulles von den Amerikanern, der die höchste Kunst der Politik darinnen sieht, mit der Katastrophe zu spielen und sich darinnen zu üben, daß man gerade noch um das furchtbare Ende herumkommt!

So hat sich Eure Politik der letzten Einsicht in die Welt-Geschichtsplanung Gottes verweigert, wie sie im Geschichts-Lehrbuch der Christenheit, in der Geheimen Offenbarung St. Johannis, niedergelegt ist. Nicht die Konstellation „Westblock gegen Ostblock" ist das Entscheidende, sondern die Konstellation der „Civitas dei" gegen das „Reich des Fürsten dieser Welt"! Eure Pläne sind nicht Gottes Pläne — Eure Politik darum auch nicht Gottes Politik! Wenn der „Ritter Recht und Gerechtigkeit" aus den Wolken hervorbricht, die Macht des Bösen zu brechen in der Welt, und der Engel aus den Lüften schreit: „Die große Hure von Babylon ist gefallen!" — dann stürzt auch das Reich, an dessen Aufbau Ihr Euch vergeudet!

Es ist eine Hybris sondergleichen, sich als gerecht und die Welt des Westens als Reich der Freiheit zu bezeichnen und nicht zu erkennen, daß Gottes Wirken auf die Gestaltung einer Ganzheit ausgeht und daß die Planung Gottes unter den Menschen nur verwirklicht werden kann, wenn die satanischen Fronten gegenseitiger Bedrohung und Vernichtung alles Lebens zerschlagen werden und an ihrer Stelle sich neue Fronten bilden, in denen die Menschen die Formen neuen Zusammenlebens und neuen Zusammenwirkens suchen. Das Erschreckliche an Eurer Deutschlandpolitik ist, daß Ihr in alten verworfenen Fronten untergehender Welten verharrt und nicht merkt, daß eine neue Welt werden will — und daß Ihr selbst mit der Aufrichtung dieser neuen Welt in Euch selbst beginnen müßt! Hier aber gerade verweigert Ihr Euch! Und darum ist das unerläßlich, was man gemeinhin die „Ablösung der Wache" nennt! Die Menschheit braucht eine andere Führung!

Und jedes Volk kann hier nur bei sich selbst beginnen! Darum fordern wir, daß die hinwegtreten, die in zwölfjähriger Politik unser Vaterland verspielt und unser Leben in die Zonen einer Gefährdung gestoßen haben, in der ein Leben nicht mehr möglich und ein Friede unter den Völkern nicht erreichbar ist!

Wie Gottes Wege ziehen, wissen wir nicht, mein Freund! Wir kennen das Ende, wie das Buch der Apokalypse es offenbar macht. Ob die Stunde des Verhängnisses nahe ist, ob uns eine Frist geschenkt wird, — „ohne Umkehr ist das Leben der Menschen verloren"! Darum folgen wir Euch nicht mehr, denn Ihr seid zur Umkehr, ohne die man nicht weiterleben kann, nicht bereit!

So trennen sich denn unsere Wege, — es geht nicht um Euch und Eure Partei, — es geht um unser Volk und um Deutschland, dessen Wiedererstehung Ihr im Wege seid!

Dein Leo Weismantel

(Ende der Brieffolge)

Die Briefe von Prof. Dr. Leo Weismantel, die eine weite Beachtung gefunden haben, sind vielfach widerrechtlich von Zeitungen und Zeitschriften auch außerhalb des Bundesgebietes nachgedruckt worden. Wir weisen darauf hin, daß der Nachdruck dieser Briefe vom Autor nur innerhalb der Bundesrepublik gestattet wird — und auch hier nur nach ordnungsgemäßer Zustimmung durch die Redaktion.

Rudolf Pikola

Kein Platz für Pestalozzi

Johann Heinrich Pestalozzi, dessen Ideen zu seinen Lebzeiten in Deutschland einiges Aufsehen erregt hatten, so daß der König von Preußen junge Männer zu ihm geschickt hatte, die der große Erzieher zu Lehrern ausbilden sollte — dieser Pestalozzi also nahm gerne die Gelegenheit wahr, 130 Jahre nach seinem Tode dem Lande der Deutschen einen Besuch abzustatten und zu sehen, wieviel von seinen Forderungen dort erfüllt sei.

Er zog erst eine Weile durch das so merkwürdig veränderte Land und sprach in vielen Schulen, Kinderheimen und Waisenhäusern vor, wo er viel Neues und Gutes, aber auch viel Altes und Schlechtes fand, so daß er sich sehr darüber wunderte, daß die Menschen zwar in bezug auf Bequemlichkeit des Lebens, Schnelligkeit der Fortbewegung, Pflege der Gesundheit unglaubliche Fortschritte gemacht, in bezug auf das Bildungswesen jedoch teilweise noch so verfuhren wie zu seinen Zeiten. Er hatte Schulen gesehen, die uralt, in erschreckend vernachlässigtem Zustand, mit Möbeln versehen waren, die schon für die Großeltern der jetzigen Kinder zu schlecht gewesen sein mußten, ja, man hatte ihm gesagt, daß die Ministerien verschiedener Länder in aller amtlichen Offenheit Erhebungen über „Elendsschulen" machten, und da er sehr oft das Wort „Lebensstandard" gehört hatte — es schien die faszinierende Kraft eines Zauberwortes zu haben —, so wunderte er sich, daß man zwar dem Lebensstandard im Äußeren wie einer neuen Religion anhing, von der Notwendigkeit einer Art geistigen und innerlichen Lebensstandards aber sehr wenig Begriff zu haben schien; ja, er hatte Menschen getroffen, die verzweifelt und mutlos waren, weil man sie, wenn sie dieser Notwendigkeit das Wort redeten, entweder nicht hörte oder sie als lästige Mahner bekämpfte.

So war es kein Wunder, daß Pestalozzi sich bald veranlaßt sah, seine anfänglichen großen Erwartungen, die er, der immer Gütige und Vertrauende, in den Fortschritt der Erziehung und Kultur gesetzt hatte, als etwas übertrieben zu erkennen. Da er jedoch zeit seines Lebens sich damit hatte abfinden müssen, daß die Menschen für ihre Bildung zum Menschentum nicht allzuviel übrig hatten, so nahm er auch die Zustände im Deutschland des 20. Jahrhunderts mit der schmerzlichen Einsicht dessen zur Kenntnis, der vieles Gute vergeblich versucht, bis er — wie zu seinen Lebzeiten schon — auf den Gedanken kam, Menschen zu finden, die politischen Einfluß und damit die Macht besaßen, die Dinge zu ändern.

Ein glücklicher Zufall wollte es, daß er Zutritt zu einer Konferenz der Bundesminister erhielt, was er allerdings weniger seinem Namen oder der Bedeutung seines Werkes verdankte als der Rücksicht auf die Wirkungen, die eine Ablehnung seiner Bitte um Zugang in gewissen Kreisen der Öffentlichkeit hätte haben können; vor allem wollte man der Opposition keinen „Propagandaschlager für die Wahl" liefern, wie man sich, etwas unwillig über das „sehr unnötige Dilemma", ausdrückte.

Pestalozzi, in seinem immer noch etwas ärmlichen und nicht sehr gepflegten Aussehen fast ein wenig fehl am Platze wirkend, suchte nach jemand, der für Kultur zuständig sei, um wenigstens äußerlich in dieser ihm fremden Versammlung eine Art Anschluß zu finden. Es wurde ihm aber bedeutet, daß es zwar für Verkehr, Landwirtschaft, Post, Finanzen usw. Ministerien im Deutschen Bund gebe, aber nicht für Kultur. Als man ihm erklärte, daß dies mit der sog. Kulturhoheit der Länder zusammenhänge, war ihm das als Föderalisten von schweizerischem Schrot und Korn zwar ohne weiteres einleuchtend, trotzdem wunderte es ihn, daß man den Föderalismus nur auf die Kultur bezog. Er wollte schon fragen, ob es bezeichnend sei, daß man für Kultur und Volksbildung keine eigene Stelle in der Regierung brauche, kam aber nicht mehr dazu, denn eben hatte der Verteidigungsminister das Wort — seit die Kriege immer grauenhafter und vernichtender wurden, nannte man ihn des Wohlklangs und der „propagandistischen Wirkung" wegen nicht mehr Kriegsminister — und sprach für die Wiedereinführung des alten deutschen Soldatenstiefels, dieses bewährten Kampfstiefels, wie er sagte (warum fügte er nicht empfehlend hinzu, wie viele Millionen schon ruhmvoll in ihm gestorben waren?), und nannte hernach die Milliardensumme, die er außerdem für den Ankauf von Panzerkampfwagen brauche.

Dann wurde eine kleine Unterbrechung der Verhandlungen erbeten, um „dem hohen und gewiß allgemein bekannten Gaste aus der Schweiz" die Gelegenheit zu einem kurzen Grußwort zu erteilen.

Pestalozzi erhob sich, und da ihn die letzten Worte des Verteidigungsministers auf einen Gedanken gebracht hatten, der ihm ausführbar schien, griff er ihn gleich auf: „Ich war freudig überrascht zu hören, wieviel Geld in Ihrem Lande zur Verfügung steht", sagte er. „Die Milliarden fließen Ihnen leicht von der Zunge. Könnten Sie diesen Fluß nicht auch dem Erziehungswesen Ihres Landes zuleiten?" Jemand räusperte sich. Der Verteidigungsminister schob seinem Referenten einen Zettel zu. „Die alten Störmanöver!" flüsterte er. Pestalozzi fuhr fort: „Ich brauche Ihnen doch die Zahlen schlecht ausgestatteter Schulen nicht zu nennen, wo Kinder in dunklen, feuchten Räumen auf alten knarrenden Bänken sitzen und die Lehrer kaum das nötigste Material zum Unterrichten haben, oder gar die Zahlen — sie gehen in die Abertausende — fehlender Schulräume, so daß die Kinder Ihres Volkes zu unmöglichen Tageszeiten, schichtweise wie Fabrikarbeiter, in Räume gehen müssen, in denen nicht einmal die Luft genügend erneuert werden konnte. Sie müssen Schulhäuser bauen, Schulhäuser und nochmals Schulhäuser, die den Kindern Ihres Volkes Wohnstätten sind, Heimstätten, die sie in zerstörten Familien oft nicht mehr finden! Sie müssen sorgen, daß diese Heimstätten mit einem Geist der Freude und der Menschlichkeit erfüllt werden! — Haben Sie denn kein Mitleid mit den Kindern Ihres Volkes oder glauben Sie, mit dem Komfort des äußeren Lebens, den Sie ihnen bieten, können Sie sich loskaufen von Ihrer großen Verpflichtung der Menschenbildung?" fügte er erregt hinzu, da er bemerkte, wie einige der Herren peinlich berührt in Akten blätterten oder sich gelangweilt eine Zigarre anzündeten. „Sie haben doch Unsummen Geldes dafür, das Töten von Menschen vorzubereiten; haben Sie nur Almosen dafür übrig, sie zum Leben, zur Menschlichkeit heranzubilden? Den Wettlauf mit der Katastrophe können Sie nur gewinnen, wenn Sie..." Hier erhob sich der Referent des Verteidigungsministers, schaute nochmals auf seinen Zettel und sagte: „Sehr verehrter Herr — Herr (er suchte verzweifelt nach einem Titel, weil ihm das Fehlen eines solchen keine Basis gab, mit einem Menschen zu verhandeln) — Herr Sachverständiger! Ich darf im Namen der versammelten Herren ausdrücken, daß uns Ihre Anwesenheit ebenso geehrt hat, wie uns Ihre tiefgründigen Ausführungen äußerst interessant und eindrucksvoll waren. Ich darf der begründeten Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie Ihre wegweisenden Gedankengänge der deutschen Regierung in einer Denkschrift vorlegen werden. Jetzt wird Sie einer unserer Herren noch durch das Bundeshaus führen und Ihnen Gelegenheit geben, sich von der Großartigkeit dieses Baues und damit dem Kulturwillen der deutschen Regierung zu überzeugen."

Herzlicher Beifall sprang von den klatschenden Händen der Versammelten. Ein lächelnder Herr näherte sich Pestalozzi und geleitete ihn aus dem Raum. Als er durch die Tür ging, hörte er eben, wie der Vorsitzende sagte:

„Das Wort hat wieder der Herr Verteidigungsminister."

Die deutsche Not mit der mittleren Linie

Eine Buchbesprechung

Unter den — freilich gar nicht zahlreichen — deutschen Büchern, die sich nicht einseitig mit Situation, Problematik und Entwicklungsmöglichkeiten unseres zweigeteilten Landes befassen, nimmt Erich Kubys Buch „Das ist des Deutschen Vaterland" — soeben bei Scherz und Goverts erschienen — durch Betrachtungsweise, Stil und Anlage eine besondere Stellung ein. Das geht so weit, daß man der Arbeit ohne weiteres die größte Wirkung in unserer Öffentlichkeit prophezeien könnte — wenn man nicht eben immer wieder hätte erleben müssen, daß gerade in Deutschland die aufrührendsten literarischen Werke von dokumentarischem Rang — zumal wenn sie von links kommen — kaum Wirkung zeigen.

Kubys Buche kommt dokumentarischer Rang zu. Sein Bilderbogen aus dem Leben

Dr. Georg Gröninger

Irrwege der Außenpolitik

Mit der kommenden Wahl sind wir vor entscheidende Lebensfragen gestellt. Die große Schwierigkeit liegt darin, daß die Bundesrepublik Deutschland seit 1950 mit der Politik der Wiederaufrüstung dem Gang der Dinge eine Wendung und Ausrichtung gegeben hat, die den wahrhaftigen Interessen unseres Volkes und seiner — für uns und die Welt — notwendigen Einheit entgegengesetzt ist. Dabei treten vor allem drei Grundfehler hervor, die den negativen Charakter unserer Politik bedingen und die Keime für Fehlentschlüsse und damit für Mißerfolg, Isolierung und Gefährdung unseres Vaterlandes in sie hineintragen:

1. Der Rückfall in die destruktiven Gedankengänge unserer jüngsten politischen Vergangenheit — das Denken in dem zersetzenden Freund-Feind-Gegensatz unter dem „Schutz" und unter der Drohung mit militärischer Stärke;
2. Die Verkennung der politischen Realität — das sinnlose Sträuben gegen weltpolitische Notwendigkeiten, wie sie sich aus der Gefahr radikalster Vernichtungsmöglichkeiten ergeben, und die Vernachlässigung der humanitären und sittlichen Pflichten gegenüber dem gerade auf unserem Kontinent aufs höchste gefährdeten Lebensrecht des Menschen;
3. Die Verschwendung von Milliarden vom Volke erarbeiteter Werte an die „Aufrüstung" — eine Aufrüstung im Geist und im Stil sinnlos gewordener und überholter Machtbegriffe, die deshalb für uns keine Verteidigung, sondern eine Gefährdung ist und sich der Wiedervereinigung entgegenstellt.

Zu diesen drei Punkten kommt noch ein vierter, der gerade in einem „christlichen" Lande nicht ohne Belang sein sollte:

4. Das Unvermögen der Kirchen, vom Christentum her den Menschen und das öffentliche Leben so zu durchdringen, daß der Aufbau einer neuen Ordnung sich uneingeschränkt auf den sittlichen Grundlagen solcher religiösen Haltung vollziehen mußte.

In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch war es auch den führenden Kreisen unseres Volkes voll bewußt, daß die bisherige „Politik" für alle Zeiten ein Ende haben müsse. In aller Deutlichkeit wurde dies auch vor aller Welt bekundet; hatte doch der politische und menschliche Nihilismus des Hitlerreiches unser Land in schwersten Verfall gestürzt.

Trotz dieser bitteren Erfahrungen aus zwei Weltkriegen hat die Politik des 20. Jahrhunderts es bis auf den heutigen Tag nicht vermocht, die negativ-destruktiven Grundlinien unter dem Aspekt der Herrschaft durch Gewalt und unter dem Aspekt der politischen Auseinandersetzung vor dem demonstrativen Hintergrund der Gewalt aufzugeben.

---

in der Bundesrepublik und in der DDR ist weder vollständig, noch will er das sein; aber er ist der bisher vollständigste. Es wohnt ihm die Kraft eines gut gebauten zeit- und gesellschaftskritischen Schauspiels inne, hinter dessen Folie aus scheinbar persönlichen Schicksalen das Wesen der Epoche sichtbar werden muß, wenn es geraten sein soll. Kuby kann für sein Buch ein so hohes Maß an allgemeiner Gültigkeit um so eher beanspruchen, als das Anekdotenhafte und Episodische darin von gediegenen Untersuchungen und Analysen geschichtlicher und gesellschaftlicher Art und die bloße Mitteilung der Tatbestände von sprachlicher Verdichtung überboten werden. Hier ist durch eine glückliche Verbindung von journalistischer Neugierde, publizistischer Seriosität und schriftstellerischer Feinheit ein Opus zustandegekommen, das zur großen Reportageliteratur gezählt werden kann und einen Deutschen mit der leider zur Überraschung gewordenen Erkenntnis erfreut, daß die Sehschärfe etwa eines Egon Erwin Kisch unter uns noch nicht völlig dahingeschwunden ist. So bestrickt denn das Buch vor allem vermöge seiner hohen „clarté" — auch dies allerdings wieder Grund genug, für sein Echo zu fürchten, denn die Tugend des un-

Indem Deutschland in seinen beiden Teilen sich wider sein nationales Gewissen dieser „Politik der Stärke" in die Arme warf, verscherzte es sich in den vergangenen Jahren eine Reihe realer politischer Möglichkeiten, der Wiedervereinigung näherzukommen, die in Verbindung mit einem Friedensvertrag allein die staatsrechtlichen und politischen Voraussetzungen zu schaffen vermag für eine sinnvolle und der friedlichen Entwicklung dienende Politik eines wirklich souveränen — von Besatzungstruppen freien — neuen deutschen Staatswesens. Wenn wir heute erkennen, daß der abgrundtiefe Dualismus zwischen den Siegerstaaten des zweiten Weltkrieges erschreckend große Gefahren in der Welt auftürmt, so müssen wir um so mehr sehen, wie besonders gefährdet unser Land und seine Menschen sind, und wie allein daraus die Notwendigkeit einer eigenen und auf unsere nationalen friedlichen Ziele ausgerichteten Politik sich ergibt. Der Bundeskanzler und seine Regierung haben die Initiative hierzu nicht entwickelt. Das Äußerste, was wir zugestehen können, mag sein, daß seinerzeit die Bundesregierung willig daran glaubte, daß die „Macht des Westens" die deutschen Dinge zum Guten wenden könne. Heute ist es offensichtlich, daß die mit dem Memorandum des Kanzlers vom August 1950 über Nacht über uns hereingebrochene Idee der Aufrüstung ein verhängnisvoller Rückfall war, Tragik und Unglück zugleich, da unser Volk nach schwerer Demütigung aus eigener Schuld und trotz besten Willens zur Umkehr, wie man dies als erstes durch die „re-education" von ihm verlangte, nun von neuem in das Joch der Waffen gespannt wurde. Es war — das dürfen wir nie vergessen! — eine Aufrüstung für f r e m d e Interessen. Zu den Gesichtspunkten des Machtzuwachses im Militärbereich des Westens und der strategischen Bedeutung des westdeutschen Raumes trat noch die Überlegung hinzu, daß die Bundesrepublik gerade infolge des Fehlens von Rüstungslasten wirtschaftlich unerwartet aufblühe und daß gerade deshalb der Druck von Rüstungslasten geeignet sei, die unerwünschte Wettbewerbsbeteiligung auf dem Weltmarkt kleinzuhalten — ganz abgesehen von den Riesengewinnen, die internationale Kapitalkreise im Ausland durch die deutsche Aufrüstung erzielen.

•

Es ist eine bedenkliche, vielleicht sogar tödliche Rückständigkeit in unserem Schauen und Planen, daß wir trotz umstürzender grundlegender Veränderungen in unserer technischen Umwelt keine geistigen und ethischen Konsequenzen daraus gezogen haben, daß wir in der Politik keine Denkformen zugrundelegen, die dieser fundamentalen Veränderung der Verhältnisse irgendwie Rechnung tragen. Dabei drängen Natur und Vernunft geradezu hin zu diesen neuen Wegen, ja, in der ganzen Welt werden diese Notwendigkeiten erkannt und gefordert. Nur im abendländischen Westen will die Politik dem Geist der Restaurationsideen des 19. Jahrhunderts und des „Heiligen römischen Reiches" verhaftet bleiben. Es ist aber eine durch die Geschichte erwiesene Tatsache, daß diese Politik zuerst in dem historischen Raum der deutschen Kleinstaaten und dann in dem erweiterten Feld der Nationen Europas gründlich versagt hat. In der heutigen Politik aber, in der Kontinente als Weltgruppen einander gegenüberstehen und das Schicksal

---

bestechlichen Blickes gehört bei uns traditionsgemäß nicht zu den beliebten Eigenschaften eines Autors.

Kuby beschäftigt sich erstens mit den Dingen, wie sie im Augenblick in beiden deutschen Staaten liegen, und zweitens damit, wie die Dinge voraussichtlich am Tage X und danach, also nach der mutmaßlich eines Tages trotz allem eintreffenden Verschmelzung der beiden Teilstaaten in ein neues Ganzes, liegen werden; und es ist für seinen im besten Sinne vereinfachenden, gänzlich unakademischen, direkten Stil kennzeichnend, daß er das erste prägnant „die kleine Lage", das andere „die große Lage" nennt. Für uns in der Bundesrepublik stellt das Elaborat ferner einen ebenso fesselnden wie schmerzlichen Abriß alles dessen dar, was ganz anders gekommen ist, als unsere Intelligenz — und nicht nur sie allein — es sich nach der Stunde Null am 8. Mai 1945 vorgestellt und erstrebt hat.

Die „kleine Lage" ist aus der deutschen Geschichte der letzten 80 Jahre folgerichtig hervorgegangen; dessen ungeachtet, bezeichnet sie im Existenzablauf des deutschen Volkes nichts mehr, aber auch nichts weniger als einen Übergang. Dessen Bedeutung für die Zukunft liegt auf der Hand: auch im Leben des Individuums ist die jeweils letzte Wachstumsphase für die fol-

der Welt zur Einheit geworden ist, kann restauratives Denken nur zum Verderben sein. Daß die geistige Elite der „abendländischen" Wissenschaft und Weisheit, nach dem Elend und dem ungeheuerlichen Blutvergießen des zweiten Weltkrieges, es nicht zustande gebracht hat, konstruktive Gedanken einer die ganze Menschheit umfassenden Politik der Verständigung und des Nebeneinanderlebens in Verbindung mit einer schöpferischen Neuordnung der Beziehungen der Völker zueinander zu entwickeln und zu realisieren, kann nur als ein bitteres Versagen gebrandmarkt werden.

Um der Gefahr einer atomaren Vernichtung vorzubeugen, sind aber neue und zeitgemäße Wege erforderlich. Es zeigt den denkbar schlimmsten Tiefstand unserer so sehr gepriesenen christlich-abendländischen Kultur an, daß ihre Geisteswelt in die rohesten Exzesse sadistischer Menschenvernichtung — schlimmer als in den Zeiten der Ketzer- und Glaubensverfolgung — zurückfallen konnte. Dieser Umstand allein hätte genügen müssen, vor einer Wiederaufrüstung im alten Stil zurückzuschrecken und ihren schlimmsten „Erfolg" zu vermeiden: daß nämlich der Geist, der so unsägliches Unheil und Elend heraufbeschworen hat, in der politischen Neuerweckung von heute eine nachträgliche Billigung und neue Nahrung gefunden hat. Das ist schmerzlich; aber leider ist es so. Wer zu den Gewaltakten Hitlers stand, zählt heute oftmals mehr als andere, die damals wie heute die Gewalt aus Vernunft- und Gewissensgründen und aus einer ganz selbstverständlichen Humanitätsgesinnung heraus ablehnen.

Man soll den Rüstungsfreunden vor den Wahlen ganz deutlich sagen, daß sie sich auf einem überaus gefährlichen Weg befinden, daß sie dabei Wesen und Ziele einer heute notwendigen deutschen Politik völlig verkennen. Gerade diejenigen unter ihnen, denen das nationale Wohl am Herzen liegt, müssen bei klarer Überlegung zu der Erkenntnis gelangen, daß sie unserem Volk und damit auch sich selbst den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie durch ihre Stimmabgabe diesen offensichtlichen Irrweg der deutschen Außenpolitik unterstützen.

Nachdem es feststeht, daß man mit Atomwaffen und atomaren Mitteln ganze Länder und Kontinente vernichten und verseuchen kann, ist dadurch eine Situation geschaffen worden, der sich die Politik — soll sie überhaupt für ein Volk noch Sinn und Zweck haben — als gegebene Tatsache genau so einordnen muß wie geopolitische und andere Gegebenheiten. Niemals kann die Politik eine Entscheidungsbefugnis darüber haben, ob sie den Möglichkeiten der Menschheitsvernichtung Raum geben will oder nicht. Daß wir überhaupt in solche Lebensnot gekommen sind, ist der fortwirkende Fluch von Haß und Gewalt aus den letzten Kriegen und das Zeichen einer maßlosen politischen Verwilderung. Deswegen waren und sind die Atomforscher als die einzig berufenen S a c h v e r s t ä n d i g e n voll im Recht mit ihrer Warnung vor dem Ausmaß der Gefahren, das heute Politiker gegen den Willen ihrer Völker durch ihr irregehendes Handeln heraufbeschwören!

Ein ganz offensichtlicher negativer Erfolg unserer begonnenen Wiederaufrüstung ist die erhebliche Erschwerung und Verzögerung unserer Wiedervereinigung. Jeder der ver-

---

gende bestimmend. Mit anderen Worten: wie das Deutschland von morgen, das wieder vereinigte — mag es sich nun „Reich" oder sonstwie nennen — in Wirklichkeit, das heißt: in der Auffassung und Betätigung seiner Bürger aussehen wird, das bildet sich bereits heute „in nuce" vor.

Und dieses Heute ist verfahren genug, hier wie drüben. Nimmt man das zurückliegende Jahrzehnt als die erste Runde im Kampf um Deutschlands neue Gestalt, so hat jedenfalls diese erste Runde weder in der Bundesrepublik die Freiheit noch in der DDR der Sozialismus gewonnen. Während bei uns die Menge geradezu manisch mit dem verdummenden Konsum-Spiel beschäftigt ist und sich ohne nennenswerten Widerstand den Floh eines Militarismus in den attraktiven Pelz setzen ließ, der allein schon durch seine Personalpolitik in den oberen Rängen als reaktionär entlarvt wird, wächst in der DDR unter der Haut ein Nationalismus heran, der ebenfalls nicht als fortschrittlich bezeichnet werden kann. So sieht der Verfasser, wohin er blickt, kaum etwas anderes als die vertane Chance, nach zwei überwiegend von Deutschland verursachten und von diesem beide Male verlorenen Weltkriegen bis auf den Grund Besinnung zu üben — was 1945 viel leichter gewesen wäre als 1918, ja sogar im Ansatz vorhanden war — und ein

antwortlichen Politiker der Bundesregierung weiß, daß die stets von neuem unverändert vorgetragenen Punkte zur „Wiedervereinigung" unreal sind und nur auf Ablehnung stoßen können. Zum Teil geben die Verantwortlichen selbst zu, daß sie in einer Gasse der Ratlosigkeit stecken. Es ist auffallend, wie wenig in den beiden Legislaturperioden des Bundestages und von der durch ihn berufenen Bundesregierung für die Wiedervereinigung praktisch getan wurde — im Gegensatz zu der rastlos und wie besessen durchgepeitschten Aufrüstung. Der Hinweis auf die Gefahr im Osten kann diese nicht rechtfertigen. War es nicht Hitler, der mit deutschen Armeen das ihm verbündete Rußland überfallen und in große Not gebracht hat? Und waren es nicht die USA, die nach Beendigung des zweiten Weltkrieges die Sowjetunion durch die Weiterentwicklung und Produktion von Atomwaffen immer mehr unter Druck setzten, bis sie 1953 selbst die Wasserstoffbombe entwickelt hatte? Sind nicht gerade wir Deutschen jetzt durch unsere Aufrüstung mehr und mehr in den Mittelpunkt aller Gefahren gerückt? Es war eine grundlegende politische Torheit, in unserem zweigeteilten und zerstückelten Lande im „Bündnis" mit den Westmächten die Russen derart herauszufordern, so daß die Möglichkeiten wirklich erfolgreicher Verhandlungen über ein neues Gesamtdeutschland von Tag zu Tag mehr erschwert sind und die beiden deutschen Teilstaaten sich durch die Verschärfung der Gegensätze immer weiter voneinander entfernen.

Die Unsicherheit und Unsachlichkeit, mit der diese Politik von der Bundesrepublik heute betrieben wird, wird unter anderem durch die Tatsache belegt, daß man der Bildung jeder anderen Meinung sofort entgegenwirkt, wie dies sogar bei dem Warnruf der Atomforscher zu sehen war, und daß man eine echte Auseinandersetzung in freier politischer Bahn vermeidet.

•

Aus dieser prekären politischen Lage heraus läßt sich erklären, warum die Regierungsparteien darauf ausgehen, die Wahldebatten in allgemeinsten Redewendungen über „christliche Politik", Christentum, Religion und Kommunismus zu führen. Denn es dürfte ihnen schwer fallen, wenn nicht unmöglich sein, ernsthafte sachliche Gründe für die übereilte Aufrüstung und die vernachlässigte Wiedervereinigung zu finden. Aber selbst die taktisch vorgeschützten christlichen Belange — seien sie auch von kirchlicher Seite willkommen geheißen — können diese Außenpolitik nicht rechtfertigen; denn die Kirchen selbst haben im Verlauf von Jahrhunderten durch ihre machtpolitische Einstellung bei fortschreitender Verweltlichung dem christlichen Geist bis zur Zersetzung christlicher Wertbegriffe Abbruch getan. Und zwar in einer Weise, daß ein führender katholischer Theologe wie F. J. Sheen sagt, daß heute „die westliche Welt versucht, die Früchte des Christentums zu konservieren, nachdem sie die Wurzeln ausgerissen hat". Hat nicht das Christentum im politischen Leben Besseres zu bieten, als zum geistigen Rüstzeug für die Aufrüstung gemacht zu werden? Vergessen wir auch nicht, daß vor allem die römische Kirche — auch heute und nach alter Gewohnheit — ihre kirchenpolitischen Ziele im Anschluß an weltliche Mächtegruppen und mit deren Machtmitteln durchzusetzen sucht. Solche Kirchenpolitik ist der werdenden Völker- und Welt-Gemeinschaft nachteilig; sie

---

für allemal eine Lebensführung (und damit auch Politik) der „mittleren Linie" unter den Deutschen heimisch zu machen — ihnen selbst und allen ihren Nachbarn zum Segen.

Daß es nicht so gekommen ist, sondern daß Deutschland in zwei extrem gegeneinander gerichtete, feindlichen Militärblökken als Hauptstützen eingegliederte Teile zerfallen und damit wieder zu einem Herd der Spannungen werden mußte, kommt zwar zunächst in die Verantwortung der Sieger, — und zwar, wie Kuby uns erinnert, in die Verantwortung der Westmächte mehr als in die der Sowjets, weil diese (durch Stalin) in Potsdam die Theorie eines einheitlichen Staates entwickelten — ohne natürlich durchzudringen, denn die Amerikaner witterten dahinter sehr wohl Stalins Wunsch nach Ausdehnung seines Mitspracherechts über das Ruhrgebiet (ohne zu bedenken, daß umgekehrt ihnen in diesem Falle ein Mitspracherecht auch in Thüringen und Sachsen, der Mark Brandenburg und Mecklenburg in Aussicht gestanden hätte!).

Von dem Augenblick an freilich, als die Alliierten die Deutschen zur Mitverwaltung heranzogen, datiert auch deren M i t v e r a n t w o r t u n g; diese nahm von Jahr zu Jahr zu und hat heute immerhin einen Umfang erreicht — auch in der DDR —, der ausreicht, den Leser verstehen zu machen,

trägt dazu bei, die Gegensätze zu vertiefen. Wir leben aber tatsächlich bereits in der Welteinheit — besitzen wir doch bereits die teuflische Gewalt, die ganze Menschheit der Erde, niemand ausgenommen, zu vernichten —, und nun kann es sich nicht mehr um Machtvorrechte eines Staates, einer Völkergruppe oder einer Kirche handeln, sondern nur um die Einordnung aller mit ihrem natürlichen Lebensrecht in die Existenz des Ganzen — also um die echte Koexistenz.

In der entscheidenden Stunde nach 1945 haben die Kirchen ihre große Aufgabe versäumt, vor dem geistigen und seelischen Nichts einer total zerstörten Kultur zu den sittlichen Fundamenten einer neuen Gemeinschaftsordnung aus dem Wesen reinen Christentums beizutragen. Die ganze europäische Menschheit hat in ihrer trostlosen Verlassenheit auf eine solche aktive erlösende Handlung gehofft und gewartet. Die große Stunde blieb ungenutzt. Der „dies irae" mag weiter wüten und noch schlimmeres Grauen über die verratene Menschheit bringen. Wohl der schwerste Schlag gegen eine neue Ordnung war es, als von oberster katholischer Kirchenstelle in Deutschland das Wort gesprochen wurde, daß die Staaten, in denen „die Gottesordnung bedroht und angegriffen ist", vor Gott das Recht, ja die Pflicht hätten, „selbst mit Waffengewalt diese Ordnung wiederherzustellen". Das war eine bittere Enttäuschung für jeden ernst und christlich denkenden Menschen. Wie wenig kann eine solcherart militante Kirche ihrer großen menschlichkeitsverbindenden und Friede auf Erden kündenden Sendung gerecht werden, wie wenig kann sie dem Hochziel hierarchischer Aufgaben in dieser Welt des Hasses und des Mißtrauens dienen! Wird nicht so wertvollste christliche Substanz geopfert und Mitschuld geboren an dem Zerfall und der Not des „christlichen Abendlandes" und an der Verwilderung seiner Sitten und Lebensformen?

Wir brauchen uns unseres Christentums wirklich nicht zu rühmen. Blicken wir gerade jetzt im Wahlkampf einmal h i n t e r die christlich klingenden Argumente der Politiker der „christlichen" Front! Wir könnten gut auf alle weltanschaulichen und religiösen Beteuerungen in der Politik verzichten, wenn sich hier nur edelgesinnte Männer und Frauen mit geistiger Größe und echter Humanitätsgesinnung zusammenfänden, die sich den Interessen des eigenen Volkes und der Gesamtheit der Völker in ihren breitesten Schichten mehr verpflichtet fühlten, als den Sonderinteressen in den oberen Regionen. Wir wissen alle, daß dies nicht der Fall ist. So bleibt uns nur übrig, unser Ja und unser Nein klar auszusprechen. Dabei wird unser Nein in erster Linie jene Politiker treffen, die sich aus der Erstarrung ihrer politischen Begriffswelt nicht lösen können, denn die unfruchtbare Politik der „gegenseitigen Bedrohung und Einschüchterung und der ewigen Erpressungsversuche", die nur ständig neue Spannungen schafft und die Probleme verschärft, statt sie einer möglichen Lösung zuzuführen, muß nach so vielen verlorenen Jahren nun ein Ende nehmen. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Entspannung in Europa liegt nicht nur in unserem Interesse; sie ist auch notwendig für eine friedliche Entwicklung in der Welt.

---

daß Kuby die gegenwärtigen deutschen Machthaber als dem Frieden in der Welt mehr oder weniger hinderlich betrachtet. Seine Betrachtungen sind reich an unorthodoxen Gedanken etwa folgender Art:

„Die Psychologie kennt diese Methode des Schwachen, sich Macht über die Starken zu verschaffen; der Schwache dient so beflissen, bis der Starke in ein Gespinst kleiner Abhängigkeiten gerät, das er nur entweder eines Tages roh zerreißen kann, oder das ihn selbst in seinen eigenen Handlungen behindert. An diesem Punkt scheinen wir in beiden Deutschland angekommen zu sein, und es wird sich erst zeigen müssen, welche der beiden Schutzmächte sich die größere Unabhängigkeit von ihren Dienern bewahrt hat und das große Ziel Frieden entschlossener über die querelles allemandes stellen wird."

Das äußerst pessimistische Bild, das Kuby zeichnet, verlängert sich bis in die Vision des „militärischen Bruderkusses" von Bundeswehr und Volksarmee, da er fürchtet, bis zum unabsehbaren Tage der Wiedervereinigung könnten sich die p o l i t i s c h e n Kräfte in Deutschland so sehr verbraucht, wenn nicht gar korrumpiert haben, daß nur noch die s o l d a t i s c h e n beim Volke genügend Kredit fänden. Träfe das ein, würde die gewaltsame Zurückgewinnung der an Polen verlorengegange-

Prof. Dr. Dr. H. A. Schweigart

Zur toxischen Gesamtsituation

Der Beitrag des Präsidenten der Internationalen Gesellschaft für Nahrungs- und Vitalstofforschung e. V., Hannover, erhält seine besondere Bedeutung durch den vom 19.—22. September d. J. in Stuttgart-Bad Cannstatt stattfindenden 3. Internationalen Vitalstoff- und Ernährungskonvent.

Auf dem 2. Internationalen Vitalstoff- und Ernährungskonvent in Hannover, der von 840 Gelehrten, Ärzten und im praktischen Leben stehenden Fachexperten sowie zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens besucht wurde, ist folgender Beschluß gefaßt und verkündet worden:

Zum Problem der Fremd- und Giftstoffe der Nahrung

In Angleichung an die Vorschläge des Heidelberger Pharmakologen Prof. Dr. F. Eichholtz zur Lebensmittelgesetzgebung sowie unter Hinweis auf die Freudenstädter Beschlüsse der Internationalen Gesellschaft für Nahrungs- und Vitalstofforschung e. V., Hannover-Kirchrode, Bemeroder Straße 61, vom September 1955 werden die Regierungen der Länder gebeten, folgende Grundforderungen zum Schutz der Menschheit in der Lebensmittelgesetzgebung zu verankern:

a) Gesetzliche Anmeldepflicht für alle Fremdstoffe in der Nahrung einschließlich der Frischhalte- und Konservierungsmittel in Kisten, Packungen und Einwickelpapieren;

b) Verbot aller Zusätze und Fremdstoffe, für welche der Beweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit durch ein internationales Forum der „Food and Agriculture Organization" (FAO) und „World Health Organization" (WHO) nicht erbracht ist;

c) Führung eines überzeugenden Nachweises der technischen Notwendigkeit der Anwendung zweckgebundener Fremdstoffe, damit eine aufzustellende positive Liste so klein wie möglich gehalten werden kann;

d) Deklarationszwang für alle chemischen Zusatzstoffe zu Lebensmitteln, Frischhalte- und Konservierungsmitteln auf Packungen und Einwickelpapieren;

e) Anreicherungen von Lebensmitteln mit natürlichen, wertvollen Nahrungs- und Vitalstoffkonzentraten zur Erlangung hoher physiologischer Wirkung und wertvoller Diätnahrungsmittel müssen ausreichend gekennzeichnet werden;

f) Zulassung eines Hinweises auf Fremdstoff-Freiheit, Vitalstoffwerte der Lebens-

---

nen alten deutschen Ostgebiete sofort in den Bereich des Möglichen aufrücken — und die Konsequenzen wären wieder einmal uferlos.

Eine derart makabre Entwicklung würde allerdings voraussetzen, daß aus dem „großen Weltgeschäft" nichts wird, an das der Verfasser im Grunde fest glaubt und von dem er sich so ziemlich alles verspricht; er meint damit die Verständigung der USA mit der Sowjetunion. Sie schlösse die Garantie ein, daß mittlere und kleine Mächte den Frieden der Welt hinfort nicht mehr ins Wanken bringen könnten.

Wie aber, wenn diese Verständigung eines Tages doch auf der Basis des Status quo in Deutschland erfolgte?

Diese für jeden denkenden deutschen Menschen trotz der damit verbundenen Friedenschance lähmende Frage — deren Berechtigung bisher niemand mit überzeugenden Argumenten bestreiten konnte — brauchte uns nicht zu schrecken, wenn unser Volk in den letzten Jahren sich seiner neueren Geschichte öfter erinnert und unter dem Drucke dieses Menetekels eine andere Politik als die der „mittleren Linie" einfach nicht geduldet hätte. Denn dann sähe jetzt unser Status quo zumindest nicht mehr so aus, daß wir über die von uns selbst perfektionierte Trennlinie hinweg — wie Kuby richtig sagt — als feindliche Brüder „gigantische Minderwertigkeitskomplexe" aneinander abreagieren.

„Aber eines Tages werden sie miteinander reden müssen", die feindlichen Brüder in Bonn und „Pankow" nämlich, fährt

mittel, etwaige physiologisch hochwertige Anreicherungen, schonende Behandlung bei der Be- und Verarbeitung und physiologisch hervorstechende Eigenschaften auf Packungen und Werbematerial;

g) stärkste Förderung der wissenschaftlichen Forschung auf den neuen Gebieten der Nahrungsmittel-Pharmakologie, der Fremdstoffeinflüsse auf den Organismus und der natürlichen Frischwerte der Nahrung.

Konkrete Forderungen

Es ist erforderlich, daß in allen Staaten die Lebensmittelgesetze revidiert und nur noch positive Listen aufgestellt werden, wie es beispielsweise in der Schweiz der Fall ist. Negative Listen machen die Menschheit zum Testobjekt; das ist abzulehnen. Der Mensch darf nicht der Anonymität der Fremdstoffe in der Nahrung ausgesetzt sein.

Die toxische Situation

Die negativen Erscheinungen, die mit der Behandlung der Lebens- und Genußmittel, des Wassers und den Fremdstoffen der Luft auftreten, sind mannigfaltig. Von den akuten Vergiftungen wollen wir nicht sprechen, sondern nur von den Erscheinungen, die zunächst unbemerkt und unspezifisch auftreten. So kommt zur Wirkung der chemischen Substanz auf Nerven, Herz, Gefäße, Atmung, auf das gastro-intestinale System und die Haut noch ein zusätzlicher Effekt, welcher auf der gegenseitigen Aktivierung der Substanzen beruht. Einerseits kann Resorptionsbehinderung der Vitalstoffe aus der Nahrung auftreten; andererseits kann eine Wirkung auf die Aktivität der Enzymsysteme und Inhibierung ihrer Reaktionsbereitschaft ebenso eintreten wie Superaktivität, die wir schon von hormonalen Systemen kennen. Es können Vitalstoffe total zerstört werden, z. B. das Vitamin B 1 durch schweflige Säure, die Panthotensäure durch Salizylsäure, das Vitamin B 6 durch Borsäure. Substanzen können ständig abgelagert werden und nach Überschreiten einer gewissen Konzentration ihre Giftwirkung ausüben. So kommt es zu chronischen Vergiftungen, die im Verlaufe der letzten Jahre an verschiedenen Beispielen nachgewiesen werden konnten.

Es treffen sich im Raum

Kumulationsgifte, die eine Allobiose (Kumulation der Wirkungen im Gegensatz zur Kumulation der Stoffe) herbeiführen, z. B. DDT;

Akute Gifte in kleinen Mengen — zur Erläuterung seien Atmungsgifte genannt —, ferner

Summationsgifte, die vielfach in Lebensmitteln enthalten sind, und endlich

Sekundärgifte, welche als Ergebnis von Unverträglichkeiten zweier oder mehrerer chemischer Substanzen eine Giftwirkung produzieren.

Kuby gleich danach fort. So will es auch dem Rezensenten scheinen. Wir werden miteinander reden, sobald wir die „mittlere Linie" gefunden haben; nur wird unsere fernere Selbstachtung davon bestimmt bleiben, ob wir es auf Befehl der Stärkeren oder aus eigenem Entschluß getan haben.

Kuby läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er diesem „eigenen deutschen Entschluß" kaum noch Aussichten einräumt; und hier verspürt man — ausgelöst von der natürlichen Liebe zum eigenen Volk — den Wunsch, ihm zu widersprechen. Die Hoffnung, er könnte in der Traditionsreihe der deutschen Schwarzseher der erste sein, der z u schwarz sieht, gründet sich jedoch nicht auf Wünsche allein, sondern auch auf den Eindruck, daß — umgelegt auf ganz Deutschland — die Kräfte der Mäßigung relativ stärker sind als je zuvor, — freilich noch lange nicht stark genug.

Das erregende Werk trägt den Untertitel „70 Millionen in zwei Wartesälen". Wer sich in einem Wartesaal befindet, braucht — das sollten gerade wir Deutschen noch wissen — dort nicht unbedingt zu sein, weil er verreisen will, sondern er kann auch obdach- oder heimatlos geworden sein und nun dort Zuflucht suchen.

Wie wenig fehl am Platze es ist, auf diesen schaurigen Doppelsinn hinzuweisen, wird man zugeben, wenn man nach diesen wenigen Anmerkungen Erich Kubys Buch „Das ist des Deutschen Vaterland" selbst zur Hand nimmt und Seite um Seite durchliest — und sei es nur mit einem Bruchteil jenes Ernstes, mit dem es geschrieben worden ist.

Johannes Weidenheim

Dr. Georg Gröninger

Irrwege der Außenpolitik

Mit der kommenden Wahl sind wir vor entscheidende Lebensfragen gestellt. Die große Schwierigkeit liegt darin, daß die Bundesrepublik Deutschland seit 1950 mit der Politik der Wiederaufrüstung dem Gang der Dinge eine Wendung und Ausrichtung gegeben hat, die den wahrhaftigen Interessen unseres Volkes und seiner — für uns und die Welt — notwendigen Einheit entgegengesetzt ist. Dabei treten vor allem drei Grundfehler hervor, die den negativen Charakter unserer Politik bedingen und die Keime für Fehlentschlüsse und damit für Mißerfolg, Isolierung und Gefährdung unseres Vaterlandes in sie hineintragen:

1. Der Rückfall in die destruktiven Gedankengänge unserer jüngsten politischen Vergangenheit — das Denken in dem zersetzenden Freund-Feind-Gegensatz unter dem „Schutz" und unter der Drohung mit militärischer Stärke;
2. Die Verkennung der politischen Realität — das sinnlose Sträuben gegen weltpolitische Notwendigkeiten, wie sie sich aus der Gefahr radikalster Vernichtungsmöglichkeiten ergeben, und die Vernachlässigung der humanitären und sittlichen Pflichten gegenüber dem gerade auf unserem Kontinent aufs höchste gefährdeten Lebensrecht des Menschen;
3. Die Verschwendung von Milliarden vom Volke erarbeiteter Werte an die „Aufrüstung" — eine Aufrüstung im Geist und im Stil sinnlos gewordener und überholter Machtbegriffe, die deshalb für uns keine Verteidigung, sondern eine Gefährdung ist und sich der Wiedervereinigung entgegenstellt.

Zu diesen drei Punkten kommt noch ein vierter, der gerade in einem „christlichen" Lande nicht ohne Belang sein sollte:

4. Das Unvermögen der Kirchen, vom Christentum her den Menschen und das öffentliche Leben so zu durchdringen, daß der Aufbau einer neuen Ordnung sich uneingeschränkt auf den sittlichen Grundlagen solcher religiösen Haltung vollziehen mußte.

In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch war es auch den führenden Kreisen unseres Volkes voll bewußt, daß die bisherige „Politik" für alle Zeiten ein Ende haben müsse. In aller Deutlichkeit wurde dies auch vor aller Welt bekundet; hatte doch der politische und menschliche Nihilismus des Hitlerreiches unser Land in schwersten Verfall gestürzt.

Trotz dieser bitteren Erfahrungen aus zwei Weltkriegen hat die Politik des 20. Jahrhunderts es bis auf den heutigen Tag nicht vermocht, die negativ-destruktiven Grundlinien unter dem Aspekt der Herrschaft durch Gewalt und unter dem Aspekt der politischen Auseinandersetzung vor dem demonstrativen Hintergrund der Gewalt aufzugeben.

---

in der Bundesrepublik und in der DDR ist weder vollständig, noch will er das sein; aber er ist der bisher vollständigste. Es wohnt ihm die Kraft eines gut gebauten zeit- und gesellschaftskritischen Schauspiels inne, hinter dessen Folie aus scheinbar persönlichen Schicksalen das Wesen der Epoche sichtbar werden muß, wenn es geraten sein soll. Kuby kann für sein Buch ein so hohes Maß an allgemeiner Gültigkeit um so eher beanspruchen, als das Anekdotenhafte und Episodische darin von gediegenen Untersuchungen und Analysen geschichtlicher und gesellschaftlicher Art und die bloße Mitteilung der Tatbestände von sprachlicher Verdichtung überboten werden. Hier ist durch eine glückliche Verbindung von journalistischer Neugierde, publizistischer Seriosität und schriftstellerischer Feinheit ein Opus zustandegekommen, das zur großen Reportageliteratur gezählt werden kann und einen Deutschen mit der leider zur Überraschung gewordenen Erkenntnis erfreut, daß die Sehschärfe etwa eines Egon Erwin Kisch unter uns noch nicht völlig dahingeschwunden ist. So bestrickt denn das Buch vor allem vermöge seiner hohen „clarté" — auch dies allerdings wieder Grund genug, für sein Echo zu fürchten, denn die Tugend des un-

Indem Deutschland in seinen beiden Teilen sich wider sein nationales Gewissen dieser „Politik der Stärke" in die Arme warf, verscherzte es sich in den vergangenen Jahren eine Reihe realer politischer Möglichkeiten, der Wiedervereinigung näherzukommen, die in Verbindung mit einem Friedensvertrag allein die staatsrechtlichen und politischen Voraussetzungen zu schaffen vermag für eine sinnvolle und der friedlichen Entwicklung dienende Politik eines wirklich souveränen — von Besatzungstruppen freien — neuen deutschen Staatswesens. Wenn wir heute erkennen, daß der abgrundtiefe Dualismus zwischen den Siegerstaaten des zweiten Weltkrieges erschreckend große Gefahren in der Welt auftürmt, so müssen wir um so mehr sehen, wie besonders gefährdet unser Land und seine Menschen sind, und wie allein daraus die Notwendigkeit einer eigenen und auf unsere nationalen friedlichen Ziele ausgerichteten Politik sich ergibt. Der Bundeskanzler und seine Regierung haben die Initiative hierzu nicht entwickelt. Das Äußerste, was wir zugestehen können, mag sein, daß seinerzeit die Bundesregierung willig daran glaubte, daß die „Macht des Westens" die deutschen Dinge zum Guten wenden könne. Heute ist es offensichtlich, daß die mit dem Memorandum des Kanzlers vom August 1950 über Nacht über uns hereingebrochene Idee der Aufrüstung ein verhängnisvoller Rückfall war, Tragik und Unglück zugleich, da unser Volk nach schwerer Demütigung aus eigener Schuld und trotz besten Willens zur Umkehr, wie man dies als erstes durch die „re-education" von ihm verlangte, nun von neuem in das Joch der Waffen gespannt wurde. Es war — das dürfen wir nie vergessen! — eine Aufrüstung für f r e m d e Interessen. Zu den Gesichtspunkten des Machtzuwachses im Militärbereich des Westens und der strategischen Bedeutung des westdeutschen Raumes trat noch die Überlegung hinzu, daß die Bundesrepublik gerade infolge des Fehlens von Rüstungslasten wirtschaftlich unerwartet aufblühe und daß gerade deshalb der Druck von Rüstungslasten geeignet sei, die unerwünschte Wettbewerbsbeteiligung auf dem Weltmarkt kleinzuhalten — ganz abgesehen von den Riesengewinnen, die internationale Kapitalkreise im Ausland durch die deutsche Aufrüstung erzielen.

•

Es ist eine bedenkliche, vielleicht sogar tödliche Rückständigkeit in unserem Schauen und Planen, daß wir trotz umstürzender grundlegender Veränderungen in unserer technischen Umwelt keine geistigen und ethischen Konsequenzen daraus gezogen haben, daß wir in der Politik keine Denkformen zugrundelegen, die dieser fundamentalen Veränderung der Verhältnisse irgendwie Rechnung tragen. Dabei drängen Natur und Vernunft geradezu hin zu diesen neuen Wegen, ja, in der ganzen Welt werden diese Notwendigkeiten erkannt und gefordert. Nur im abendländischen Westen will die Politik dem Geist der Restaurationsideen des 19. Jahrhunderts und des „Heiligen römischen Reiches" verhaftet bleiben. Es ist aber eine durch die Geschichte erwiesene Tatsache, daß diese Politik zuerst in dem historischen Raum der deutschen Kleinstaaten und dann in dem erweiterten Feld der Nationen Europas gründlich versagt hat. In der heutigen Politik aber, in der Kontinente als Weltgruppen einander gegenüberstehen und das Schicksal

---

bestechlichen Blickes gehört bei uns traditionsgemäß nicht zu den beliebten Eigenschaften eines Autors.

Kuby beschäftigt sich erstens mit den Dingen, wie sie im Augenblick in beiden deutschen Staaten liegen, und zweitens damit, wie die Dinge voraussichtlich am Tage X und danach, also nach der mutmaßlich eines Tages trotz allem eintreffenden Verschmelzung der beiden Teilstaaten in ein neues Ganzes, liegen werden; und es ist für seinen im besten Sinne vereinfachenden, gänzlich unakademischen, direkten Stil kennzeichnend, daß er das erste prägnant „die kleine Lage", das andere „die große Lage" nennt. Für uns in der Bundesrepublik stellt das Elaborat ferner einen ebenso fesselnden wie schmerzlichen Abriß alles dessen dar, was ganz anders gekommen ist, als unsere Intelligenz — und nicht nur sie allein — es sich nach der Stunde Null am 8. Mai 1945 vorgestellt und erstrebt hat.

Die „kleine Lage" ist aus der deutschen Geschichte der letzten 80 Jahre folgerichtig hervorgegangen; dessen ungeachtet, bezeichnet sie im Existenzablauf des deutschen Volkes nichts mehr, aber auch nichts weniger als einen Übergang. Dessen Bedeutung für die Zukunft liegt auf der Hand: auch im Leben des Individuums ist die jeweils letzte Wachstumsphase für die fol-

der Welt zur Einheit geworden ist, kann restauratives Denken nur zum Verderben sein. Daß die geistige Elite der „abendländischen" Wissenschaft und Weisheit, nach dem Elend und dem ungeheuerlichen Blutvergießen des zweiten Weltkrieges, es nicht zustande gebracht hat, konstruktive Gedanken einer die ganze Menschheit umfassenden Politik der Verständigung und des Nebeneinanderlebens in Verbindung mit einer schöpferischen Neuordnung der Beziehungen der Völker zueinander zu entwickeln und zu realisieren, kann nur als ein bitteres Versagen gebrandmarkt werden.

Um der Gefahr einer atomaren Vernichtung vorzubeugen, sind aber neue und zeitgemäße Wege erforderlich. Es zeigt den denkbar schlimmsten Tiefstand unserer so sehr gepriesenen christlich-abendländischen Kultur an, daß ihre Geisteswelt in die rohesten Exzesse sadistischer Menschenvernichtung — schlimmer als in den Zeiten der Ketzer- und Glaubensverfolgung — zurückfallen konnte. Dieser Umstand allein hätte genügen müssen, vor einer Wiederaufrüstung im alten Stil zurückzuschrecken und ihren schlimmsten „Erfolg" zu vermeiden: daß nämlich der Geist, der so unsägliches Unheil und Elend heraufbeschworen hat, in der politischen Neuerweckung von heute eine nachträgliche Billigung und neue Nahrung gefunden hat. Das ist schmerzlich; aber leider ist es so. Wer zu den Gewaltakten Hitlers stand, zählt heute oftmals mehr als andere, die damals wie heute die Gewalt aus Vernunft- und Gewissensgründen und aus einer ganz selbstverständlichen Humanitätsgesinnung heraus ablehnen.

Man soll den Rüstungsfreunden vor den Wahlen ganz deutlich sagen, daß sie sich auf einem überaus gefährlichen Weg befinden, daß sie dabei Wesen und Ziele einer heute notwendigen deutschen Politik völlig verkennen. Gerade diejenigen unter ihnen, denen das nationale Wohl am Herzen liegt, müssen bei klarer Überlegung zu der Erkenntnis gelangen, daß sie unserem Volk und damit auch sich selbst den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie durch ihre Stimmabgabe diesen offensichtlichen Irrweg der deutschen Außenpolitik unterstützen.

Nachdem es feststeht, daß man mit Atomwaffen und atomaren Mitteln ganze Länder und Kontinente vernichten und verseuchen kann, ist dadurch eine Situation geschaffen worden, der sich die Politik — soll sie überhaupt für ein Volk noch Sinn und Zweck haben — als gegebene Tatsache genau so einordnen muß wie geopolitische und andere Gegebenheiten. Niemals kann die Politik eine Entscheidungsbefugnis darüber haben, ob sie den Möglichkeiten der Menschheitsvernichtung Raum geben will oder nicht. Daß wir überhaupt in solche Lebensnot gekommen sind, ist der fortwirkende Fluch von Haß und Gewalt aus den letzten Kriegen und das Zeichen einer maßlosen politischen Verwilderung. Deswegen waren und sind die Atomforscher als die einzig berufenen S a c h v e r s t ä n d i g e n voll im Recht mit ihrer Warnung vor dem Ausmaß der Gefahren, das heute Politiker gegen den Willen ihrer Völker durch ihr irregehendes Handeln heraufbeschwören!

Ein ganz offensichtlicher negativer Erfolg unserer begonnenen Wiederaufrüstung ist die erhebliche Erschwerung und Verzögerung unserer Wiedervereinigung. Jeder der ver-

---

gende bestimmend. Mit anderen Worten: wie das Deutschland von morgen, das wieder vereinigte — mag es sich nun „Reich" oder sonstwie nennen — in Wirklichkeit, das heißt: in der Auffassung und Betätigung seiner Bürger aussehen wird, das bildet sich bereits heute „in nuce" vor.

Und dieses Heute ist verfahren genug, hier wie drüben. Nimmt man das zurückliegende Jahrzehnt als die erste Runde im Kampf um Deutschlands neue Gestalt, so hat jedenfalls diese erste Runde weder in der Bundesrepublik die Freiheit noch in der DDR der Sozialismus gewonnen. Während bei uns die Menge geradezu manisch mit dem verdummenden Konsum-Spiel beschäftigt ist und sich ohne nennenswerten Widerstand den Floh eines Militarismus in den attraktiven Pelz setzen ließ, der allein schon durch seine Personalpolitik in den oberen Rängen als reaktionär entlarvt wird, wächst in der DDR unter der Haut ein Nationalismus heran, der ebenfalls nicht als fortschrittlich bezeichnet werden kann. So sieht der Verfasser, wohin er blickt, kaum etwas anderes als die vertane Chance, nach zwei überwiegend von Deutschland verursachten und von diesem beide Male verlorenen Weltkriegen bis auf den Grund Besinnung zu üben — was 1945 viel leichter gewesen wäre als 1918, ja sogar im Ansatz vorhanden war — und ein

antwortlichen Politiker der Bundesregierung weiß, daß die stets von neuem unverändert vorgetragenen Punkte zur „Wiedervereinigung" unreal sind und nur auf Ablehnung stoßen können. Zum Teil geben die Verantwortlichen selbst zu, daß sie in einer Gasse der Ratlosigkeit stecken. Es ist auffallend, wie wenig in den beiden Legislaturperioden des Bundestages und von der durch ihn berufenen Bundesregierung für die Wiedervereinigung praktisch getan wurde — im Gegensatz zu der rastlos und wie besessen durchgepeitschten Aufrüstung. Der Hinweis auf die Gefahr im Osten kann diese nicht rechtfertigen. War es nicht Hitler, der mit deutschen Armeen das ihm verbündete Rußland überfallen und in große Not gebracht hat? Und waren es nicht die USA, die nach Beendigung des zweiten Weltkrieges die Sowjetunion durch die Weiterentwicklung und Produktion von Atomwaffen immer mehr unter Druck setzten, bis sie 1953 selbst die Wasserstoffbombe entwickelt hatte? Sind nicht gerade wir Deutschen jetzt durch unsere Aufrüstung mehr und mehr in den Mittelpunkt aller Gefahren gerückt? Es war eine grundlegende politische Torheit, in unserem zweigeteilten und zerstückelten Lande im „Bündnis" mit den Westmächten die Russen derart herauszufordern, so daß die Möglichkeiten wirklich erfolgreicher Verhandlungen über ein neues Gesamtdeutschland von Tag zu Tag mehr erschwert sind und die beiden deutschen Teilstaaten sich durch die Verschärfung der Gegensätze immer weiter voneinander entfernen.

Die Unsicherheit und Unsachlichkeit, mit der diese Politik von der Bundesrepublik heute betrieben wird, wird unter anderem durch die Tatsache belegt, daß man der Bildung jeder anderen Meinung sofort entgegenwirkt, wie dies sogar bei dem Warnruf der Atomforscher zu sehen war, und daß man eine echte Auseinandersetzung in freier politischer Bahn vermeidet.

•

Aus dieser prekären politischen Lage heraus läßt sich erklären, warum die Regierungsparteien darauf ausgehen, die Wahldebatten in allgemeinsten Redewendungen über „christliche Politik", Christentum, Religion und Kommunismus zu führen. Denn es dürfte ihnen schwer fallen, wenn nicht unmöglich sein, ernsthafte sachliche Gründe für die übereilte Aufrüstung und die vernachlässigte Wiedervereinigung zu finden. Aber selbst die taktisch vorgeschützten christlichen Belange — seien sie auch von kirchlicher Seite willkommen geheißen — können diese Außenpolitik nicht rechtfertigen; denn die Kirchen selbst haben im Verlauf von Jahrhunderten durch ihre machtpolitische Einstellung bei fortschreitender Verweltlichung dem christlichen Geist bis zur Zersetzung christlicher Wertbegriffe Abbruch getan. Und zwar in einer Weise, daß ein führender katholischer Theologe wie F. J. Sheen sagt, daß heute „die westliche Welt versucht, die Früchte des Christentums zu konservieren, nachdem sie die Wurzeln ausgerissen hat". Hat nicht das Christentum im politischen Leben Besseres zu bieten, als zum geistigen Rüstzeug für die Aufrüstung gemacht zu werden? Vergessen wir auch nicht, daß vor allem die römische Kirche — auch heute und nach alter Gewohnheit — ihre kirchenpolitischen Ziele im Anschluß an weltliche Mächtegruppen und mit deren Machtmitteln durchzusetzen sucht. Solche Kirchenpolitik ist der werdenden Völker- und Welt-Gemeinschaft nachteilig; sie

---

für allemal eine Lebensführung (und damit auch Politik) der „mittleren Linie" unter den Deutschen heimisch zu machen — ihnen selbst und allen ihren Nachbarn zum Segen.

Daß es nicht so gekommen ist, sondern daß Deutschland in zwei extrem gegeneinander gerichtete, feindlichen Militärblökken als Hauptstützen eingegliederte Teile zerfallen und damit wieder zu einem Herd der Spannungen werden mußte, kommt zwar zunächst in die Verantwortung der Sieger, — und zwar, wie Kuby uns erinnert, in die Verantwortung der Westmächte mehr als in die der Sowjets, weil diese (durch Stalin) in Potsdam die Theorie eines einheitlichen Staates entwickelten — ohne natürlich durchzudringen, denn die Amerikaner witterten dahinter sehr wohl Stalins Wunsch nach Ausdehnung seines Mitspracherechts über das Ruhrgebiet (ohne zu bedenken, daß umgekehrt ihnen in diesem Falle ein Mitspracherecht auch in Thüringen und Sachsen, der Mark Brandenburg und Mecklenburg in Aussicht gestanden hätte!).

Von dem Augenblick an freilich, als die Alliierten die Deutschen zur Mitverwaltung heranzogen, datiert auch deren M i t v e r a n t w o r t u n g; diese nahm von Jahr zu Jahr zu und hat heute immerhin einen Umfang erreicht — auch in der DDR —, der ausreicht, den Leser verstehen zu machen,

trägt dazu bei, die Gegensätze zu vertiefen. Wir leben aber tatsächlich bereits in der Welteinheit — besitzen wir doch bereits die teuflische Gewalt, die ganze Menschheit der Erde, niemand ausgenommen, zu vernichten —, und nun kann es sich nicht mehr um Machtvorrechte eines Staates, einer Völkergruppe oder einer Kirche handeln, sondern nur um die Einordnung aller mit ihrem natürlichen Lebensrecht in die Existenz des Ganzen — also um die echte Koexistenz.

In der entscheidenden Stunde nach 1945 haben die Kirchen ihre große Aufgabe versäumt, vor dem geistigen und seelischen Nichts einer total zerstörten Kultur zu den sittlichen Fundamenten einer neuen Gemeinschaftsordnung aus dem Wesen reinen Christentums beizutragen. Die ganze europäische Menschheit hat in ihrer trostlosen Verlassenheit auf eine solche aktive erlösende Handlung gehofft und gewartet. Die große Stunde blieb ungenutzt. Der „dies irae" mag weiter wüten und noch schlimmeres Grauen über die verratene Menschheit bringen. Wohl der schwerste Schlag gegen eine neue Ordnung war es, als von oberster katholischer Kirchenstelle in Deutschland das Wort gesprochen wurde, daß die Staaten, in denen „die Gottesordnung bedroht und angegriffen ist", vor Gott das Recht, ja die Pflicht hätten, „selbst mit Waffengewalt diese Ordnung wiederherzustellen". Das war eine bittere Enttäuschung für jeden ernst und christlich denkenden Menschen. Wie wenig kann eine solcherart militante Kirche ihrer großen menschlichkeitsverbindenden und Friede auf Erden kündenden Sendung gerecht werden, wie wenig kann sie dem Hochziel hierarchischer Aufgaben in dieser Welt des Hasses und des Mißtrauens dienen! Wird nicht so wertvollste christliche Substanz geopfert und Mitschuld geboren an dem Zerfall und der Not des „christlichen Abendlandes" und an der Verwilderung seiner Sitten und Lebensformen?

Wir brauchen uns unseres Christentums wirklich nicht zu rühmen. Blicken wir gerade jetzt im Wahlkampf einmal h i n t e r die christlich klingenden Argumente der Politiker der „christlichen" Front! Wir könnten gut auf alle weltanschaulichen und religiösen Beteuerungen in der Politik verzichten, wenn sich hier nur edelgesinnte Männer und Frauen mit geistiger Größe und echter Humanitätsgesinnung zusammenfänden, die sich den Interessen des eigenen Volkes und der Gesamtheit der Völker in ihren breitesten Schichten mehr verpflichtet fühlten, als den Sonderinteressen in den oberen Regionen. Wir wissen alle, daß dies nicht der Fall ist. So bleibt uns nur übrig, unser Ja und unser Nein klar auszusprechen. Dabei wird unser Nein in erster Linie jene Politiker treffen, die sich aus der Erstarrung ihrer politischen Begriffswelt nicht lösen können, denn die unfruchtbare Politik der „gegenseitigen Bedrohung und Einschüchterung und der ewigen Erpressungsversuche", die nur ständig neue Spannungen schafft und die Probleme verschärft, statt sie einer möglichen Lösung zuzuführen, muß nach so vielen verlorenen Jahren nun ein Ende nehmen. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Entspannung in Europa liegt nicht nur in unserem Interesse; sie ist auch notwendig für eine friedliche Entwicklung in der Welt.

---

daß Kuby die gegenwärtigen deutschen Machthaber als dem Frieden in der Welt mehr oder weniger hinderlich betrachtet. Seine Betrachtungen sind reich an unorthodoxen Gedanken etwa folgender Art:

„Die Psychologie kennt diese Methode des Schwachen, sich Macht über die Starken zu verschaffen; der Schwache dient so beflissen, bis der Starke in ein Gespinst kleiner Abhängigkeiten gerät, das er nur entweder eines Tages roh zerreißen kann, oder das ihn selbst in seinen eigenen Handlungen behindert. An diesem Punkt scheinen wir in beiden Deutschland angekommen zu sein, und es wird sich erst zeigen müssen, welche der beiden Schutzmächte sich die größere Unabhängigkeit von ihren Dienern bewahrt hat und das große Ziel Frieden entschlossener über die querelles allemandes stellen wird."

Das äußerst pessimistische Bild, das Kuby zeichnet, verlängert sich bis in die Vision des „militärischen Bruderkusses" von Bundeswehr und Volksarmee, da er fürchtet, bis zum unabsehbaren Tage der Wiedervereinigung könnten sich die p o l i t i s c h e n Kräfte in Deutschland so sehr verbraucht, wenn nicht gar korrumpiert haben, daß nur noch die s o l d a t i s c h e n beim Volke genügend Kredit fänden. Träfe das ein, würde die gewaltsame Zurückgewinnung der an Polen verlorengegange-

Prof. Dr. Dr. H. A. Schweigart

Zur toxischen Gesamtsituation

Der Beitrag des Präsidenten der Internationalen Gesellschaft für Nahrungs- und Vitalstofforschung e. V., Hannover, erhält seine besondere Bedeutung durch den vom 19.—22. September d. J. in Stuttgart-Bad Cannstatt stattfindenden 3. Internationalen Vitalstoff- und Ernährungskonvent.

Auf dem 2. Internationalen Vitalstoff- und Ernährungskonvent in Hannover, der von 840 Gelehrten, Ärzten und im praktischen Leben stehenden Fachexperten sowie zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens besucht wurde, ist folgender Beschluß gefaßt und verkündet worden:

Zum Problem der Fremd- und Giftstoffe der Nahrung

In Angleichung an die Vorschläge des Heidelberger Pharmakologen Prof. Dr. F. Eichholtz zur Lebensmittelgesetzgebung sowie unter Hinweis auf die Freudenstädter Beschlüsse der Internationalen Gesellschaft für Nahrungs- und Vitalstofforschung e. V., Hannover-Kirchrode, Bemeroder Straße 61, vom September 1955 werden die Regierungen der Länder gebeten, folgende Grundforderungen zum Schutz der Menschheit in der Lebensmittelgesetzgebung zu verankern:

a) Gesetzliche Anmeldepflicht für alle Fremdstoffe in der Nahrung einschließlich der Frischhalte- und Konservierungsmittel in Kisten, Packungen und Einwickelpapieren;

b) Verbot aller Zusätze und Fremdstoffe, für welche der Beweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit durch ein internationales Forum der „Food and Agriculture Organization" (FAO) und „World Health Organization" (WHO) nicht erbracht ist;

c) Führung eines überzeugenden Nachweises der technischen Notwendigkeit der Anwendung zweckgebundener Fremdstoffe, damit eine aufzustellende positive Liste so klein wie möglich gehalten werden kann;

d) Deklarationszwang für alle chemischen Zusatzstoffe zu Lebensmitteln, Frischhalte- und Konservierungsmitteln auf Packungen und Einwickelpapieren;

e) Anreicherungen von Lebensmitteln mit natürlichen, wertvollen Nahrungs- und Vitalstoffkonzentraten zur Erlangung hoher physiologischer Wirkung und wertvoller Diätnahrungsmittel müssen ausreichend gekennzeichnet werden;

f) Zulassung eines Hinweises auf Fremdstoff-Freiheit, Vitalstoffwerte der Lebens-

---

nen alten deutschen Ostgebiete sofort in den Bereich des Möglichen aufrücken — und die Konsequenzen wären wieder einmal uferlos.

Eine derart makabre Entwicklung würde allerdings voraussetzen, daß aus dem „großen Weltgeschäft" nichts wird, an das der Verfasser im Grunde fest glaubt und von dem er sich so ziemlich alles verspricht; er meint damit die Verständigung der USA mit der Sowjetunion. Sie schlösse die Garantie ein, daß mittlere und kleine Mächte den Frieden der Welt hinfort nicht mehr ins Wanken bringen könnten.

Wie aber, wenn diese Verständigung eines Tages doch auf der Basis des Status quo in Deutschland erfolgte?

Diese für jeden denkenden deutschen Menschen trotz der damit verbundenen Friedenschance lähmende Frage — deren Berechtigung bisher niemand mit überzeugenden Argumenten bestreiten konnte — brauchte uns nicht zu schrecken, wenn unser Volk in den letzten Jahren sich seiner neueren Geschichte öfter erinnert und unter dem Drucke dieses Menetekels eine andere Politik als die der „mittleren Linie" einfach nicht geduldet hätte. Denn dann sähe jetzt unser Status quo zumindest nicht mehr so aus, daß wir über die von uns selbst perfektionierte Trennlinie hinweg — wie Kuby richtig sagt — als feindliche Brüder „gigantische Minderwertigkeitskomplexe" aneinander abreagieren.

„Aber eines Tages werden sie miteinander reden müssen", die feindlichen Brüder in Bonn und „Pankow" nämlich, fährt

mittel, etwaige physiologisch hochwertige Anreicherungen, schonende Behandlung bei der Be- und Verarbeitung und physiologisch hervorstechende Eigenschaften auf Packungen und Werbematerial;

g) stärkste Förderung der wissenschaftlichen Forschung auf den neuen Gebieten der Nahrungsmittel-Pharmakologie, der Fremdstoffeinflüsse auf den Organismus und der natürlichen Frischwerte der Nahrung.

Konkrete Forderungen

Es ist erforderlich, daß in allen Staaten die Lebensmittelgesetze revidiert und nur noch positive Listen aufgestellt werden, wie es beispielsweise in der Schweiz der Fall ist. Negative Listen machen die Menschheit zum Testobjekt; das ist abzulehnen. Der Mensch darf nicht der Anonymität der Fremdstoffe in der Nahrung ausgesetzt sein.

Die toxische Situation

Die negativen Erscheinungen, die mit der Behandlung der Lebens- und Genußmittel, des Wassers und den Fremdstoffen der Luft auftreten, sind mannigfaltig. Von den akuten Vergiftungen wollen wir nicht sprechen, sondern nur von den Erscheinungen, die zunächst unbemerkt und unspezifisch auftreten. So kommt zur Wirkung der chemischen Substanz auf Nerven, Herz, Gefäße, Atmung, auf das gastro-intestinale System und die Haut noch ein zusätzlicher Effekt, welcher auf der gegenseitigen Aktivierung der Substanzen beruht. Einerseits kann Resorptionsbehinderung der Vitalstoffe aus der Nahrung auftreten; andererseits kann eine Wirkung auf die Aktivität der Enzymsysteme und Inhibierung ihrer Reaktionsbereitschaft ebenso eintreten wie Superaktivität, die wir schon von hormonalen Systemen kennen. Es können Vitalstoffe total zerstört werden, z. B. das Vitamin B 1 durch schweflige Säure, die Panthotensäure durch Salizylsäure, das Vitamin B 6 durch Borsäure. Substanzen können ständig abgelagert werden und nach Überschreiten einer gewissen Konzentration ihre Giftwirkung ausüben. So kommt es zu chronischen Vergiftungen, die im Verlaufe der letzten Jahre an verschiedenen Beispielen nachgewiesen werden konnten.

Es treffen sich im Raum

Kumulationsgifte, die eine Allobiose (Kumulation der Wirkungen im Gegensatz zur Kumulation der Stoffe) herbeiführen, z. B. DDT;

Akute Gifte in kleinen Mengen — zur Erläuterung seien Atmungsgifte genannt —, ferner

Summationsgifte, die vielfach in Lebensmitteln enthalten sind, und endlich

Sekundärgifte, welche als Ergebnis von Unverträglichkeiten zweier oder mehrerer chemischer Substanzen eine Giftwirkung produzieren.

Kuby gleich danach fort. So will es auch dem Rezensenten scheinen. Wir werden miteinander reden, sobald wir die „mittlere Linie" gefunden haben; nur wird unsere fernere Selbstachtung davon bestimmt bleiben, ob wir es auf Befehl der Stärkeren oder aus eigenem Entschluß getan haben.

Kuby läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er diesem „eigenen deutschen Entschluß" kaum noch Aussichten einräumt; und hier verspürt man — ausgelöst von der natürlichen Liebe zum eigenen Volk — den Wunsch, ihm zu widersprechen. Die Hoffnung, er könnte in der Traditionsreihe der deutschen Schwarzseher der erste sein, der z u schwarz sieht, gründet sich jedoch nicht auf Wünsche allein, sondern auch auf den Eindruck, daß — umgelegt auf ganz Deutschland — die Kräfte der Mäßigung relativ stärker sind als je zuvor, — freilich noch lange nicht stark genug.

Das erregende Werk trägt den Untertitel „70 Millionen in zwei Wartesälen". Wer sich in einem Wartesaal befindet, braucht — das sollten gerade wir Deutschen noch wissen — dort nicht unbedingt zu sein, weil er verreisen will, sondern er kann auch obdach- oder heimatlos geworden sein und nun dort Zuflucht suchen.

Wie wenig fehl am Platze es ist, auf diesen schaurigen Doppelsinn hinzuweisen, wird man zugeben, wenn man nach diesen wenigen Anmerkungen Erich Kubys Buch „Das ist des Deutschen Vaterland" selbst zur Hand nimmt und Seite um Seite durchliest — und sei es nur mit einem Bruchteil jenes Ernstes, mit dem es geschrieben worden ist.

Johannes Weidenheim

Der Arzt wird auf Grund seiner Ausbildung sorgsam auf solche Unverträglichkeiten achten und hinweisen. Der Lebensmittelfachmann, ein totaler Laie auf diesem Gebiet, kann mixen, wie er will, und damit unbewußt unvorstellbaren Schaden anrichten.

Alle diese Gifte sind schließlich Zellblockadesubstanzen, d. h. Substanzen, welche die Vitalstoffreaktion blockieren. Die „toxikologische Resultante", ein Begriff, den Eichholtz eingeführt hat, ist für die Gesamtsituation entscheidend, jedoch ebenso bedeutsam ist die Konzentration. Mit der Bagatellisierung, es handele sich „nur um verschwindend kleine Mengen", ist es nicht getan. Die Biologie beginnt erst bei den Vitalstoffen interessant zu werden, wie wir das aus der Spurenelementforschung wissen. Aber auch auf dem organisch-chemischen Gebiet liegen genügend Anhaltspunkte vor, die den Schluß zulassen, daß die Konzentrationsbereiche zwischen 10^{-6} bis 10^{-10} bei der Erforschung der Reaktionssubstanz entscheidend ins Gewicht fallen.

Wenn wir nun in Betracht ziehen, daß — wie in der Bundesrepublik Deutschland — tausend fremde Substanzen mit der Nahrung, dem Wasser und der Luft auf verschiedenste Weise in Berührung kommen und auch zum großen Teil in sie hineingearbeitet werden, so ergibt sich daraus eine toxische Gesamtsituation, welcher der Verbraucher ausgesetzt ist wie der ahnungslose Fisch in einem durch tausend chemisch-toxische Stoffe verseuchten Fluß, in dem er zu Krankheiten und Tod verurteilt ist.

Wer nun chemische Substanzen für Lebensmittelzwecke herstellt, propagiert und in den Verkehr bringt, reiht sich in erster Linie in die toxische Gesamtsituation ein, gleichgültig, ob mit einer oder mit hundert Substanzen. Er nimmt damit an der Verantwortung teil und setzt sich infolgedessen — um mit Eichholtz zu sprechen — der „toxischen Kritik" aus. Er ist ebenso beteiligt wie die Hersteller von Motorantriebsstoffen mit bleihaltigen Substanzen oder wie die Konstrukteure von Automobilen, die keine Vorsorge treffen, entsprechende Filter oder Ähnliches zum Abfangen der gesundheitsgefährdenden Stoffe einzusetzen. Die kosmetische Industrie, welche mit synthetischen Farbstoffen aller Art nicht geizt und Chemikalien in Hülle und Fülle in die verfänglichen Pomaden einbaut, ist gleichermaßen Teilhaber der toxischen Gesamtsituation. Wir haben heute wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen, nach denen alle diese Substanzen in beängstigender Weise durch die Haut in den Blutkreislauf und somit in den gesamten Organismus gelangen. Berechtigung hat deshalb nur noch eine Kosmetik, die auf natürlichen Substanzen aufgebaut ist, und vorbeugende Körperpflegemittel, welche den für eine gesunde Haut charakteristischen Oberflächenzustand zu erhalten oder, wenn er verlorengegangen ist, wieder herbeizuführen imstande sind. Selbst die oft problematischen Trinkwasserversorgungsanlagen dürfen dabei nicht vergessen werden.

Die vor einigen Monaten in Como und voriges Jahr in Amsterdam abgehaltenen Symposia über Fremdstoffe der Nahrung, an denen auch die Industriechemiker Europas sehr zahlreich vertreten waren, ließen deutlich eine Neigung zum mehr Natürlichen in der Nahrung erkennen. Man kehrte sich weitgehend von toxischen und anderen schädlichen Fremdstoffen ab und forderte die Zurückziehung nicht streng geprüfter Farbstoffe aus Nahrungs- und Genußmitteln. Man hat erkannt, daß es nicht mit rechten Dingen zugehen kann, wenn z. B. in den USA mehr als 700 Fremdstoffe, Zellblockadestoffe einschließlich toxischer Substanzen, festgestellt werden konnten, in Belgien 334, in Schweden 500 und in der Bundesrepublik Deutschland sogar 1000!

Es ist bedauerlich, daß im 2. Bundestag die wohlvorbereitete Novelle zum Lebensmittelgesetz, die vom Gesundheitsausschuß am 31. Mai d. J. vorgelegt, und von den Regierungsparteien beraten worden war, schließlich mit 182 Nein-Stimmen gegen 171 Ja-Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen abgelehnt wurde — eine unverständliche Entscheidung, die jedes Verantwortungsbewußtsein in dieser Beziehung vermissen läßt.

General a. D. Dr. Franz Beyer

Deutschland in einem europäischen Zukunftskrieg

Das gewählte Thema soll nicht etwa bedeuten, daß wir in der gegenwärtigen Weltlage eine akute Kriegsgefahr sehen oder meinen, daß ein Zukunftskrieg auf Europa beschränkt sein werde. Moderne Kriege haben immer die Tendenz der Ausweitung zu Weltkriegen mit den verschiedensten Erdräumen als „Kriegstheater", wenn der entstandene Brand nicht mit dem ersten Aufzüngeln von Flammen ausgetreten werden kann. Aber in einem zukünftigen Weltkrieg wird Europa früher oder später zumindest Teil-Kriegsschauplatz sein, mit dessen mutmaßlichen Besonderheiten man sich rechtzeitig und gründlich beschäftigen sollte. — Und was die akute Kriegsgefahr anlangt, so ist sie heute offensichtlich nicht unbedingt gegeben — höchstens in einer unverantwortlichen Propaganda, wie sie etwa der Westen im „Erbfeind Rußland" an die Wand malt. Weder liegen zwischen den über Krieg und Frieden letztlich entscheidenden Weltmächten, den USA und der UdSSR, sogenannte „klassische" Kriegsgründe vor wie Bevölkerungsdruck, Mangel an unentbehrlichen Rohstoffen, Streit um militärisch oder wirtschaftlich wichtige Grenzgebiete, eine „unerlöste" Irredenta oder ähnliches, — noch bestehen zur Zeit zwischen ihnen so ernsthafte Spannungen in Europa, daß sie nur mit Waffengewalt gelöst werden könnten.

Wenn man im Augenblick überhaupt von ernsthaften Spannungen zwischen den USA und der UdSSR sprechen will, so knistern die Funken nicht in Europa, sondern über dem Mittelmeer und im Nahen Osten. Aber für den modernen Mars ist der Sprung vom Mittelmeer auf das europäische Festland nicht allzu weit, — und in der fast unlösbaren Verknüpfung des modernen, äußeren Krieges der Staaten gegeneinander mit dem weltanschaulichen Bürgerkrieg der Parteiungen innerhalb der Völker kann der Strom des Krieges auch einmal aus innerstaatlichen Quellen aufbrechen. Und schließlich lehrt die Kriegsgeschichte, daß verhältnismäßig selten die ratio der Staatsmänner über Krieg oder Frieden entscheidet, sondern daß dafür oft egoistische Sonderinteressen etwa wirtschaftlicher Konkurrenten (eine Teilschuld am jetzigen Oman-Konflikt tragen offenbar die englischen und amerikanischen Ölgesellschaften) oder ganz allgemein emotionale Erregungen — oft atavistischer oder sogar hysterischer Art — verantwortlich zu machen sind. Gerade in dieser Hinsicht ist das Wesen des Krieges immer grausamer und unmenschlicher geworden — von den verhältnismäßig harmlosen, dynastischen Interessen dienenden Kabinettskriegen über die schon erheblich ins Völkerleben eingreifenden Hegemonialkriege zur Erlangung der Vorherrschaft auf einem ganzen Kontinent bis zu den modernen weltweiten Weltanschauungskriegen, deren Ziel nicht mehr bloß die Vernichtung der Militärmacht des Gegners, sondern seines ganzen Volkes und seiner Existenz ist.

Wie dem auch sei, — ob der nächste Weltkrieg entfesselt wird, bloß weil der Gegner eine andere Weltanschauung hat, oder ob die Entscheidung über Krieg und Frieden auf Grund einer nüchternen, beinahe wissenschaftlichen Beurteilung der Lager unter Hinzuziehung aller für eine solche Existenzfrage zu beteiligenden Sachverständigen erfolgte, — auf jeden Fall erscheint es geboten, in Ruhe und sine ira et studio die deutsche Lage, und zwar die beider Deutschlands, in einem europäischen Zukunftskriege zu betrachten.

Sicherlich wird der nächste Weltkrieg auch für Europa das Gesicht des A t o m - Krieges tragen, verbunden mit dem Raketenkrieg. Der Traum eines nur mit „klassischen" Waffen geführten, lokal beschränkten örtlichen Krieges mag noch in den Wüstengebieten des Nahen und Fernen Ostens, Afrikas und Südamerikas geträumt werden, meist auch da nur als fata morgana.

Aber um den politischen Willen des Feindes zu brechen, also den klassischen Kriegszweck im Sinne von Clausewitz zu erreichen, ist noch immer die militärische Besetzung des Feindeslandes erforderlich, wenigstens seines entscheidenden Teils. Wenn auch aus den wirtschaftlichen Gründen der unproduktiven Kosten jeder Rüstung zunächst überall die Rüstung an „klassischen" Waffen reduziert wird, so wird ihre verbleibende Notwendigkeit doch hinreichend bewiesen dadurch, daß auch die Atom-Mächte ihre „klassischen" Truppen vornehmlich im Überwinden atomverseuchter Räume üben und dafür militärtechnische Erfahrungen sammeln.

Wenn wir nun den Atom- und Raketenkrieg an den Anfang eines europäischen Zukunftskrieges verlegen, — wie es aller Voraussicht auch der Fall sein wird, — so ergibt sich für den Fortgang des modernen, „klassischen" Krieges auf europäischem Boden etwa folgendes:

Es stehen sich gegenüber Nato und Warschauer Pakt, deren Luft-, Land- und See-Streitkräfte im Westen von dem amerikanischen General Norstad, im Osten voraussichtlich von dem russischen Marschall Schukow geführt werden. Beide Höchstkommandierenden sind keine unbeschriebenen Blätter: Norstad, der Vertreter modernster Luftwaffen-, Atom- (einschließlich Wasserstoff-) und Raketenstrategie, der im Gegensatz zu den Isolationisten die Abwehr in Europa und dazu die amerikanische Unterstützung und Führung der Nato für erforderlich und eine Verteidigungsautarkie Amerikas allein für unzweckmäßig hält. Schukow dagegen, vom Nimbus seines Kriegsruhmes im Zweiten Weltkrieg, insbesondere als Eroberer Deutschlands, getragen, ist strategisch ein typischer Vertreter der größten Land-Militärmacht der Welt, sieht im massierten Angriff die beste Verteidigung seines Vaterlandes, wozu er die Satelliten des Warschauer Paktes weitgehend heranziehen und Luftwaffe und Marine als Unterstützungswaffen bzw. als Flankenschutz (Ostsee, Mittelmeer) benutzen will. Aus dieser strategischen Konzeption heraus hat Rußland auch die größte U-Boot-Flotte der Welt geschaffen und betrachtet die Ostsee als sein mare clausum, in dem westdeutsche Marine-Stützpunkte und Seestreitkräfte als „unerwünscht" betrachte, dagegen polnische Seestreitkräfte unter russischer Leitung verstärkt aufgestellt werden.

Nun sind die beiden Militärallianzen, die Nato sowohl als der Warschauer Pakt, keineswegs ideale Militärbündnisse: Die Nato hat ihre innere und äußere Schwäche im Suez-Konflikt bewiesen, in dessen Verlauf sie das Ausbrechen ihrer beiden bedeutendsten europäischen Militärmächte, nämlich Englands und Frankreichs, in einem selbstsüchtigen Kolonialkrieg in Ägypten nicht zu hindern vermochte und damit für diese Zeit die europäische Front vollständig schutzlos ließ. Auch heute noch kann die Nato nach der Umrüstung Großbritanniens und der Bindung fast der gesamten französischen Wehrmacht in Nordafrika für einen „klassischen" Krieg in Europa höchstens 10—12 Divisionen auf die Beine stellen, weshalb ein möglichst hoher, westdeutscher Beitrag erwünscht ist. Nach einer alten, militärischen Regel soll aber — unter sonst gleichwertigen Verhältnissen — der Angreifer an Stärke mindestens das Dreifache des Verteidigers haben, also umgekehrt der Verteidiger für eine aussichtsreiche Verteidigung mindestens über ein Drittel der Angriffskräfte verfügen.

Der Nato-Oberbefehlshaber muß nun erst im Kriegsfalle aus den verschieden demokratischen, verschieden wehrethischen und verschieden ausgebildeten und ausgerüsteten Elementen seiner Militärkoalition seine Nato-Kräfte zu einem einheitlichen und auf seinen Führerwillen eingespielten Kampfinstrument umgestalten.

Andererseits hat auch der Warschauer Pakt seine Risse und Schwächen. Als Beispiel dafür führt man gern die Ereignisse in Ungarn und früher in Ost-Berlin an. Aber u. E. beweisen gerade sie, wie der Russe militärisch mit solchen Schwierigkeiten fertig wird, zumal ihm seine gewaltige Militärmacht die jederzeitige Auswechselung und Ersetzung unzuverlässiger Führer und Einheiten erlaubt. Auf jeden Fall wird es der russische Oberbefehlshaber infolge der in Diktaturen viel leichteren und schnelleren Organisationsmöglichkeiten und einheitlichen, technischen und wehrethischen Ausbildung der Truppe viel leichter haben, im Kampfinstrument des Warschauer Paktes seine Befehle und Weisungen durchzusetzen.

Schon aus den beiderseitigen Stärkeverhältnissen ergibt sich, daß die Nato ihre Operationen mit Atom und Raketen durchführen wird, während umgekehrt von seiten des Warschauer Pakts nach einleitenden Schlägen der nuklearen Waffen wohl ein „klassischer Krieg" zu erwarten ist.

Geländemäßig begünstigt der für eine solche Kampfführung in erster Linie in Frage kommende Raum der Norddeutschen Tiefebene mit den sich anschließenden holländisch-belgischen und später französischen Räumen ausgesprochen den Osten, weil ernsthafte Hindernisse — wie unwegsame Gebirge — darin fehlen (Flüsse sind heute in verhältnismäßig kurzer Zeit zu überwinden). Und der Raum von Paris, der in den früheren Hegemonialkriegen die militärischen Operationen fast magnetisch auf sich zog (nur 200 km von Frankreichs Ostgrenze, also 6 Tagesmärsche, drei Autostunden und noch

nicht eine Flugstunde davon entfernt), ist für einen modernen Angriff aus dem Osten heute kein Ziel mehr, da dessen Ziele am Kanal und an der Atlantikküste liegen.

Es zeigt sich also, daß aus Stärke- wie aus Geländegründen eine nachhaltige Verteidigung Westeuropas weder an der Elbe noch am Rhein, weder an einem flandrischen noch an einem französischen Gelände- oder Flußabschnitt möglich ist. Vielleicht hinter dem Kamm der Pyrenäen könnte sich ein Verteidiger an den letzten Fetzen europäischen Bodens krallen, — aber auch nur, um ihn für einen späteren Gegenangriff aus Prestigegründen zu halten.

Wenn es also mit der Verteidigung nicht geht, so bleibt der Nato nur die Kampfführung des Hinhaltenden Widerstandes übrig, d. h. jene schwächlichere Form nur vorübergehender Abwehr in einzelnen, schmalen Geländestreifen oder -linien, gelegentlich verstärkt durch örtliche Gegenstöße. Mit solchem hinhaltenden Widerstand kann man das Vorgehen des Feindes nicht aufhalten, sondern nur verzögern, um dadurch Zeit zu gewinnen, etwa für den sehr schwierigen Abtransport einzelner Bevölkerungsteile (Besatzungsgefolge, prominente Regierungsmitglieder, aber auch das nur unter erheblicher Gefährdung der militärischen Bewegungsräume oder für die Bereitstellung späterer Gegenangriffe. Das — und nichts anderes — bedeutet die heute bei uns so viel gepriesene „Schwert- und Schild-Theorie", die ursprünglich von Seeckt stammt, später von de Gaulle auf Frankreich angewendet wurde. Solche Kampfführung des hinhaltenden Widerstandes müßte als Ersatz für fehlende Menschenkraft in hohem Maße technische Mittel einsetzen, um durch breite Zonen „verbrannter Erde" Teile des Angriffs örtlich aufzufangen und ihn zu kanalisieren. Die geeignetsten Mittel für diesen Zweck aber sind die A-B-C-Waffen, d. h. Atomverseuchung, bakteriologische Mittel, chemische Verfahren. Und die Nato-Manöver der letzten Jahre, insbesondere „Carte blanche" und „Lion noir", weisen unmißverständlich auf derartige Absichten hin.

Auch ohne die Folgen eines eigentlichen Atomkrieges zu berücksichtigen, ist vorauszusehen, daß von unserem Vaterland — und das würde in einem europäischen Kriege immer der Hauptkriegsschauplatz sein — als Ergebnis eines Krieges in Europa nur eine sterile Wüste übrig bliebe ohne menschliches und wirtschaftliches Potential — vielleicht mit einigen Oasen für atombiologische und bodenchemische Forschungen. Politisch und militärisch aber würde die Rückeroberung dieser Atomwüste — einst Deutschland genannt — nicht lohnen, und die Vernichtung unseres Vaterlandes durch seine dergestalt auf die Spitze getriebene „Politik der Stärke" bliebe endgültig.

Wenn man sich nun mit diesen negativen Feststellungen nicht begnügt, so zeigt sich, daß als einziges positives Gegenmittel nur eine wirklich deutsche Politik in Frage kommt, die sich von den Bindungen der beiden rivalisierenden Militärblöcke löst und ihre geopolitische Grundlage in einem wiedervereinigten, neutralen Gesamtdeutschland sucht.

Auch aus militärischen Gründen ziemt eben Deutschland die Politik ehrlicher Selbstbestimmung und friedlicher Koexistenz mit allen seinen Nachbarn.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufruf deutscher Hochschul- und Akademieprofessoren

Die Welt von heute ist gespalten, aber durch die Wirkung der modernen Technik trotzdem eine Einheit. Daher steht die Menschheit vor der Notwendigkeit, entweder zusammen zu leben oder zusammen unterzugehen.

Der Ernst unserer Lage wurde ausgesprochen,

als die 18 westdeutschen Atomphysiker, ihrem Gewissen folgend, ihre Erklärung gegen atomares Rüsten veröffentlichten,

als Albert Schweitzer im gleichen Sinn seine Mahnung an die Welt richtete,

als 2000 amerikanische Wissenschaftler unter Führung des Nobelpreisträgers Dr. Pauling ein internationales Abkommen zur Beendigung der Kernbombenversuche

forderten, wobei sie erklärten, daß sie als Wissenschaftler die tatsächlichen Gefahren kennen und die Pflicht haben, sie bekannt zu machen,
als Papst Pius VII. dafür sprach, daß die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, industriellen und politischen Vereinigungen danach streben sollten, die Energien der Natur im Dienst des Menschen zu beherrschen, anstatt Wissenschaft, Arbeit und materielle Mittel zur Vorbereitung einer Katastrophe zu verschwenden.

Aber heute scheint es, als wollten die Politiker über diese Aufrufe, die die Existenz aller Menschen betreffen, einfach hinweggehen. Dagegen protestieren wir mit aller Entschiedenheit.

Der Krieg ist durch die totalvernichtende moderne Kriegstechnik als „Mittel zur Fortsetzung der Politik" völlig sinnlos geworden. Diese Tatsache ist entscheidend und stellt uns wesentliche Aufgaben. Ohne eine Abkehr von der Politik der atomaren und konventionellen Rüstung und ohne sofortigen Stop der Atomwaffenversuche, ohne Verbot dieser Waffen und ohne aufrichtige Abrüstung in Verbindung mit einer Neuordnung des Zusammenlebens der Völker ist eine friedliche Zukunft nicht möglich.

Wer Wissenschaft treibt, dient dem Geist: er darf seine Wissenschaft nicht an die Machtpolitik verraten. Deshalb erklären wir Hochschul- und Akademielehrer verschiedener Disziplinen, daß das Beispiel hervorragender Persönlichkeiten für uns vorbildlich ist, und daß jeder von uns auf seinem Gebiet bereit ist, seine wissenschaftliche Arbeit nicht für Kriegsvorbereitung und Krieg, sondern im Geist des Friedens für friedliche Aufgaben zu leisten. Wir fordern alle unsere Kollegen zu gleichem Handeln auf.

Wir appellieren auch an die Staatsmänner der UNO und an die Regierungen und Völker aller Staaten, für einen Frieden, wie die Menschen ihn ersehnen, nach Kräften zu wirken.

Die großen Aufgaben für die Wohlfahrt der Menschheit können nicht in der traditionellen Gesinnung der politischen Furcht, sondern nur aus Verantwortungsfreudigkeit und echter Friedensgesinnung geleistet werden.

August/September 1957

Nachfolgende 100 Professoren und Dozenten unterzeichneten den Aufruf:

Prof. Dr. G. Aufhammer, Freising — Prof. Dr. W. Beinhauer, Köln — Prof. Dr. K. Bouda, München — Prof. Dr. G. Brauer, Freiburg — Prof. Dr. H. Braun, Bonn — Prof. Dr. W. Brenner, Gelsenkirchen — Prof. Dr. H. Bronner, München — Prof. Dr. W. Bulst, Heidelberg — Doz. Dr. W. Christiansen, Kiel — Prof. Dr. A. Th. Czaja, Aachen — Prof. Dr. D. von Deuffer, Gießen — Prof. Dr. R. Düll, München — Oberstudiendirektor i. R. Dr. C. Durand, Heidelberg — Prof. Dr. E. Engelking, Heidelberg — Prof. Dr. K. Gauckler, Nürnberg — Dr. Elisabeth Gerdts-Rupp, Tübingen — Prof. Dr. F. Gessner, München — Prof. Dr. G. Giersberg, Frankfurt — Prof. Dr. H. Glockner, Braunschweig — Prof. Dr. F. Groebbels, Hamburg — Dr. E. Große-Brauckmann, Göttingen — Prof. Dr. S. Haddenbrock, Schussenried — Prof. Dr. G. F. Hartlaub, Heidelberg — Prof. Dr. W. Hasenack, Göttingen — Prof. K. Heim, Tübingen — Prof. D. Dr. J. Hessen, Köln — Prof. Dr. H. Heumann, München — Prof. Dr. H. Hoff, Bad Mergentheim — Prof. Dr. I. Hösl, München — Prof. Dr. E. Hückel, Marburg — Prof. Dr. W. Jesse, Braunschweig — Prof. Dr. H. Kaiser, Stuttgart — Prof. Dr. Kammüller, Karlsruhe — Prof. Dr. E. Kamke, Tübingen — Prof. Dr. H. Kauderer, Stuttgart — Dr. Marie-Hed. Kaulhausen, Göttingen — Prof. Dr. J. Klein, Marburg — Prof. J. Körting, Karlsruhe — Prof. Dr. P. Kramp, Frankfurt — Prof. Dr. R. Kriß, Berchtesgaden — Prof. Dr. A. Kutscher, München — Prof. Dr. F. Lenz, Göttingen — Prof. Dr. R. Löhlein, München — Dr. Mina Lohre-Barrelet, Hamburg — Prof. Dr. H. Lossnitzer, Freiburg — Prof. Dr. F. W. Maier, München — Prof. Dr. R. Mannkopff, Göttingen — Prof. Dr. R. Meyer, Göttingen — Dr. Anneliese Müller-Provence, Freiburg — Prof. Dr. A. F. Napp-Zinn, Mainz — Prof. Dr. W. Nestle, Stuttgart — Prof. Dr. W. Noack, Freiburg — Prof. Dr. Nonne, Hamburg — Prof. Nussbaum, Bonn — Prof. C. Oehme, Heidelberg — Prof. Dr. W. F. Otto, Tübingen — Prof. Dr. W. Petersen, Aachen — Prof. Dr. F. Pfister, Würzburg — Dr. J. Pflanz, Bamberg — Prof. Dr. O. Pflugfelder, Stuttgart — Prof. D. G. von Rad, Heidelberg — Prof. Dr. C. Rathjens, Hamburg — Prof. Dr. F. Rauhut, Würzburg — Prof. Dr. H. Reisner, Aachen — Dr. Siegfried Rentrop, Bad Godesberg — Prof. Dr. H. Rheinfelder, München — Prof. Dr. L. Riedel, Karlsruhe — Prof. Dr. G. Roeder, Hildesheim — Prof. Dr. E. Rohmeder, München — Prof. Dr. M. Seidlmayer,

Würzburg — Prof. Dr. F. Seifert, München — Dr. E. Serelman-Kuchler, Benediktbeuren — Prof. Dr. R. Sonntag, Karlsruhe — Prof. Dr. H. Schaefer, Heidelberg — Prof. Dr. G. Schaltenbrand, Würzburg — Prof. Dr. F. Scheidweiler, Köln — Prof. Dr. A. Schleicher, Aachen — Prof. Dr. C. Schmieden, Darmstadt — Prof. Dr. H. Schmidt, Freiburg — Prof. D. H. H. Schrey, Berlin — Prof. Dr. H. Schüler, Hechingen — Prof. Dr. H. Steinmetz, München — Dr. F. Stier, Tübingen — Prof. Dr. E. Stutz, Freiburg — Prof. Dr. H. Tiemann, Hamburg — Prof. Dr. K. Trautwein, München — Prof. Dr. H. Uhde-Bernays, München — Prof. Dr. B. H. Unruh, Karlsruhe — Prof. Dr. H. A. Wagner, Aschau/Chiemgau — Dr. W. Walther, Freiburg — Prof. Dr. A. Weber, Heidelberg — Prof. D. Dr. G. Wehrung, Tübingen — Prof. Dr. R. Wentzel, Heidenheim — Ing. E. Wetzel, Karlsruhe — Prof. Dr. H. Weyland, Wuppertal — Prof. Dr. J. Wilhelm, Tübingen — Prof. Dr. K. Ziegler, Göttingen — Prof. Dr. E. Fraenkel, Frankfurt — Prof. D. H. Iwand, Bonn — Prof. Dr. Renate Riemeck, Wuppertal.

Entschließung der kirchlichen Bruderschaft in Württemberg

Die CDU nimmt als einzige Partei in der Bundesrepublik das Wort „christlich" für sich in Anspruch. Am 2. Juni 1957 hat nach dem Bericht des „Fränkischen Tag" der Parteichef der CDU, Dr. Adenauer, in seiner Rede auf dem Bamberger Domplatz erklärt, es gehe bei der Wahl (zum Bundestag) darum, ob Deutschland und Europa christlich bleiben oder beide kommunistisch werden. Dieses Wort ist mit großer Zustimmung von der CDU aufgenommen worden. Hinter diesem Wort und dieser Haltung wird die Anmaßung offenbar, als ob der christliche Glaube allein unter einer CDU-Regierung frei gelebt werden könne und als ob jeder, der der Opposition seine Stimme gebe, dem Kommunismus den Weg bereite.

Wir protestieren gegen diese mißbräuchliche Benutzung des Namens „christlich", die nur den Zweck haben kann, die Oppositionsparteien zu diffamieren und Stimmen zu fangen. Der fortgesetzte Mißbrauch des Namens Christi zu Parteizwecken hat der Kirche bereits größten Schaden zugefügt und seinen rechten Gebrauch in ihrer Verkündigung unglaubwürdig gemacht. Er ist dazu angetan, daß viele Menschen der Kirche den Rükken kehren.

Damit allen Menschen klar werde, daß die Kirche mit der mißbräuchlichen Verwendung des Namens ihres Herrn zu Partei- und Wahlzwecken nichts zu tun habe, sind wir als Glieder der Kirche entschlossen, der CDU bei der nächsten Bundestagswahl unsere Stimme zu versagen und diese Partei abzulehnen, so lange sie nicht gewillt ist, das Wort „christlich" aus ihrem Parteinamen zu streichen.

1. Juli 1957. Im Auftrag der kirchlichen Bruderschaft in Württemberg
Pfarrer Dr. Herbert Werner und weitere Unterschriften

Fragen des „Kampfbundes gegen Atomschäden" an die Bundestagskandidaten

Der „Kampfbund gegen Atomschäden" fordert dazu auf, nachstehende 8 Fragen jedem Bundestagskandidaten zur schriftlichen Beantwortung vorzulegen:

1. Sind Sie bereit, die Atombomben-Versuche in Ost und West in einer öffentlichen Erklärung als Verbrechen an der Menschheit anzuprangern?
2. Sind Sie damit einverstanden, daß Atomwaffen auf deutschem Boden gelagert werden, und billigen Sie den Einsatz von Atomwaffen im Kriegsfalle?
3. Wenn Sie die Fragen unter 2. verneinen — werden Sie Gesetze fordern und mitbeschließen, die eine Lagerung von Atommunition in Deutschland verbieten und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen verzichten?
4. Werden Sie sich im neuen Bundestag für die Errichtung einer unabhängigen Forschungskommission einsetzen, die von Physikern, Radiochemikern, Biologen verschiedener Richtungen, Ärzten etc. gebildet wird?
5. Werden Sie Gesetzesregelungen fordern, die eine zentrale Übersicht gesundheitlicher Schadensmöglichkeiten bzgl. der Radioaktivität erlauben und sich gleichzeitig für eine umgehende Vermehrung der biophysikalischen Institute mit großzügiger Ausstattung

— auch zur Heranbildung notwendiger Fachwissenschaftler — einsetzen, und zwar v o r dem überstürzten Auf- und Ausbau von Atomkraftwerken?

6. Haben Sie die Absicht, der Öffentlichkeit noch vor der Bundestagswahl ein umfangreiches „Atomprogramm" vorzulegen, aus dem Ihre klare Einstellung zu den unter 1—5 vorgelegten Fragen hervorgeht?

7. Werden Sie dafür eintreten, daß die Öffentlichkeit laufend durch eine zentrale Informationsstelle Auskunft erhält über
   a) Entwicklung der Radioaktivitäts-Verhältnisse in Luft, Wasser, Boden, Nahrungsmitteln etc. mit Vergleichszahlen der sogenannten Grundaktivität und aus anderen Ländern.
   b) Ergebnisse der ständigen erweiterten Messungen in der Umgebung von Atomreaktoren.
   c) Ergebnisse der biologischen und Erbforschung in bezug auf die ansteigende Radioaktivität.
   d) unvorhergesehene Ereignisse und Schadensfälle.

8. Werden Sie ganz allgemein dem gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung den Vorrang geben vor wirtschaftlichen, militärischen und anderen Forderungen?